

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Vermächtnis der Arbeitereinheit

Als ich, eben 16, am 28. Dezember 1948 im Westberliner Bezirk Steglitz Mitglied der SED wurde, stieß ich auf eine Partei in Aufbruchstimmung. Die Genossen waren hoch motiviert. Noch immer in aller Munde: der Vollzug der Arbeitereinheit. Auch manche Sozialdemokraten in Westberlin hatten daran Anteil. Noch vor der DDR-Staatsgründung übersiedelten wir in den Osten, an den Treptower Dammweg. Unsere Nachbarn waren Genossen wie Willi Stoph, der kampferfahrene Hans Jendretzky oder auch Ruth Werner, die später „Sonjas Raport“ schrieb. Sogar Ernst Busch gehörte zeitweilig zu unserer Wohngruppe. Die SED war etwas qualitativ Neues in der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht nur, weil sie sich aus zwei Parteien mit eigener Tradition und konträrer Entwicklung zusammensetzte. Sie erwies sich auch als eine geschichtsmächtige Kraft, weil sie die werktätigen Klassen in jenem Drittel Deutschlands, das von der Roten Armee befreit worden war, zur politischen Herrschaft führte. Ohne die den Weg bahnnende Tat der Sowjetunion wären die Antifaschisten – vor allem Kommunisten und Sozialisten – dort nicht freigesetzt worden, hätte es keinen Raum für revolutionäre Umgestaltungen und kein jahrzehntelanges erfolgreiches Voranschreiten auf der Bahn des Sozialismus gegeben. Natürlich hatten auch die anderen Blockparteien ihren Anteil am demokratischen Aufbau. Aber man muß der Gerechtigkeit halber konstatieren: Wer heute von der DDR spricht, muß vor allem von der SED sprechen. Die Vereinigung von SPD und KPD war das Schlüsselereignis, ohne das sich der Sozialismus nicht durchgesetzt hätte. Wenn von Zwangsvorstellungen Geplagte weiterhin ihre These von der „Zwangsvereinigung“ strapazieren, dann muß man dem entgegenhalten: Bei allen Widerständen, die natürlich zutage traten, gab es in der deutschen Geschichte nichts Freiwilligeres als den Zusammenschluß sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. Das Schlimmste für die Bourgeoisie und ihre aufeinanderfolgenden Schumacher war die Tatsache, daß die Vereinigung auf marxistischer Grundlage zustande kam. Es besteht – wie man sieht – kein Anlaß, sich wegen früherer Mitgliedschaft in der SED, die für Genossen verschiedener Parteien und unzählige heute Parteilose im Osten die gemeinsame Vergangenheit darstellt, ins Mauseloch zu verkriechen. Im Gegenteil: Es gibt gute Gründe zum Stolz darauf, in den Reihen der einzigen Arbeiterpartei Deutschlands gestanden zu haben, die ihre Klasse für immerhin vier Jahrzehnte an die Macht brachte und gemeinsam mit anderen Antifaschisten einen weltweit geachteten Staat – die Deutsche

Demokratische Republik – schuf. In diesem Sinne war die SED die erfolgreichste Partei in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die These wird Widerspruch hervorrufen: Ist das nicht viel zu viel Fanfare, ein unerlaubter Überschwang an Nostalgie, wenn man bedenkt, daß das Kind am Ende in den Brunnen gefallen ist? Haben nicht doch jene recht, die behaupten, der Sozialismus sei ein für allemal gescheitert? In der Tat hat die Konterrevolution, hinter der das gesamte Potential des BRD-Imperialismus mit USA und NATO stand, das Gras total versengt. Doch unter der graubraunen Narbe liegen tiefgehende und weitverzweigte Wurzeln. Noch ist nicht aller Tage Abend. Natürlich besteht die Chronik der SED, die mit dem berühmten Händedruck Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls begann, nicht nur aus Siegeszug und Triumph, sondern auch aus Irrtümern und aus der Bitterkeit einer schweren Niederlage, für die es innere und äußere, ökonomische, politische und ideologische Ursachen gibt. Die SED – das waren bisweilen „allwissende“ und selbstherrlich entscheidende Funktionäre, auch ganze Schwärme von Karrieristen und Trittbrettfahrern. Aber sie wurde vor allem durch die aufopferungsvolle Einsatzbereitschaft Zehntausender redlicher Genossinnen und Genossen aller „Ebenen“ geprägt, die zuletzt an sich selbst dachten. 1989 gab es einen Bruch. Nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Partei. Er hatte seine Schatten vorausgeworfen. Eine viel zu schwache Führung stand einer verzweifelter Situation gegenüber. Das ZK kapitulierte und löste sich selbst auf. Da erschienen Leute mit großen Besen und wollten uns plötzlich weismachen, nicht Lenin, sondern Bernstein sei in Wirklichkeit unser „Vorvater“. Es gehe um einen „dritten Weg“. „Ich bin vom Marxismus nur in zwei Fragen weg“, sagte einer von ihnen dem ND: „in der Frage der Macht und in der Frage des Eigentums.“ Also von allem. Manche, die sich für die angebliche Zwangsvereinigung bei der SPD entschuldigt haben, steuern offensichtlich einen Kurs, der letzten Endes zur Vereinigung mit der SPD – auf reformistischer Grundlage – führen soll. Das wäre dann für ehrliche Sozialisten tatsächlich eine Zwangsvereinigung. Was uns betrifft, so bleiben wir an Deck. Wir verfolgen unbeirrbar und langfristig das Ziel der Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibindung. Auf marxistischer Basis – wie 1946. Das ist das Vermächtnis der Arbeitereinheit. Übrigens: Mein SED-Buch habe ich – wie viele andere Genossen – sicher aufbewahrt. Ich halte es in Ehren.

Klaus Steiniger



INHALT

Franz Neumanns giftige Saat	S. 2
Ich war Delegierter	S. 3
Zwangsvereinigung? Man sollte die Beteiligten fragen	S. 3
Ein notwendiger Schritt	S. 3
„Genossen, das Brot kommt später!“	S. 4
Erinnerung an Otto Buchwitz	S. 4
Lebenserfahrung einer Arbeiterin	S. 4
Emigrantenschwur	S. 4
In einer Reihe	S. 5
Wie die DDR-Wirtschaft zerstört wurde	S. 6
Ermordet von der Adenauer-Polizei: Philipp Müller	S. 7
Das Elend der freien Erfinder in Deutschland (1)	S. 8
KDT: Wie sich die technische Intelligenz in der DDR organisierte	S. 9
Vor 45 Jahren wurde das Gesetzbuch der Arbeit beschlossen	S. 10
„Heldenstädter“ boykottierten Wahlen	S. 11
Kranke Gesellschaft – krankes Gesundheitssystem	S. 11
Wird als nächstes der Fernsehturm abgerissen?	S. 12
Lügner am Pranger	S. 12
Vorkämpfer der bayrischen Räterepublik: Rudolf Egelhofer	S. 13
Die Bundeswehr – Geist und Wurzeln	S. 14
Ein FU-Professor, der sich mit dem System anlegt: Peter Grottian	S. 15
Hellersdorf: Zuspruch, Bibeln und „Arche“-Suppe	S. 16
Brutkasten für Topmanager	S. 17
Teddy lebt	S. 18
Nicht aus Thälmannschem Holz	S. 18
„Kampf der Kulturen“?	S. 19
Der Auftrag der Antifa-Schulen	S. 20
Merkels Nahost-Politik	S. 21
Was 1939/40 in Litauen geschah	S. 22
Wahlprognose für Tschechien: Kommunisten auf Platz 3	S. 23
Was wollte Morgenthau?	S. 24
Der Raubfriedens von Brest-Litowsk	S. 25
Warum Georg Weerth in Castros Kuba eine würdige Ruhestätte fand	S. 26
Schaum vorm Maul: Biermann „ehrt“ Heine	S. 27
Hahnebüchenes	S. 28
Archies irdischer Alptraum	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Was sich 1945/46 in Reinickendorf zutrug: Franz Neumanns giftige Saat

Wir waren seit der Befreiung in den letzten Apriltagen 1945 gut vorangekommen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, mit Brennmaterialien für den Winter 1945/46, mit dem Ingangsetzen der Produktion einfacher Gebrauchsgüter, der Einrichtung von Kindergärten, dem Aufbau einer neuen, demokratischen Verwaltung. Kommunisten und Sozialdemokraten standen auch bei uns in der ersten Reihe, wenn es um die Schaffung der Voraussetzungen eines neuen Lebens ging. Der Ruf „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ und die Lehren aus dem verhängnisvollen Bruderkampf vor 1933 erwiesen sich für viele als Triebkräfte, um mit anzupacken. Mehr noch: Um mit der Spaltung der Arbeiterklasse Schluß zu machen.

Zweifellos fiel Jüngeren, die von Haus aus einen richtigen politischen Kompaß mitbekommen hatten, das Miteinander leichter als so manchem Älteren. Mit meinen gerade mal achtzehn Lenzen ließ ich mich von Antek, von Anton Jadasch (Bergmann aus Oberschlesien, KPD-Reichstagsabgeordneter, KZ-Häftling über viele Jahre) davon überzeugen, neue Verwaltungsstrukturen mit aufbauen zu helfen und vorzuleben.

Die Besetzung der Funktionen in der Verwaltung erfolgte paritätisch: Bezirksbürgermeister in Berlin-Reinickendorf war ein KPD-Mitglied (E. Böhm), sein Stellvertreter ein SPD-Mitglied (F. Neumann). In den Ortsteilen wurde entsprechend verfahren. Bei uns in Wittenau-Süd wurden als Unterbezirksleiter (Unterbürgermeister) ein SPD-Mitglied, als Stellvertreter für die KPD ich eingesetzt. Auch im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) galt dieses Prinzip.

Es kam zu mehr oder weniger regelmäßigen Zusammenkünften von Funktionären beider Parteien. An der einen oder anderen dieser Beratungen nahm auch mein Nachbar Josef Orlopp teil. Er war ein entschiedener Befürworter der Vereinigung und mit wichtigen Aufgaben im Berliner Magistrat betraut.

Ja, die Weichen beider Parteien waren auf Einheit gestellt. 6113 KPD-Mitglieder und 5200 SPD-Mitglieder gab es Ende 1945 in Berlin-Reinickendorf. Vielfach hatte sich im Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten eine Vertrauensbeziehung, ja, nicht selten ein kameradschaftliches Verhältnis herausgebildet. Das schloß nicht aus, daß es hier wie dort Mitglieder gab, die Vorbehalte gegen die Vereinigung hegten. Diese wurden nicht zuletzt durch antikommunistische Tiraden rechter SPD-Funktionäre genährt.

In der Berliner SPD, also auch bei uns in Reinickendorf, spielte sich seit Anfang 1946 eine regelrechte Zerreißprobe ab. Während die Mehrheit der Mitglieder des Zentralausschusses der SPD unter Otto Grotewohl entschieden den Kurs der Vereinigung mit der KPD vertrat, kämpfte Kurt Schumacher als Chef der SPD in den Westzonen verbissen und haßerfüllt gegen alle Einheitsbestrebungen. Unvergeßlich bleiben für mich zwei Großkundgebungen: eine mit Wilhelm Pieck für die

Einheit, die andere mit Schumacher für die Aufrechterhaltung der Spaltung. Die zweite endete mit tätlichen Auseinandersetzungen. Schumacher, der wiederholt mit einer britischen Militärmaschine eingeflogen wurde, ergoß sich in wüstem Antikommunismus und Antisowjetismus. Die KPD hätte, so behauptete er, zusammen mit den Nazis die Weimarer Republik zerstört. Sie sei deshalb überflüssig und solle sich selbst auflösen. Die westdeutschen Kommunisten seien angetreten, um auch diesen Landesteil für die Russen zu erobern!

Systematisch wurde die Atmosphäre zwischen Berliner Sozialdemokraten und Kommunisten vergiftet, in Reinickendorf vor allem vom SPD-Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Bezirksbürgermeister Franz Neumann. Einheitswillige Sozialdemokraten setzte man unter Druck, SPD-Kreistagungen wurden von Spaltern gesprengt, Flugblätter mit üblen Verleumdungen gegen die KPD in hoher Auflage in Umlauf gebracht. Die US-Militärregierung stellte den „Tagesspiegel“ als Tribüne für die Spalter-Fraktion zur Verfügung.

Neumann sowie Klingelhöfer und Germer bereiteten gemäß Schumachers Plan eine Attacke gegen den vom Zentralausschuß einberufenen SPD-Parteitag vor. Nicht die gewählten Delegierten sollten über die Vereinigung entscheiden. Mit einer „Urabstimmung“ wollte man ein Votum gegen die Vereinigung erreichen.

Tatsächlich gelang Neumanns Coup: Auf einer SPD-Funktionärskonferenz am 1. März 1946 beantragte er, eine solche „Urabstimmung“ durchzuführen. Der Vorschlag wurde mit Mehrheit angenommen. Aufschlußreich waren die zur Abstimmung gestellten Fragen und das Ergebnis der Aktion, die am 31. März 1946 über die politische Bühne ging: Es widerspiegelte die Stimmung innerhalb der Berliner SPD und zeigte, daß die Initiatoren der Aktion sich immerhin veranlaßt sahen, danach zu fragen, ob das jeweilige Mitglied für die sofortige Verschmelzung oder für ein Bündnis mit der KPD sei.

Zwei Drittel der Berliner Sozialdemokraten nahmen an der Abstimmung nicht teil. Über 19000 sprachen sich gegen eine sofortige Vereinigung aus, mehr als 14000 votierten für ein Bündnis mit der KPD. Nur rund 5500 Mitglieder waren gegen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten.

Die rechten Führer der SPD nutzten dieses Ergebnis, um die Spaltung der Arbeiterbewegung in Westberlin aufrechtzuerhalten. Die „Urabstimmung“ erwies sich später

als eine Etappe auf dem Weg zur Spaltung Berlins. Die Oktober-Wahlen 1946, aus denen die SPD als Sieger hervorging, gestalteten sich in Westberlin zu einem weiteren Schritt auf diesem Kurs. Von nun an prägten offener Antikommunismus und massive Hetze gegen die Sowjetunion die Atmosphäre.

Und was uns ebenfalls später bewußt wurde: Schumachers Aktion gegen die Vereinigung von KPD und SPD erfolgte zu einer Zeit, als der kalte Krieg, der faktisch mit dem US-Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki begonnen hatte, durch Churchills Fulton-Rede vom 5. März 1946 offiziell wurde. In ihr war die Forderung nach einem englisch-amerikanischen Militärbündnis gegen die Sowjetunion enthalten.

Eine Nachbemerking: In der Präambel der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS in Berlin vom 8. Januar 2002 wird u. a. diffamierend gesagt: „Die Erfahrung des Sieges des Faschismus über die gespaltene Arbeiterbewegung führte in Teilen der Mitgliedschaft von SPD und KPD nach 1945 zum Wunsch nach Vereinigung. Dieser Wunsch wurde mißbraucht zu einer Zwangsvereinigung, ohne freie Entscheidung insbesondere der Mitglieder der SPD, die sich im Westteil der Stadt in einer Urabstimmung gegen die Vereinigung aussprachen und im Ostteil an der freien Abstimmung gehindert wurden.“

Im gleichen Jahr schoben die Bundesvorsitzende der PDS, Gabriele Zimmer und die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau – angesichts wiederholter Forderungen von SPD-Politikern, die PDS müsse mit der SED-Diktatur rigoros brechen – eine Erklärung nach, in der es u. a. hieß: „Denn die Gründung und Formierung der SED wurde auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen.“ Ich habe mir daraufhin das Berliner Programm der SPD vom 20. 12. 1989 in seiner auf dem Parteitag in Leipzig am 17.4.1998 geänderten Fassung angesehen und nachstehende Formulierung gefunden: „Unter Täuschung, Druck und Zwang vollzog sich die Gründung der SED als künftige Staatspartei der DDR.“

Wie man sieht, sind die beiden zuletzt genannten Zitate in ihrer Wortwahl fast identisch.

Prof. Dr. Georg Grasnick

Unser Autor war Intendant des Berliner Rundfunks, Chefredakteur des Deutschlandsenders und dann Stellvertreter des Direktors des Instituts für Politik und Wirtschaft (IPW).



Ich war Delegierter

In diesen Tagen denke ich erneut an den April 1946. Vor 60 Jahren beschlossen die Delegierten von KPD und SPD die Vereinigung zur SED, und ich war als 18-jähriger Genosse aus der SPD in Berlin dabei. Es tut furchtbar weh miterleben zu müssen und nicht verhindern zu können, daß diese größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung durch die nationale und internationale Konterrevolution

sowie durch eigene Fehler zerschlagen wurde. Ich weiß, daß es sehr schwer sein wird, eine neue revolutionäre Situation in Deutschland zu erreichen, die nur mit einer revolutionären Partei an der Spitze denkbar ist. Solange ich noch lebe, will ich mit gleichgesinnten „RotFüchsen“ in diesem Sinne wirken.

Dr. Gerhard Lieber, Leipzig

Zwangsvereinigung? Man sollte die Beteiligten fragen

Mein Vater war Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe in unserem Dorf Asbach (Thüringen). Die sozialdemokratische Tradition reicht in unserer Familie bis zum Kampf gegen Bismarcks Sozialistengesetz zurück. Die Beratungen des SPD-Vorstandes fanden in unserer Wohnküche statt, denn die war geheizt. Oft kamen Genossen der SPD wie der KPD zum Gespräch vorbei, und ich konnte fast immer zuhören. „Wenn sich KPD und SPD zusammen gegen Hitler gestellt hätten, wären uns dieser Krieg und das ganze Elend erspart geblieben“, sagten sie. Vor allem SPD-Mitglieder hatten aber auch die Sorge: „Werden wir bei einer Vereinigung nicht durch die KPD und die Russen untergebuttert?“ Der SPD-Bürgermeister informierte über seine Sorgen zur Sicherung des Lebens im Dorf: Mehl für die Bäckerei, Sicherung des Schulbetriebs, Unterbringung der vielen Umsiedler. Immer wieder wurde deutlich: Wenn wir die Probleme lösen wollten, dann mußten wir vereint handeln. Ein Aktionsausschuß mit paritätischem Vorsitz wurde gebildet. Aus



Wie Kurt Schumacher die Arbeiter täuschte

den gemeinsamen Aktivitäten wuchs die Zustimmung zur Vereinigung, entstanden persönliche Freundschaften. Ich war gerade 16. Mein Vater riet mir, nicht in eine der beiden Arbeiterparteien einzutreten, sondern gleich in die SED, „denn die Einheitspartei muß von Anfang an stark sein“. Im Oktober 1946 bat ich um Aufnahme.

Es gibt über die damalige Zeit viele Veröffentlichungen, leider aber kaum eine, in der nicht von „Zwangsvereinigung“ gesprochen wird, auch in offiziellen Texten der PDS. Ich habe einen Vorschlag: Soll man doch eine Umfrage unter den Genossen machen, die vor dem 21./22. April 46 bereits der SPD oder der KPD angehört haben und sie fragen, ob sie in die SED gezwungen wurden – ich bin sicher, daß es eine einhellige Antwort geben wird: Wenn es Zwang gab, dann war es der Zwang der historischen Erfahrung. **Franz Preiß** Unser Autor, ehemals Neulehrer, war bis 1989 Parteisekretär im VEB Berliner Wälzlagerwerk „Josef Orlopp“. Er ist heute aktives Mitglied der Linkspartei.PDS.

Ein notwendiger Schritt

Mein Vater kam Ende November 1945 – magesundheitlich schwer angeschlagen – aus amerikanischer Gefangenschaft in der „Goldenen Meile“ von Remagen nach Hause zurück. Er war seit Februar 1919 Mitglied der SPD gewesen und im März 1933 wegen seiner aktiven politischen Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen worden. Jetzt griff er wieder ins politische Geschehen ein. Aus dieser Zeit, ich stand im 16. Lebensjahr, sind mir viele Diskussionen zur Vereinigung von SPD und KPD in Erinnerung. Teilnehmer waren sozialdemokratische Holz- und Metallarbeiter, langjährig vor 1933 und zum Teil vor 1914 organisiert. Der Tenor war immer der gleiche: „Wie dumm waren wir doch, daß wir uns als SPD- und KPD-Leute ablehnend

gegenüberstanden. Wir haben uns sogar gekloppt, und die Nazis sperrten uns am Ende gemeinsam ein.“

Bei diesen aktiven Sozialdemokraten gab es auch viel Enttäuschung über die Haltung der SPD-Führung, von der sie sich Anfang 1933 im Stich gelassen fühlten. Sie waren oftmals Mitglieder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gewesen, das die SPD zum Schutz der Weimarer Republik gegründet hatte. Einige – auch mein Vater – besaßen eine Pistole. Sie hatten an gewagten antifaschistischen Aktionen teilgenommen, über die sie jetzt wieder sprechen durften.

Nicht bewerten konnte ich damals, warum einzelne Mitglieder der KPD und der SPD die Vereinigung nicht mitmachen wollten. Sicher zeichneten sich auch Engherzigkei-

ten, andere persönliche Schwächen und unterschiedliche Auffassungen darüber ab, wie demokratisches Vorgehen im Ort zu bewerkstelligen sei. So legte z. B. mein Vater wegen anderer Demokratievorstellungen das errungene Gemeindevertretermandat ein Jahr nach der Wahl nieder, übernahm aber viele andere Aufgaben, ohne jemals am Weg und der Notwendigkeit der neuen Einheitspartei zu zweifeln. Auch meine Mutter, die vor 1933 parteilos war und im August 1945 der SPD beitrug, war von der Unausweichlichkeit einer gemeinsamen Partei der Arbeiter und Werktätigen überzeugt. Sie blieb bekennende Sozialistin bis an ihr Lebensende.

Jürgen Schewe Unser Autor war bis 1989 SED-Parteisekretär im Berliner Kabelwerk Oberspree.

1945 war ich 18. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft fand ich Beschäftigung als Landarbeiter in Mecklenburg. Ein besonders eifriger CDU-Anhänger war mein „Brotherr“ Dr. Pohl, Arzt, Großbauer und Landtagsabgeordneter in einer Person. Er ließ nichts unversucht, uns junge Landarbeiter für seine Partei zu gewinnen. Da ich streng religiös erzogen wurde, war es zunächst nicht leicht, mich richtig zu entscheiden. Ich sprach darüber mit meinem Vater. Der war Maurer von Beruf und meinte, für einen Arbeiterjungen komme nur eine Arbeiterpartei in Frage. Dann wollte es

„Genossen, das Brot kommt später!“

der Zufall, daß ich den Film „Lenin im Oktober“ sah, der mich sehr beeindruckte, und entscheidend für meinen Entschluß war, am 18. Dezember 1946 Mitglied der SED zu werden. Eine Szene in diesem Film prägte sich mir besonders ein: „Genossen, das Brot kommt später!“, ruft Lenin den Arbeitern zu. Das verstand ich nicht sofort, doch mit der Zeit begriff ich, daß

erst Arbeit geleistet werden muß, bevor man Wohlstand erwarten kann. Von da an hatte ich nur einen Wunsch: der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse, ihrer Partei, der SED, als aktives Mitglied anzugehören.

Georg Behrendt
Unser Autor war Vorsitzender der Kreispartei-Kontrollkommission der SED in Berlin-Weißensee.

Auf dem letzten Landesparteitag wurden die Delegierten zum sächsischen Vereinigungsparteitag gewählt. Einer von ihnen, knapp 17 und KPD-Mitglied seit dem 1. September 45, war ich. Später habe ich erfahren, wer den Vorschlag gemacht hatte: unter anderen Bruno May, der drei Jahre in Sachsenhausen gewesen war. Endlich war es soweit: Es kam der 7. April 1946. Wir fuhren mit der Straßenbahn nach Bühlau. In den Fenstern der meisten Wagen befanden sich anstelle von Glas-scheiben noch Pappe oder Sperrholz. Aber die ersten Schritte des Aufbaus konnte man schon sehen, die Straßen wurden schrittweise von Trümmern geräumt. Wir kamen im Bühlauer Kurhaus an. Mit voller Lautstärke hörten wir Kampf- und Arbeiterlieder. Ein schöner Empfang. Da

Erinnerung an Otto Buchwitz

verflog die letzte Müdigkeit. Die Losung „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“ grüßte von der Stirnseite des Saales. Es herrschte hektische Bewegung, denn viele Genossen trafen sich wieder – Frauen, Männer und dazu viele Jugendliche. Diese 1200 Delegierten vertraten die Mitglieder beider Parteien im Lande Sachsen. An einige Genossen im Präsidium kann ich mich noch erinnern: Otto Buchwitz, Rudolph Friedrichs, Hermann Matern, Kurt Fischer, Wilhelm Koenen, Olga Körner, Fritz Große ...

Unter stürmischem Beifall sprach Otto Buchwitz allen aus dem Herzen, als er sagte: „Zur Einheit JA, JA und nochmals JA!“ Wilhelm Koenen von der KPD ging auf Buchwitz zu und sagte: „Im Kampf um die Macht besitzen wir Arbeiter keine wichtigere Waffe als die Organisation – in Sachsen sind es mit dem heutigen Tag 400000 und dazu Millionen Sympathisanten.“

Wolfgang Ritter

Unser Autor lebt in Bautzen und ist dort politisch aktiv.

Lebenserfahrung einer Arbeiterin

Genossin Marga Reuter, 88 Jahre, gehört zum Urgestein der deutschen Arbeiterbewegung. Nach dem Ersten Weltkrieg in einem kommunistischen Elternhaus im Rheinland aufgewachsen, erfuhr sie vom Vater, daß er vor Verdun mit Krupp-Munition beschossen worden war, und wie deutsche und französische Soldaten sich zu verbrüdern suchten – gegen die deutschen und die französischen Militärs und vor allem gegen Krupp und seinesgleichen. Später, schon im kommunistischen Jugendverband und dann im antifaschistischen Widerstand, vor allem aber nach der Befreiung war Margas Hauptbetätigungsfeld die Arbeit unter Frauen. Das blieb so – übrigens auch in ihren letzten fast 25 Berufsjahren als Arbeiterin, Meisterin, Parteigruppenorganisatorin im Berliner Kabelwerk Oberspree. In Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD aber war sie im Auftrag von Werner Eggerath, des späteren Landes-Ministerpräsidenten, vor allem in den thüringischen

Dörfern unterwegs. In den gemeinsamen Versammlungen der beiden Parteien ging es lebhaft zu, „aber solche Probleme mit den Gegnern der Arbeitereinheit wie hier in Berlin hatten wir dort nicht“, erzählte sie. „Ich erinnere mich an eine Zusammenkunft in Waltershausen. Da sprach ein schwächlicher, ausgehungert Genosse; der Anzug schlotterte ihm am Leibe. Er war gerade erst aus dem KZ Buchenwald befreit. Er redete mit einer solchen Begeisterung, daß einfach allen klar war: Der Bruderzwist muß ein Ende haben, wir gehören zusammen. „Dieser Mann würde sich im Grabe umdrehen, wenn er gehört hätte, daß der PDS-Parteivorstand sich für die Herstellung der Arbeitereinheit entschuldigt hat. Ist es nicht interessant: Unter Werner Eggerath fand die Vereinigung in Thüringen bereits statt, bevor die Berliner Führung sie beschlossen hatte. Und Werner bekam sogar Ärger deswegen ...“

Mit Marga Reuter sprach Dr. Ernst Heinz.

Emigrantenschwur

Walter Sack, vor kurzem 90 geworden, erinnert sich: „Wir, eine Gruppe von deutschen Emigranten aus Schweden, kamen am 8. März 1946 zurück in die Heimat.“

Er, Kommunist und Jude, eine tödliche Kombination im faschistischen Staat, war 1939 gezwungen worden, Deutschland zu verlassen. In Schweden leistete er Widerstandsarbeit, wobei es keine Rolle spielte, ob der Kampfgefährte an seiner Seite Kommunist oder Sozialdemokrat war. Diese Erfahrungen galt es beim Aufbau eines neuen Deutschland zu nutzen.

Als die Gruppe aus Schweden ankam, wurde sie von Wilhelm Pieck empfangen. Ein Satz von ihm ist Walter Sack bis heute im Gedächtnis geblieben. „Geht an die Arbeit, Genossen, und kümmert euch besonders um die Jugend.“

Walter wohnte damals im amerikanischen Sektor Berlins, in Rudow. Er organisierte und führte viele Gespräche, vor allem auch mit der Jugend, darüber, wie es in Deutschland weitergehen sollte. Er warb dabei, wie es die Emigration gelehrt hatte, für die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Meinungen prallten durchaus aufeinander.

Nach Erfüllung organisatorischer Aufgaben im Zusammenhang mit den Beratungen konnte Walter Sack von einer Loge im heutigen Metropol-Theater den Verlauf des Parteitages verfolgen. Er schildert, daß die Stimmung vom gemeinsamen Aufbruch bestimmt war. Wie es sich die Genossen in den Konzentrationslagern und in der Emigration geschworen hatten, wollten sie zusammen an den Aufbau eines friedlichen Deutschland gehen. Es gab aber auch jene, die auf dem Parteitag der Vereinigung zustimmten und später die Partei und die sowjetische Besatzungszone verließen. Dabei spielte der Einfluß gewisser Medien eine große Rolle. Besonders die Westberliner Blätter „Tagesspiegel“ und „Telegraf“ taten sich bei der Hetze gegen die Einheitspartei hervor. Sie verunglimpften sie als „Russenpartei“. Solche Kräfte haben in ihrem Haß nie nachgelassen. Heute stellen sie die Vereinigung von KPD und SPD als Zwangsvereinigung dar.

Walter Sack, dessen Erinnerungen eine langjährige Kampfgefährtin notierte, war über Jahrzehnte Stadtbezirksbürgermeister von Berlin-Treptow.

Es bedarf heute der eindeutigen Klarstellung: Was den sogenannten Zwang beim Zusammenschluß von SPD und KPD betrifft, so stimmt das mit den Realitäten nicht überein. Ich habe alles zum Teil in Hessen, zum Teil in Brandenburg erlebt. Für das Zusammengehen der Arbeiterbewegung waren die Genossen auch in Hessen in vielen Betrieben, Städten und Gemeinden, ja in ganzen Regionen. In Sehnde, Kreis Burgdorf-Lehrte bei Hannover, war der SPD-orientierte Betriebsrat der Zuckerfabrik fest zur Einheit entschlossen. Nach der bekannten Schumacher-Konferenz in Wennigsen (Niedersachsen) war er jedoch völlig verunsichert und führte zu seiner Entschuldigung immer nur Vorbehalte gegenüber „Rußland“ an. Ähnlich entwickelte sich Schritt für Schritt die Lage im dortigen Kalibergbau. Erneut mußte der Antikommunismus herhalten. Es begann ja bereits der ideologische Feldzug im Kalten Krieg mit einer regelrechten Hatz gegen die einheitswilligen antifaschistischen Kräfte, die beim Wiederaufbau öffentliche Verantwortung übernommen hatten – so gegen den Landrat und besonders gegen die Kommunisten. Man konnte sich sogar des Eindrucks nicht erwehren, daß die geschlagenen Nazis im Bemühen, dem völligen Untergang zu entgehen, eine einheitliche Arbeiterbewegung durch ihr Hinzutun zu verhindern suchten. Was 1933 gelang, sollte sich wiederholen. Welche Haltung man auch zur damaligen Position der westlichen SPD-Spitze einnehmen mag, es war unverzeihlich, wie sie sich zum Schwur der gefangenen Antifaschisten beider Parteien in den faschistischen KZs und Gefängnissen verhielt; ganz abgesehen davon, daß sie ihre Genossen im Osten im Stich ließ, die sich bereits Ende Juni 45 für die Vereinigung aussprachen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, denn von Zwang konnte überhaupt keine Rede sein.

In Brandenburg stellten sich solche bekannten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie wie Friedrich Ebert (junior), Paul Bismark, Otto Meier, Karl Steinhoff, Eugen Ernst, Franz Rüschen und viele andere aus Kreisen und Kommunen in den gemeinsamen Gruppen und Ausschüssen zur Verfügung. Das verstärkte sich nach der ersten Sechziger-Konferenz (30 Genossen der KPD und 30 von der SPD) im Dezember 1945. Sozialdemokraten und Kommunisten reichten sich die Hand: „Nie wieder lassen wir zu, daß der Gegner uns teilt, um uns zu beherrschen!“ Das war ein Treueschwur!

Wer nun glaubt, die Kommunisten mit der sowjetischen Besatzung im Rücken hätten ihre sozialdemokratischen Partner ausgegrenzt, der irrt. Die genannten SPD-Genossen besetzten die Funktionen als Landtagspräsident, Ministerpräsident, Gewerkschaftsvorsitzender, Justizminister, im Konsum, an der Spitze der neuen volkseigenen Güter, der Volksbildung usw. Und im Landesvorstand der SED galt nach dem Vereinigungsparteitag die Parität. Neben den bewährten Kommunisten Willi Sägebrecht und Kurt Seibt standen die So-

zialdemokraten Paul Bismark und Franz Rüschen; dazu kamen die verantwortlichen Staatsfunktionäre. Hier wie in den Kreisen war das eine Gemeinsamkeit auf Dauer unter zunehmender Einbeziehung jüngerer Kräfte. In Wittenberge (Perleberg) übernahmen ehemalige Sozialdemokraten die Verantwortung im Staatsapparat, in der Gewerkschaft und im Konsum, im Zellwolle-Betrieb war es ein Genosse der KPD, in der Singer-Nähmaschinen-Fabrik einer aus der früheren SPD, in der Ölmühle ein neues Mitglied der SED, in der Brauerei ein Kommunist, im RAW KPD- und SPD-Genossen. Wir wuchsen in einem längeren Prozeß zusammen – wer will da behaupten, das wäre alles „von oben“ angeordnet worden und von einem Tag auf den anderen geschehen?

Zur Wahrheit gehört vielmehr, daß von der Bi- und Trizone bis in die BRD hinein alles unternommen wurde, um unsere Arbeitereinheit in Mißkredit zu bringen. Mit unablässigem Beeinflussen ließ man so manchem ehemaligen Funktionär und Mitglied der SPD keine Ruhe; man erinne-

re sich nur an den Rummel von Westberlin aus, an Franz Neumann, das Ostbüro der SPD und die sogenannte UGO („Unabhängige Gewerkschaftsopposition“). Was Wunder, wenn da nicht jeder dieser Wühltätigkeit standhielt! Aber der Wille zur Einheit war stärker. Es gereicht zur Ehre der überwältigenden Mehrheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen, mit ihrer Haltung den Weg der Gemeinsamkeit geöffnet zu haben. Die Vereinigung von SPD und KPD war historisch notwendig und richtig. Möge man sich heute daran erinnern, wenn die widersprüchlichen Debatten um die Bildung einer neuen Linkspartei in ganz Deutschland hohe Wellen schlagen!

Hans Nieswand, Potsdam

Unser Autor, der im März 1946 der SPD beitrug und seit ihrer Gründung SED-Mitglied war, arbeitete in den 70er und 80er Jahren als Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam. Er gehört heute zur Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS.

Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung der SED

findet am 22. April
im großen Hörsaal der
Hochschule für Wissenschaft und Technik
in Berlin-Karlshorst, Treskowallee 8,
eine festliche Veranstaltung statt. ■ ■ ■ ■

Einlaß ab 9.30 Uhr, Beginn: 10.00 Uhr

Nach einem Konzert des
Singecubs Ernesto Che Guevara (Dresden)
spricht **Prof. Dr. Götz Dieckmann** zum Thema:

Als die Arbeitereinheit vollzogen wurde

Es folgen Kurzansprachen und
ein zeitgenössischer Dokumentarfilm.

Veranstalter sind außer dem „**RotFuchs**“
(Zeitschrift und Förderverein, Regionalgruppe Berlin)
die Tageszeitung „**junge Welt**“ sowie
die **DKP** (Berlin),
die **Kommunistische Plattform** der Linkspartei.PDS,
die **KPD** und der
Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS.

Der Eintritt ist frei.

Wie die DDR-Wirtschaft zerstört wurde

Bis 1989 war die kleine DDR der achtstärkste Industriestaat der Welt. Sie lag etwa auf gleicher Höhe mit Italien. Hinzu kam: Der Agrarsektor prosperierte, was nicht zuletzt der Fortbestand vieler Genossenschaften – wenn auch unter kapitalistischem Vorzeichen – beweist. Bei einer solchen Sachlage erfolgte die Vereinnahmung des sozialistischen deutschen Staates und seiner „maroden“ Wirtschaft. In den sogenannten Einigungsvertrag (es handelt sich um eine Tautologie, da jeder Vertrag im Zeichen einer Einigung steht und zwar unabhängig von der Art seines Zustandekommens), ist mit Art. 2 eine für die DDR und deren Wirtschaft durchaus vorteilhafte Bestimmung aufgenommen worden. Sie verpflichtet die BRD nämlich, die gesamten Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR fortzuführen und auszubauen. Das entsprach der selbstverständlichen Erwartung der DDR-Bürger als eines wesentlichen Bestandteils der „blühenden Landschaften“ des Herrn Kohl. Die Beziehungen, insbesondere die Verrechnungsabkommen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und einzelnen Staaten, waren eine existenznotwendige Voraussetzung für den Absatz des größten Teils der DDR-Industrieerzeugnisse. Nach Wegfall des westlichen Embargos gegen die RGW-Länder hätte die Industrie der DDR – bis

auf Werkzeug- und Textilmaschinenbau, Polygraphie, Carl Zeiss Jena u. a. – technisch rückständig, rasch modernisiert werden können.

Doch es kam anders. Unmittelbar nach der „Vereinigung“ hat die Bonner Regierung als erste Maßnahme auf diesem Gebiet alle zwischenstaatlichen Abkommen der DDR in Wirtschafts- und Finanzfragen gekündigt und damit der Industrie der DDR oder dann der Ostzone (die Bezeichnungen „alte“ und „neue“ Bundesländer lehne ich ab, weil sie nur der Illusion dienen, daß wir alle gleichberechtigte Bundesbürger wären), die Märkte abgeschnitten.

Damit wurden die betreffenden Betriebe auch in eine Schuldenfalle gestürzt. Entsprechend dem durch Lenin vermutlich nach dem Beispiel des Wirkens des Finanzkapitals entworfenen System der Kontrolle der Wirtschaft durch den Rubel wurden auch die Betriebe der DDR nur mit geringen eigenen Umlaufmitteln ausgestattet. Sie mußten den Löwenanteil des benötigten Geldes als Kredit bei den Banken aufnehmen, die daraufhin als Gläubiger die staatliche Finanzkontrolle gegenüber den Schuldnerbetrieben ausübten. Diese Kredite wurden nach der „Vereinigung“ an westdeutsche Geschäftsbanken verkauft, die so den finanziellen Ruin der Betriebe herbeiführen konnten. Dabei wurde mißachtet, daß eine Behandlung dieser ursprünglich volkseigenen „Schulden“ nach den Grundsätzen der Privatwirtschaft gar nicht möglich war. Das dürfte die Verschleuderung unserer VEBs an unredliche Erwerber, wie es im BRD-Recht für Käufer kleiner Grundstücke heißt, noch erleichtert und den jeweiligen „Kaufpreis“ zu deren Gunsten erheblich gedrückt haben.

Diese Erwerber aber waren meist Konkurrenzunternehmen, die ihre Kapazitäten schon bis dahin nicht hatten auslasten können und sich deshalb an einer Erweiterung durch Kauf ostdeutscher Firmen gleicher Art keineswegs interessiert zeigten. Ihr Augenmerk galt lediglich der Ausschaltung unliebsamer Konkurrenten sowie der Übernahme ihrer Märkte, Ge-

bäude und Anlagen und des dazugehörigen Bodens. Die Kunden unserer Industrie in Ländern mit Verrechnungsabkommen mußten dann auf dem „freien Weltmarkt“ buchstäblich über Nacht gegen konvertierbare Währungen kaufen und umgekehrt ihre Waren dort absetzen, was auch bei ihnen zu schweren Einbrüchen geführt hat.

Die Vernichtung der Industrie in der Ostzone hatte auch verheerende politische Konsequenzen. Die aus ihr resultierende Arbeitslosigkeit, lokal manchmal bis zu 50 % und mehr, führte einerseits zur Auflösung der Betriebskollektive, die in der DDR mit ihrem sozialistischen Arbeitsrecht und ihrer Praxis sozialistischer Wirtschaftsleitung sehr weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten besessen hatten. Sie wären eine ernstzunehmende Kraft im Widerstand gegen die Politik der BRD-Regierung und der großen kapitalistischen Wirtschaftsunternehmen geworden. Ein wesentlicher Teil der Arbeiterklasse der DDR wurde damit faktisch liquidiert.

Auf der anderen Seite bot sich den nun Herrschenden die Möglichkeit, gegenüber den Westdeutschen für die auch auf sie zukommenden Folgen der „Vereinigung“ (mit anderen Worten: der rechtswidrigen Zerstörung der Wirtschaft der Ostzone) die „faulen Osis“ verantwortlich zu machen. Der westdeutsche Bundesbürger müsse diese als Resultat „sozialistischer Plan- und Mißwirtschaft“ nun miternehmen, hieß es. Die wirkliche Rolle der „Treuhandanstalt“ und der westdeutschen Kolonialbeamten, die die systematische Ausplünderung der Ostzone organisierten und vollzogen, wurde auf diese Weise verschleiert. Das war eine ideale Grundlage für das alte Prinzip des Teile und Herrsche.

Im Bonner Finanzministerium des Herrn Waigel oblag die Verantwortung für die finanziellen Beziehungen zur DDR und deren Abwicklung von der „Währungsunion“ bis zur „Treuhand“ seinem damaligen Staatssekretär Horst Köhler, der wohl auch aufgrund so erworbener Sporen bei der Vergabe des Bundespräsidentenamtes berücksichtigt wurde. **Gerhard Wenzel**

Am 4. April um 17.30 Uhr spricht **Prof. Dr. Ekkehard Lieberam** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Halle** bei der Volkssolidarität in Halle-Neustadt, Hettstedter Straße 1, zum Thema:

Gegenstrategie oder Regierungsbeteiligung? – Linke Politik am Scheideweg



„Haben Sie irgend etwas gegen Oligarchen?“

„Ach, wissen Sie, wir haben jetzt überhaupt nichts ...“

Aus: „Sowjetskaja Rossija“, Moskau

Ermordet von der Adenauer-Polizei: Philipp Müller

Am 5. April 2006 wäre Philipp Müller 75 Jahre alt geworden. Tatsächlich erlebte er gerade noch seinen 21. Geburtstag. Am 11. Mai 1952, der als Essener Blutsonntag von den derzeitigen Siegern der Geschichte gern unerwähnt bleibt, wurde Philipp Müller durch westdeutsche Polizisten hinterrücks erschossen. Aufgewachsen ist Philipp im Milieu von Arbeiterkolonien, in einem Vorort von München, 1938 verunglückte sein Vater, ein Eisenbahner, tödlich. Die Mutter mußte allein für ihre sechs Kinder sorgen. Nach sieben Jahren Volksschule ging Philipp als Lehrling ins Eisenbahn-Ausbesserungswerk München-Neuaubing. Drei Jahre später hatte er die Lehre als Eisenbahner beendet, trat in die Gewerkschaft ein, und die Kollegen wählten ihn zum Jugendleiter. 1948 wurde Philipp Mitglied der Freien Deutschen Jugend. Als im Mai 1950 Tausende Jugendliche aus der DDR und der BRD beim Deutschlandtreffen in der DDR-Hauptstadt ihre Empörung über die Remilitarisierungspläne in der BRD bekundeten, war er mit dabei, auch im August 1951 bei den III. Weltfestspielen in Berlin. Als die FDJ im Juni 1951 in der BRD verboten wurde, fand Philipp den Weg zu den Kommunisten. Er trat der KPD bei. Und wurde 1951 prompt wegen „kommunistischer Umtriebe“ aus dem Betrieb gefeuert. Zu den Weltfestspielen heiratete er seine Freundin aus der DDR. Als im November 1951 sein Sohn geboren wurde, stellte er einen Übersiedlungsantrag.

Nach den Weltfestspielen beginnt die Vorbereitung für die Friedenskarawane am 11. Mai 1952 in Essen. Es ist ein Sonntag. Tausende bevölkern die Straßen. Die Stadt mitten im Ruhrgebiet feiert ihr 1100jähriges Bestehen, Delegierte des Europäischen Kongresses der Christlichen Arbeiterjugend tagen hier, eine große Gartenbauausstellung erwartet ihre Besucher. Und überall in der Stadt lachende, singende Gruppen Jugendlicher. Weit über 30 000 junge Friedenskämpfer versammeln sich, um unter dem Motto „Widersteht der Militarisierung – Friedensvertrag statt Generalvertrag“ von ihrem im Grundgesetz zugesicherten Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Junge Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pfadfinder, Naturfreunde, Angehörige kirchlicher Jugendorganisationen aus allen Teilen der BRD sind gekommen – sie trotzen dem verfassungswidrigen Verbot der Friedenskarawane, das Innenminister Lehr am Vortag, als die Jugendlichen aus allen Teilen der BRD bereits unterwegs waren, erlassen hat.

Infolgedessen gleicht Essen an diesem Sonntag einem Heerlager. Obwohl viele Demonstranten aufgehalten werden, bewegt sich ein größerer Zug durch die Straßen der Stadt. Lieder und Sprechchöre erklingen. Versammlungsleiter einer Kundgebung sind der Dortmunder Pfarrer Arnold Haumann – übrigens ein langjähriger „RotFuchs“-Leser – und der Sprecher der Jugendlichen, der Darmstädter Studentenpfarrer Herbert Mochalski. Die Lehr-Polizei antwortet mit Terror. Mit ihren Mannschaftswagen fährt sie in die sporadischen Kundgebungen und den Demonstrationszug. Berittene Polizisten treiben ihre Pferde in die Massen, Hunde werden auf die Jugendlichen gehetzt, mit Gummiknüppeln und lederumflochtenen Stahlruten dreschen die uniformierten Schläger wahllos auf die Demonstranten ein. Wer auf der Straße liegen bleibt, wird auf die Überfallwagen geworfen. Philipp ruft seinen Münchner Freunden zu: „In die Nebenstraßen!“ und „Zusammenbleiben!“ Dann hört er noch den Befehl: „Feuer frei!“ aus einem Lautsprecherwagen. Der 24jährige parteilose Gewerkschafter



Albert Bretthauer aus Kassel wird schwer verwundet, ebenfalls der 31jährige Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Münster. Von einer Pistolenkugel tödlich getroffen, bricht auch Philipp zusammen. Er stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Dank journalistischer Recherchen, insbesondere von Leonore Dietrich, sind die Namen der Verantwortlichen für diesen Essener Blutsonntag bekannt: Die Polizei-offiziere Wolter und Knoblauch inszenierten das Blutbad. Sie erhoben auch als erste die Waffen. Den tödlichen Schuß auf Philipp Müller gab der Polizist Werner Koller ab. Doch während 261 Jugendliche und unbeteiligte Passanten verhaftet und viele von ihnen unschuldig verurteilt wurden, blieben Philipps Mörder und deren Auftraggeber verschont, obwohl Philipps Mutter Strafanzeige gestellt hatte. Diese wurde zurückgewiesen. Die Polizisten hätten in Notwehr gehandelt. In der Antwort der Behörden an den Rechtsanwalt hieß es u. a.: „Der Schuß hatte Erfolg.“

Nach dem tragischen Ereignis des 11. Mai 1952 verstärkten auch Persönlichkeiten aus dem Bürgertum wie Katharina von Kardorff-Oheim, Helene Wessel, Wilhelm Elfes, Gustav Heinemann, Joseph Wirth und viele andere ihren Widerstand gegen die Remilitarisierung.

Philipp Müller war das erste Opfer des kalten Krieges in der BRD, dem noch viele, über Peter Göring bis Gerhard Riege, folgen sollten.

Nachdem die DDR 1990 der BRD angeschlossen worden war, gab es bei uns in Strausberg Bestrebungen konservativer Kräfte, den Straßennamen Philipp Müller zu tilgen. Vehement haben sich die Anwohner dagegen gewehrt und mit überwältigender Mehrheit für seine Beibehaltung optiert. Zudem haben sie (und andere Bürger Strausbergs) schon vor 15 Jahren einen Aufruf zum ehrenden Gedenken an Philipp Müller unterschrieben, in dem mahnend an die Bluttat und den Friedenskämpfer erinnert wird.

Heinz Pocher



Nachträglich zu seinem 85. Geburtstag am 28. Februar grüßen wir den großen deutschen Maler, standhaften Kommunisten und „RotFuchs“-Leser **Prof. Willi Sitte** mit einem Linolschnitt seines Bruders **Prof. Rudolf Sitte** in herzlicher Verbundenheit.

Auf der Gründungsveranstaltung des „Innovationsfonds des Volkes“ e. V., einer unabhängigen, privatfinanzierten Vereinigung, die sich als einzige in der BRD nur um die freien Erfinder kümmert, wurde von Prof. Dr. jur. Erich Häußler (†), der in der Zeit von 1976 bis 1995 Präsident des Deutschen Patent- und Markenamtes München war, in seinem einstündigen Grundsatzreferat am 26.10.1996 in Berlin folgendes festgestellt:

„Zwischenzeitlich ist offenbar, daß die deutsche Wirtschaft in einer schweren Krise steckt, die erkennbar nicht nur vorübergehend ist. Damit trat das ein, was seit mehr als einem Jahrzehnt absehbar war. Aber alle Hinweise auf die sich abzeichnende Entwicklung wurden entweder nicht zur Kenntnis genommen oder zu unseren Gunsten relativiert. ...

Wir brauchen also vor allem Erfindungsreichtum, um im eigenen Land die für neue Produkte und Verfahren unverzichtbaren Grundlagen zu schaffen. Es ist deshalb in erster Linie notwendig, kreative Menschen – Forscher, Wissenschaftler und Erfinder – mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen, sie zu fördern und ihr Ansehen in der Gesellschaft zu festigen. Vor allem aber müssen wir ihnen das Erfolgserlebnis der Verwirklichung ihrer Ideen im eigenen Land ermöglichen und ihnen eine faire Behandlung zukommen lassen. ...“

Seit der Einschätzung von Prof. Häußler hat sich an der geschilderten Situation nichts geändert. Die Regierung Schröder/Fischer hat sowohl in der ersten als auch in der nicht beendeten zweiten Legislaturperiode genau die gleiche verfehlte Innovationspolitik betrieben wie die Regierung Kohl.

Im Ergebnis dieser falschen Politik traten Wirkungen in der Wirtschaft des Landes auf, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau im November 2005 folgendermaßen eingeschätzt wurden: „Die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft ist nach Aussage des Chefvolkswirts der KfW-Bankengruppe Frankfurt (Main), Norbert Irsch, in den vergangenen Jahren bedenklich gesunken. Wenn dies so bliebe, sei absehbar, daß Deutschland im internationalen Wettbewerb immer mehr zurückfalle. Es sei bedenklich, daß die Gründungsrate im Bereich der Spitzentechnologien seit zehn Jahren bundesweit abnehme. Auch große Unternehmen und etablierte Mittelständler seien immer weniger innovativ. Das gravierende Hemmnis sei die Finanzierung. Viele erfolgversprechende Projekte scheitern daran. Bei den Bankiers ist das Verständnis für die Probleme innovativer Firmen nicht vorhanden.“

Diese chronische Unterfinanzierung von Innovationsprozessen im Land trifft vor allem die freien Erfinder. Das sind Personen, die von Berufs wegen keine bezahlte Anstellung haben, auf deren Grundlage sie ihre Erfindungen herausarbeiten können, sondern solche Erfinder, die unabhängig von ihren Erwerbsverhältnissen sich freiwillig und engagiert zu eigenen Lasten in die Erfindertätigkeit einbrin-

Das Elend der freien Erfinder in Deutschland (1)

gen. (Definition des „Innovationsfonds des Volkes“ e. V.)

So ist z. B. in Deutschland eine Förderung für eine Erfindung, um sie in die Vermarktung überzuleiten, nur möglich, wenn der Erfinder selbst mindestens 40 % und maximal 60 % der erforderlichen Summe als Geldleistung aufbringt.

Es leuchtet ein, daß ein Hochschulabsolvent mit einer glänzenden technischen Idee, die er sogar zum Patent anmelden konnte, auf verlorenem Posten steht, wenn er diese Anforderungen erfüllen soll. Viele Betroffene haben bereits im Laufe des Studiums angehäuften Schulden.

Nicht anders geht es Beschäftigten, die eine Idee zum Patent anmelden konnten, aber in ihrer beruflichen Tätigkeit keine Möglichkeit besitzen, diese Erfindung bis zu einem marktfähigen Produkt herauszuarbeiten und zu finanzieren.

Die Versuche mancher freien Erfinder, sich dennoch Geld von Banken (Haus und Grundstück verpfändet) oder von Privatpersonen zu beschaffen, gehen in der Regel, wie wir beweisen können, mit dem Ruin des Erfinders zu Ende.

Uns wird oft entgegengehalten, daß der Erfinder sich ja nur an die Wirtschaft zu wenden brauche, um die erforderlichen Mittel zu bekommen. Das ist eine grobe Entstellung der wahren Sachverhalte, da die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die den größten Teil der deutschen Wirtschaft ausmachen, selbst in chronischer Unterfinanzierung arbeiten und deshalb in der Regel außerstande sind, die personellen und materiellen Voraussetzungen für das Überführen einer Erfindung in die Vermarktungsfähigkeit zu übernehmen, während sich die Großunternehmen in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen nicht bereit zeigen, mit freien Erfindern zu kooperieren. Sie empfinden diese schöpferische Gruppe als Bedrohung, weil sie teilweise bessere und effektivere Lösungen anbieten kann, als sie im gegenwärtigen Produktionsortiment der Unternehmen zu finden sind.

Im Ergebnis dessen werden von dem durchschnittlich 22prozentigen Anteil der Patentanmeldungen freier Erfinder in Deutschland nur 3–5 % eingeführt. Die Ursache dafür besteht aber nicht darin, wie uns manche Leute nachweisen wollen, daß die Produkte weniger gut als andere aus der großen Industrie sind, sondern lediglich darin, daß die bestehenden gesetzlichen Finanzierungsrichtlinien für Erfindungen („Förderung“) erfinderfeindlich sind.

Aus diesem Grund hat Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten Tausende von Erfindungen, oft gemeinsam mit den Erfindern, an das Ausland verloren, die bis jetzt als Re-Importe, besonders aus den USA, Japan und anderen innovationsstarken Ländern, auf den deutschen Markt zurückfließen.

Damit schränkt sich die Möglichkeit Deutschlands weiter ein, die Tendenz des wachsenden weltweiten Zurückbleibens in Wissenschaft und Technik zu stoppen, geschweige denn umzukehren.

Ein Mangel an innovativem Vorlauf in der Wirtschaft ist eine der schwersten Bürden, die ein Land zu tragen hat.

Im Spiegelbild dessen befindet sich der jeweilige Stand der Arbeitslosigkeit. Während in der Zeit der Regierung Schmidt (SPD/FDP) die Arbeitslosigkeit noch bei 1 bis 2 Millionen lag, überschritt sie bereits zu Zeiten der Regierung Kohl (CDU/CSU/FDP) die 4-Millionen-Grenze und erreichte mit 5 216 000 offiziell registrierten Arbeitslosen im Februar 2005 zum zweiten Mal in Folge einen neuen Nachkriegsrekord. Im Verlaufe des Jahres 2005 änderte sich diese Situation kaum. Am 1. Februar 2006 gab die Bundesagentur für Arbeit bekannt, daß die Arbeitslosenzahl in Deutschland wiederum die 5-Millionen-Grenze überschritten hat.

Dr. rer. oec. Gerhard Steinmüller

Unser Autor ist Vorsitzender des Vorstandes des „Innovationsfonds des Volkes“ e. V. (www.innovationsfonds.com)

Sie können ruhig als Straßenkehrer arbeiten, Herr Diplomingenieur.



Die Besen sind inzwischen mechanisiert!

**Zeichnung:
Lydia Kuhn**

Durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats über die „Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen“ vom 10. Oktober 1945 wurden sämtliche Vereine, die im „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ (NSBDT) zusammengeschlossen waren, aufgelöst. Im Artikel I dieses Gesetzes bestimmte der Absatz 3: „Die Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen, sei es unter dem gleichen oder einem anderen Namen, ist verboten.“ Klar war aber auch, daß ohne Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker, ohne deren Wissen und Erfahrungen ein Aufbau des so stark zerstörten Landes nicht zu schaffen sein würde. Es galt die einfachsten Existenzbedingungen für die Bevölkerung schnell wiederherzustellen. Dazu mußten als erstes die Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und Wasser sowie die Verkehrsverbindungen gesichert und Wohnraum geschaffen werden. Für diese Aufgaben war die ehrenamtliche technisch-wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit in einer neuen Form zu organisieren.

Auf die alten Strukturen konnte nicht zurückgegriffen werden. Das wollten aus verschiedensten Gründen sehr viele Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker trotz unterschiedlicher weltanschaulicher Standpunkte auch gar nicht. Die neue Form sollte parteipolitisch neutral sein, aber klare demokratische Ziele haben.

In dieser Situation fanden sich im Sommer 1945 die Aktivisten zusammen, um einen Neuanfang der freiwilligen technisch-wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit innerhalb der sich gerade neu formierenden Gewerkschaften zu beginnen. Nach Beratungen mit allen interessierten Organen der Selbstverwaltung schlug der Vorstand des Mitte 1945 entstandenen Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Bildung einer Kammer der Technik vor.

In dem vom Chef der Kulturabteilung der SMAD, Oberst S. Tjulpanow, unterzeichneten Genehmigungsschreiben vom 8. Mai 1946 heißt es: „Der Zonenverwaltung des FDGB wird hiermit erlaubt, von den Gewerkschaften ausgehend, eine ‚Kammer der Technik‘ zu errichten“, und die Bildung eines Organisationskomitees wurde genehmigt.

Der von diesem Komitee erarbeitete und am 26. Juni 1946 beschlossene Gründungsauftrag „An die technische Intelligenz“ erschien im Juli in der ersten Nummer der neuen Zeitschrift „Die Technik“.

Er war von 35 Persönlichkeiten (darunter die Professoren Franck, Havemann, Rompe, Schwabe) unterschrieben und zeigte, in welchen Rahmen die neue Form der Gemeinschaftsarbeit einzuordnen sei.

Am 2. 7. 1946 wurde die Kammer der Technik gegründet. Mitte September hatte eine Redaktionskommission die Ausarbeitung der Satzung abgeschlossen. Sie wurde vom Vorstand des FDGB gebilligt und von der SMAD genehmigt. Darin wurde die KDT in die zentrale Kammer der Technik, die Landeskammern und die Bezirksausschüsse gegliedert. Gebildet

wurden Fachabteilungen: Forschung und Lehre; Bergbau, Steine und Erden; Energie; Technische Chemie; Mechanische Technik; Elektrotechnik; Faserstoffe; Bauwesen; Verkehr.

Der schnelle Aufbau der Kammer der Technik ergab sich aus der bei vielen Menschen zunehmenden Erkenntnis, daß die neue Form der freiwilligen technisch-wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit in ihren Zielen und Aufgaben der ganzen Bevölkerung, also auch ihnen selbst, dabei half, die Kriegswunden zu heilen, die herrschende bittere Not zu überwinden und den Weg zu einem glücklicheren Leben zu beschreiten.

Ende 1946 wurde ein Ausschuß für Erfindungs- und Patentfragen gebildet. Anfang 1947 fanden Gründungsveranstaltungen

Die überbetriebliche Gemeinschaftsarbeit entwickelte sich. Bei großen Fachtagungen nahmen neben der technischen Intelligenz des jeweiligen Fachgebietes in völlig gleichberechtigter Weise die dazugehörigen Techniker, Meister und Arbeiter teil. Das brachte der KDT zwar die spöttische Bezeichnung „Schlosserverband“ ein, half aber beim Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft.

Der Mechanikermeister Nietzsche, der 20 Spezialmaschinen und -automaten aus dem Gedächtnis rekonstruierte und vervollkommnete, ermöglichte, um nur ein Beispiel zu nennen, die Wiederaufnahme der Fabrikation von Armbanduhren in Glashütte. Aus den 9 Fachabteilungen hatten sich inzwischen 19 Fachverbände (FV) mit einer Vielzahl von Fachausschüs-



Wie sich die technische Intelligenz der DDR organisierte

der KDT-Landeskammern statt. Am 2. Juni 1947 trat die konstituierende Tagung des Hauptausschusses in Berlin zusammen. Zum ersten Präsidenten der KDT wurde der Rektor der damaligen Technischen Hochschule Dresden, Prof. Dr.-Ing. Enno Heidebroek, gewählt.

Die Bildung von Bezirksausschüssen und Ortssektionen vertiefte den organisatorischen Aufbau in den Ländern. In dieser Zeit drängten ebenso überregionale Fragen, die Normung und das technische Vorschriftenwerk sowie die Einführung innovativer technischer Lösungen nach Klärungen. Damit setzte eine Spezialisierung in den Fachabteilungen ein. Durch Sonderausschüsse wie für Holztrocknung, Netzstörungen, Wärmepumpen und Windkraft wurde neben den Tagesfragen auf perspektivische Lösungen hingearbeitet. Die Betreuung und Herausgabe des für den Aufbau wichtigen „Vorschriftenwerks Deutscher Elektrotechniker“ (VDE) übernahm die Fachgruppe Elektrotechnik. Zu beziehen war es vom Druckschriftenvertrieb der KDT. Für die Herausgabe einer breiten Palette von Zeitschriften und Fachbüchern war der Verlag Technik zuständig.

Welche Resonanz die Kammer der Technik fand, spiegelt sich in der rasch wachsenden Mitgliederzahl wider:

Zwischen Dezember 1946 und Dezember 1951 wuchs sie von 1904 auf 62429 Mitglieder. Auf seiner Tagung am 12. Februar 1949 wählte der Hauptausschuß Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Franck zum Präsidenten.

Durch die nun eingeleitete Bildung von Betriebssektionen wurde die Tätigkeit der KDT populär. Bisher Fernstehende, aber an technischen Fragen Interessierte konnten als Mitglieder gewonnen werden.

sen (FA) und Fachunterausschüssen (FUA) entwickelt. Im Gefolge der Neugliederung der DDR in Bezirke (August 1952) waren aus den 6 Landeskammern 15 Bezirksverbände mit Fachsektionen entstanden, von denen auch die Betriebssektionen betreut wurden. Die Entwicklung der KDT führte dazu, sie ab 18. August 1955 als selbständige demokratische Fachorganisation der technischen Intelligenz in der DDR anzuerkennen.

Der 1. Kongreß der Kammer der Technik fand am 3. und 4. Dezember 1955 in Berlin statt. Er beschloß die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen. Dadurch sank allerdings die Mitgliederzahl von etwa 100 000 auf 35 000, und die Zahl der Betriebssektionen ging zunächst zurück. Bald stieg jedoch die Mitgliederzahl kontinuierlich an. Schon 1958 waren es bereits wieder 65 000 Mitglieder, die in 1834 Betriebssektionen und mehr als 1250 überbetrieblichen Gremien freiwillig technisch-wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit leisteten.

In das Amt des Präsidenten der KDT wurden dann nacheinander Prof. Dr.-Ing. Horst Peschel (1959), Prof. Dr.-Ing. habil. Manfred Schubert (1974) und Frau Prof. Dr. Hülsenberg (1987) berufen. Im Jahre 1988 hatte die KDT 292 824 Mitglieder. 46 568 davon waren Frauen. Rund ein Drittel der Ingenieure der DDR gehörte also der Kammer an.

Die KDT genoß in ihrer Blütezeit sowohl im Lande als auch international ein beachtliches Ansehen.

**Dozent Dipl.-Ök. et Dipl.-Ing.
Hans Rolf Besser**

Unser Autor ist Ehrenmitglied der KDT und seit 1994 Vorsitzender beim Kollegium der Techniker, Ingenieure und Wirtschaftler in Deutschland e. V.

Vor 45 Jahren wurde das Gesetzbuch der Arbeit beschlossen

Am 12. April 1961 beriet und beschloß die Volkskammer der DDR das Gesetzbuch der Arbeit (GBA) und setzte es zum 1. Juli 1961 in Kraft. Das war in der DDR die erste umfassende gesetzliche Neuregelung eines Rechtszweiges, des Arbeitsrechts. Bereits kurze Zeit nach der Staatsgründung wurde 1950 das Gesetz der Arbeit erlassen. Mit diesem und den nachfolgenden Regelungen zu vielen arbeitsrechtlichen Einzelfragen wurde die Herausbildung sozialistischer Arbeitsverhältnisse wesentlich gefördert. Hervorzuheben ist, daß das Recht auf Arbeit als grundlegendes Menschenrecht schon damals real gesichert wurde. Heute wissen und erfahren wir immer wieder, daß es auf Arbeit, obwohl bereits von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN- Generalversammlung 1948 verkündet, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keinen Rechtsanspruch gibt.

Anfang der 60er Jahre war es erforderlich, den mit den bisherigen Regelungen erreichten Stand der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse in einem einheitlichen Gesetzbuch zu erfassen. Das GBA sagte sich konsequent von den Bestimmungen des bis dahin z. T. noch angewendeten Bürgerlichen Gesetzbuchs los, stellte das Arbeitsrecht gewissermaßen auf eigene Füße. Die sozialistischen Arbeitsverhältnisse ließen sich nicht nach den bürgerlich-rechtlichen Aspekten eines schuldrechtlichen Austauschverhältnisses gemäß BGB gestalten, wie sie heute noch in der Bundesrepublik maßgebend sind.

In den folgenden Jahren verabschiedete die Volkskammer der DDR ähnlich umfassende Gesetzbücher für weitere Rechtszweige. Genannt seien hier nur, weil fast alle Bürger berührend, das Familien- und das Zivilgesetzbuch. Ihrem Entstehen gemeinsam ist vor allem die umfassende demokratische Diskussion der veröffentlichten Entwürfe und die Verabschiedung der Gesetzbücher durch die Volkskammer. Der Entwurf des GBA der Arbeit wurde von einer gemeinsamen Kommission des Bundesvorstands des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und des Ministerrats der DDR erarbeitet. Unter ihrer Anleitung entstanden zunächst Analysen der Wirksamkeit geltender arbeitsrechtlicher Regelungen. Darauf gestützt formulierte man Zielvorstellungen für die neu zu regelnden Sachkomplexe. In den einzelnen Arbeitsgruppen wirkten Gewerkschaftsfunktionäre, Vertreter der Arbeitsrechtswissenschaft und Mitarbeiter von Ministerien zusammen. Die gemeinsame Kommission erstattete dem Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerrat wiederholt Zwischenberichte über den Stand der Ausarbeitung und Diskussion des GBA-Entwurfs. Dieser wurde nach Billigung durch die Kommission in vollem Wortlaut als Faltbeilage in der

Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ veröffentlicht. Ihre weite Verbreitung garantierte, daß der Entwurf in jeden volkseigenen Betrieb und dort oft in die meisten Arbeitskollektive gelangte. Auch andere Printmedien veröffentlichten Auszüge. Viele Diskussionsbeiträge zum Gesetz wurden publiziert. Das galt ebenso für etliche Änderungsvorschläge.

Von der Kommission wurden die Meinungen zum Entwurf erfaßt und ausgewertet. Daraufhin überarbeitet, wurde er von der Fraktion des FDGB in der Volkskammer eingebracht. Deren Ausschüsse gaben ihre Zustimmung. Schließlich begründete der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands und Abgeordnete Herbert Warnke im Plenum den Gesetzentwurf. Im Ergebnis der Aussprache wurde das GBA einstimmig verabschiedet.

An dieser Stelle möchte ich als Gast der damaligen Volkskammersitzung einflechten: Mit stürmischem Beifall wurde die in die Sitzung übertragene Nachricht aufgenommen, ein sowjetisches Raumschiff mit Yuri Gagarin an Bord umkreise die Erde. So verknüpft sich das Datum der Annahme des GBA der DDR mit dem Tag des ersten bemannten Raumfluges.

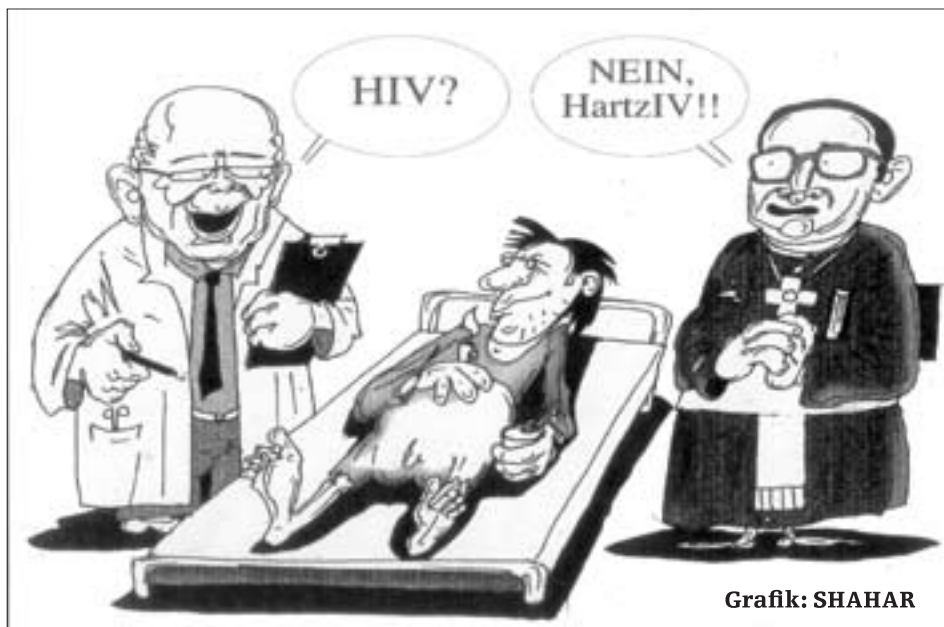
Das Gesetzbuch bewährte sich alsbald in der Praxis. Die Regelungen waren verständlich und gut handhabbar. Sie begründeten konkrete Ansprüche, bestimmten Verantwortung und Verantwortlichkeiten und legten fest, was im Rahmen des kollektiven Arbeitsrechts, in Betriebskollektivverträgen (BKV), Rahmenkollektivverträgen (RKV), Betriebsvereinbarungen, Arbeitsordnungen usw. weiter ausgestaltet werden sollte. Die Gewerkschaften, vor allem die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, betätigten sich, gestützt auf das GBA, als echte Vertreter der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz.

Kritisch ist zum GBA anzumerken: Aus heutiger Sicht überwogen sogenannte Aufgabennormen. Mit ihnen wurden den Leitern, aber auch allen Beschäftigten Vorstellungen für die Wirkungsrichtungen des Gesetzbuchs vermittelt, auf die die gemeinsamen Anstrengungen in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben hinauslaufen sollten. Sie waren auf die Erziehung der Werktätigen zu sozialistischem Bewußtsein gerichtet. Eine große Rolle spielte die Rechtsprechung der Konfliktkommissionen, wobei Kammern und Senate für Arbeitsrecht der Gerichte aufkommende Streitfragen meist konstruktiv zu lösen wußten. Daran konnte das Arbeitsgesetzbuch (AGB), das zweite umfassende Gesetzeswerk auf dem Gebiet des Arbeitsrechts anknüpfen. Es wurde 1977 ausführlich diskutiert und trat am 1. Januar 1978 in Kraft.

In der Bundesrepublik gab es ebenfalls Bemühungen, das Arbeitsrecht in einem Gesetzbuch zu regeln. Die dazu gebildete Kommission mußte jedoch ihr Scheitern eingestehen. Die unterschiedlichen Interessen ließen sich nicht unter einen Hut bringen. So erklärt sich, warum der Auftrag im Einigungsvertrag von 1990 an den gesamtdeutschen Gesetzgeber, das Arbeitsvertragsrecht möglichst bald einheitlich neu zu konzipieren, bis heute nicht erfüllt worden ist. Im Gegenteil: Es vergeht keine Woche, in der nicht neue „Vorschläge“ der Unternehmenseite publiziert werden. Sie laufen allesamt darauf hinaus, dem Arbeitsrecht der BRD immer mehr Sicherungs- und Schutzfunktionen zu nehmen, wobei der Vorwand benutzt wird, „die Arbeitskosten im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu optimieren“.

Walter Rudelt

Unser Autor war Vorsitzender des Arbeitsrechtssenats des Obersten Gerichts der DDR.



Grafik: SHAHAR

Leipzigs Ex-Oberbürgermeister Wolf-Gang Tiefensee (SPD) hat es für viele überraschend in die Merkel-Regierung gezogen. Kritiker meinen, er sei vor den wachsenden Problemen davongelaufen. Seine Politik wurde am härtesten von der Linkspartei angegriffen, aber auch bürgerliche Parteiobere beanstandeten unübersehbare Defizite, Skandale und Affären.

Die widersprüchliche Entwicklung Ostdeutschlands ist in Leipzig wie unter einem Vergrößerungsglas erkennbar. Neue Verwaltungsgebäude, beeindruckende Handelseinrichtungen, elegante oder sanierte Wohnhäuser, Straßen, ein neues Fußballstadion und ganz wenige, wenn auch spektakuläre Wirtschaftsansiedlungen wie Quelle, Porsche und BMW kontrastieren scharf mit einer Hochburg für Schulden (eine Milliarde), Firmenpleiten, Arbeitslose (Amtsbezirk: 20,5 %), Hartz-IV-Betroffene und Kriminalität, nicht zuletzt Massenflucht von jüngeren Fachkräften in den Westen. Zwar sind die Stadtpoli-

tiker nicht hauptverantwortlich, aber auch sie trugen durch Entlassungen aus der Verwaltung und kommunalen Firmen sowie die Liquidierung des Haupt-ABM-Trägers zur Krise bei.

Anfang Februar war der erste Wahlgang angesetzt, und es kam zu einem Eklat. Die Wahlbeteiligung betrug nur 34,9 %. Der SPD-Favorit Jung kam auf 41,6 % und 9 % vor CDU-Kandidat Albrecht. Linkspartei-vertreter Pellmann erreichte nur magere 15,5 % und stieg vor der Stichwahl am 26. Februar aus.

Wiederum sank die Teilnahme um mehr als 3 %. Jung ging mit 51,6 % relativ knapp vor Albrecht (44 %) durchs Ziel. Interessant sicher, daß die Leipziger SPD wie schon vor Jahren auf einen Wessi zurückgreifen mußte. Noch interessan-

ter ist wohl, daß ausgerechnet in jener Stadt, in der die DDR-Opposition einst am lautesten nach freien Wahlen schrie, ein solcher Boykott stattfand.

Die Erklärungsversuche der Meinungsmacher blieben dürftig. Kanzlerin Merkel rief bei ihrer Blitzreise zur Unterstützung des CDU-Bewerbers enthusiastisch aus, Leipzig sei eine „tolle Stadt“. Gäste und bekennende Nichtwähler einer Kneipe mit dem bezeichnenden Namen „Hartz IV“ bekundeten einem Reporter des Regionalfernsehens, man habe sie „verraten und verkauft“.

Auf den Siegesrausch am Wahlabend folgte in der „Heldenstadt“ anhaltender Spitzenjammer. **Joachim Spitzner**

„Heldenstädter“ boykottierten Wahlen

Kranke Gesellschaft – krankes Gesundheitssystem

Jeder Versicherte, jeder Patient sieht, hört und spürt es: Immer höhere Krankenkassenbeiträge, immer mehr Zuzahlungen, immer weniger und schlechtere Leistungen, Klinikärzte streiken, Hausärzte und ambulante Fachärzte schließen ihre Praxen und gehen mit ihren Arzthelferinnen zu Protestdemonstrationen, das deutsche Gesundheitswesen selbst ist behandlungsbedürftig!

Der dienstälteste Gesundheitsminister in Deutschland, Ludwig Mecklinger, formulierte vor Jahren wiederholt: „Was kann die Medizin? Vermeidbare Krankheiten und frühzeitigen Tod verhindern. Was soll die Gesundheitspolitik? Für das physische, psychische und soziale Wohlbefinden der Menschen sorgen, dies zusammen mit den Ärzten, Schwestern u. a. Mitarbeitern des Gesundheitswesens.“

Zur Zeit wird eine andere Gesundheitspolitik betrieben, die durch chronische Unterfinanzierung, durch Privatisierung der Krankenhäuser, der Polikliniken/Versorgungszentren und der Versicherungen sowie maßlose Bürokratisierung und Verleumdungen der Ärzte gekennzeichnet ist.

Die Lebenserwartung in unserem Land steht in deutlichem Zusammenhang mit dem Einkommen: 40 Prozent der Menschen, die im Jahr unter 30000 Euro verdienen, erleben nie das Rentenalter. Dagegen können sich 85 Prozent derjenigen, die über 60000 Euro verdienen, darauf einstellen, dieses Ziel zu erreichen. Und sie können sich auf durchschnittliche 20 Jahre Ruhestand freuen, während die schlechter Verdienenden im Schnitt nur noch sechs Jahre davon erleben.

„Lebensbedingungen und Lebensstile beeinflussen die Gesundheit ebenso wie die Bildung und der Arbeitsplatz“, wur-

de Ende November 2005 in Berlin beim 11. Kongreß „Armut und Gesundheit“ festgestellt. Trotzdem wird die Finanzierung des Gesundheitswesens durch die Regierungen immer mehr heruntergefahren. Waren es im Jahr 1990 noch 12 % des Bruttoinlandsprodukts, die für das Gesundheitswesen ausgegeben wurden, so sind es z. Z. nur noch 6,9 %. Sowohl die „Arbeitgeber“ als auch der Staat entzogen sich zunehmend ihrer Verantwortung für die Finanzierung. Die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Rentner, welche die Sozialsysteme tragen, wird immer kleiner. Die Großverdiener sind privatversichert, für die arbeitslosen und sozialhilfeempfangenden „Hartz IV“-Leute wird gar kein Krankenversicherungsbeitrag mehr erstattet. Deutschland aber ist nicht Papua-Neuguinea, sondern das fünftreichste Land der Erde (mit 440 000 Euro Kapital/Einwohner), aber die Regierenden lassen nicht nur die finanzielle Aushöhlung des Gesundheitssystems zu, sondern auch, daß das nicht ausreichende Geld immer weniger zu den Patienten und zu denen fließt, die sie ambulant und stationär behandeln. Von 100 Euro Krankenversicherungsbeitrag bekommen die Kliniken 33 Euro und die Haus- und Facharztpraxen 16 Euro, aber 51 Euro fließen sachfremd und überproportional in die Pharmaindustrie, die Verwaltungen der 400 Krankenkassen und andere „Mittesser“. Auf dem bundesweiten Protesttag der 30 000 Ärzte am 18. Januar ging es nicht nur um die Existenzkrise der Arztpraxen und Kliniken, es ging um den „drohenden Versorgungsnotstand für unsere Patienten“.

Jede zehnte der knapp 1900 Kliniken in Deutschland kann die kommenden fünf Jahre wirtschaftlich nicht mehr überle-

ben, analysiert die Studie „Krankenhaus Rating Report 2006“.

Die Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen führte im abgelaufenen Jahr 2005 zu einem neuen Pleiterekord bei den Arztpraxen. Bundesweit standen zum Jahresende rund 30000 der insgesamt 96000 Arztpraxen vor der Schließung oder waren von der Insolvenz bedroht. Die betroffenen Mediziner verfügten nach Abzug von Steuern und Kosten nur über ein monatliches Einkommen zwischen 1600 und 2000 Euro, davon müssen dann noch Beiträge zur Altersvorsorge abgeführt werden – und das bei ihrer 58-Stunden-Arbeitswoche, ihrer langen Ausbildungszeit und ihrer hohen Verantwortung für Leben und Gesundheit.

Das Faß zum Überlaufen brachte das von der Ministerin Schmidt in den Bundestag eingebrachte „Arzneimittel-Versorgungswirtschaftsgesetz“ (AVWG). Statt – wie längst überfällig – eine Arzneimittel-Positivliste herauszugeben, sollen wir Ärzte als Büttel gegenüber unseren Patienten mit einem „Bonus“ bestochen, wenn wir wenig oder gar nichts verordnen oder veranlassen, bzw. mit dem „Malus“ bestraft werden, wenn wir Tages-Therapie-Kosten überschreiten, d. h. wir Ärzte sollen umgehend die angeblich zu viel verordneten oder zu teuren Medikamente selbst bezahlen.

In was für einem Land leben wir, Patienten wie Ärzte, eigentlich, daß uns so etwas zugemutet wird?

Die Proteste der Ärzte – zunehmend unterstützt durch unsere Patienten – werden so lange und verstärkt fortgesetzt, bis die verantwortlichen Politiker und die Kas- sen-Bosse zur Vernunft kommen.

**OMR Prof. Dr. sc. med.
Herbert Kreibich**

Wird als nächstes der Fernsehturm abgerissen?

Wie mir scheint, werden mit der Zerstörung des Palastes der Republik zwei Ziele verfolgt:

Einerseits sollen die „steinernen Zeugen“ aus 40 Jahren DDR koste es, was es wolle, beseitigt werden. Wenn es technisch möglich wäre, würde man auch noch den Fernsehturm abreißen. Andererseits will man offensichtlich die preußisch-deutsche Geschichte bis 1945 wieder auferstehen lassen. Es sollte aber auch nicht vergessen werden, daß auf dem Schloßplatz am 22. März 1848 ein großer Trauerzug mit den 230 gefallenen Barrikadenkämpfern aus der Märzrevolution defilierte. Er zwang den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., vor den Toten sein Haupt zu entblößen.

Das kriegszerstörte Schloß wurde bekanntlich abgerissen. Niemand dürfte die Illusion gehabt haben, die DDR werde ausgerechnet auf dem (inzwischen umbenannten) Marx-Engels-Platz den Sitz der Hohenzollern wieder errichten.

Im Frühjahr 1973 wurde entschieden, an seiner Stelle ein „Haus des Volkes“, eben den Palast der Republik, zu bauen. Entgegen der Auffassung, er gehöre „nicht zur Identität der Deutschen“ und sei lediglich eine „Kundgebungstribüne für die SED-Herrschaften“ gewesen, sprechen die viel-

fältige Nutzung und die enorme Zahl der Besucher für sich. Seit der Eröffnung des PdR am 23. 4. 1976 bis zu seiner Schließung haben ca. 30 Millionen Menschen das Gebäude betreten. In diesen ganzen Jahren haben drei Parteitage der SED dort stattgefunden.

Die Angebote waren mannigfaltig: Im Hauptfoyer, dem zentralen Raum, strahlten hunderte Kugelleuchten (daraus wurde im Volksmund „Erichs Lampenladen“), zu jeder Jahreszeit sah man hier herrliche Arrangements aus Pflanzen und Blüten aller Art, die Fünf-Meter-Blume aus Glas und Stahl war schon nach kurzer Zeit Berlins beliebtester Verabredungsort.

Die Bowlingbahn, der Jugendtreff, die Weinstube und die Bierstube in der untersten Etage konnte man zu Preisen aufsuchen, von denen jeder heute nur träumt. Für die Gastronomie standen insgesamt 11 Einrichtungen mit 1500 Plätzen zur Verfügung, darunter das Spree- und das Lindenrestaurant sowie das 4. und 5. Geschloß für die Pausenversorgung der Gäste des Großen Saales. Außerdem Milchbar, Espresso und Mokka. Nicht zu vergessen: zwei kleine Salons mit Dekorationen aus Meißner Porzellan für Familienfeiern und gesellige Zusammenkünfte von Arbeitskollektiven. Im großen Saal mit ca.

5000 Plätzen konnten die Gäste des PdR bedeutende Kulturereignisse miterleben, Konzerte von Klangkörpern und Solisten aus der ganzen Welt. Hier saßen keine ausgewählten Leute, sondern Besucher aus allen Kreisen der Bevölkerung. Künstler aus der ganzen Welt, auch aus der BRD, bestritten das Programm.

Nicht zu vergessen sei die Möglichkeit, im großen Saal 19 Raumvarianten, je nach Bedarf, herzustellen. Diese Verwandlungstechnologie gab es zu dieser Zeit nirgendwo auf der Welt. Schließlich sei noch das TIP erwähnt. Es war ein Foyertheater, ohne Bühne, ohne Wände, ohne feste Stuhlreihen. Hier wurden Vorstellungen der verschiedensten künstlerischen Genres geboten. Das ursprünglich strapazierte Argument einer „Asbestverseuchung“ wurde bald aus dem Verkehr gezogen. Längst hat sich nämlich herumgesprochen, daß in Berlin und anderswo in Deutschland etliche Bauten existieren und genutzt werden, welche eine ähnliche Beschaffenheit aufweisen (nicht nur das Westberliner ICC). Noch heute erinnere ich mich an den grotesken Auftritt des damaligen Bauministers Töpfer, der mit seiner Begleitung in abenteuerlichen Gasmasken den „verseuchten“ Palast besuchte.

Dr. Alfred Kleine

Lügner am Pranger

In der Tat. Das schaffen nicht einmal Bestseller: fünf Auflagen innerhalb von sechs Monaten. Die erste erschien im Juni 2005, die (vorläufig) letzte im Dezember vergangenen Jahres bei Spotless.

Klaus Huhn verweist in seinem Vorwort auf das „Erfolgsrezept“: „Konsequenter Kampf gegen die Lüge findet interessierte Leser.“ Inklusive jene, die mit dem Taschenbuch „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)“ – verfaßt von dem renommierten Dresdner Historiker Prof. Dr. Horst Schneider – entlarvt werden. Sie wurden ob des „Renners“ ganz schön aufgeschreckt und versuchten, mittels bun-

desdeutscher Gerichtsbarkeit Furcht vor dem Herrn im Hause einzuflößen. Doch zu spät – das Büchlein findet seinen Weg. Die „RotFuchs“-Gemeinschaft könnte kräftig mithelfen, es weiter zu verbreiten. Es sollte vor allem in die Hände junger Leser gelangen. Denn die sind im „Gruselkabinett“ besonders gern gesehene Gäste, weil als leichter manipulierbar betrachtet.

Die Rede ist von der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, der heutigen „Gedenkstätte Hohenschönhausen“ – gehandelt als „authentischer Beweis“ für „grausames SED-Unrecht“, mitfinanziert vom ansonsten bettelarmen Berliner Senat mit 19 Millionen Euro, besucht von mehr als 128 000 Menschen allein im Jahre 2004, darunter etwa 55 000 jungen Leuten, von denen 40 000 Schüler waren.

Das „Geschäft mit der Lüge“ ist perfekt organisiert. Tourismusunternehmen oder deren Kunden kassieren „Fördermittel“, wenn sie die „Gedenkstätte“ ins Programm der Berlin-Besuche aufnehmen. Fröhlich schon parken die ersten Reisebusse ein. So ist also Kontinuität gesichert. Der Strom reißt nicht ab. Wer sich dort einfindet, weiß am Ende, was er mit eigenen Augen gesehen hat: die „Folterzellen der Stasi“.

Daß das Ganze von A bis Z erlogen ist, wird vom Autor gründlich nachgewiesen. Aber nicht nur darin besteht sein Verdienst.

Horst Schneider beleuchtet auch den historischen und juristischen Hintergrund des „Objekts“ und stellt klar, daß es unbedingt in den Kontext zur heutigen BRD-„Gedenkstätten“-Politik gestellt werden muß, deren Richtung vom sächsischen Gedenkstattengesetz maßgeblich bestimmt wird. Nicht zufällig ist, daß bestimmte rechtskonservative Kreise zunehmend darauf drängen, dieses Gesetz „auf die Bundesebene zu heben (und in das Strasbourg Parlament zu bringen)“ mit dem Ziel, „die Totalitarismus-Doktrin zur Grundlage und zum Kernpunkt jeder Wertung der jüngsten Geschichte zu machen“. An Berliner Schulen arbeitet man schon seit 2004 in diesem Sinne. „Stasi-Experten“ haben ein Material vorgelegt, nach dem die Kinder lernen sollen, die „politische Verfolgung in der DDR“ aus der „Perspektive der Opfer“ zu betrachten. Höchste Zeit also, den Kampf um die Wahrheit aufzunehmen. Das Buch von Horst Schneider ist dafür unverzichtbar.

Bruni Steiniger

Horst Schneider. *Das Gruselkabinett des Dr. Knabe(lari)*. Spotless, 122 Seiten, 5,10 Euro, ISBN 3-937943-14-5

Ehrendes Gedenken
unserem langjährigen
treuen Leser,
dem Palastarchitekten

Dr.-Ing. Wladimir Rubinow
Berlin,

den der Tod aus unseren
Reihen gerissen hat.

Im Münchner Ortsteil Schwabing am 13. April 1896 geboren, wächst Rudolf Egelhofer dort im Armenviertel der bayrischen Hauptstadt auf, geht zur Volksschule. Danach erhält er ein Arbeitsbuch, soll sich einen Lehrmeister suchen. So macht er sich auf den Weg an die Küste und erhält eine Stelle als Schiffsjunge. Allerdings nicht auf einem Passagier- oder Frachtdampfer, sondern auf Seiner Majestät Schiff (S.M.S.) „Viktoria Luise“, einem 1898 in Dienst gestellten Schweren Kreuzer der kaiserlich-deutschen Marine, stationiert in Swinemünde. Das Kampfschiff ist Teil jener Flotte, die dem deutschen Kapital helfen soll, Rohstoffquellen und Absatzgebiete zu erobern. Rudolfs Illusionen über die Seefahrt sind schnell dahin. Von Drill, Schikanen und Schinderei bleibt der 17-jährige nicht verschont. So verschwindet er am 25. Juni 1913 mit seinem Freund Peter Milbauer von Bord. Auf Ersuchen des Flottenkommandos erläßt die Münchner Polizei einen Steckbrief. Wochenlang fehlt jede Spur von den beiden Jungen. Erst Ende September trifft eine Nachricht ein, aus Tirol. Engelhofer sei schwer krank in ein Hospita! eingeliefert worden. Wieder genesen, muß er zurück zur Flotte und als Matrose dienen. Weglaufen kann er nicht erneut, dann droht das Kriegsgericht. So setzt er sich zur Wehr. Die Offiziere verstehen keinen Spaß. Ein Militärgericht verurteilt den Matrosen Egelhofer 1917 zu einem Jahr Haft. Auf der Fahrt zum Festungsgefängnis Köln-Müngersdorf mißglückt ein Fluchtversuch. Rudolf bleibt gefangen, bis ihn die Novemberrevolution befreit. Schwer tuberkulös kehrt er nach München zurück.

In seiner Heimatstadt hat sich inzwischen Grundlegendes getan. Die Monarchie ist gestürzt, eine SPD-USPD-Regierung in Bayern am Ruder. Zwischen dem 30. Dezember 1918 und dem 1. Januar 1919 konstituiert sich in München eine Parteiorganisation der KPD. Rudolf Egelhofer gehört von Anfang an dazu. Als die Regierung am 10. Januar 1919 unter einem Vorwand kommunistische Funktionäre verhaften läßt, schart Rudolf einige bewaffnete Soldaten und Arbeiter um sich, steigt mit ihnen durch ein Fenster in die Amtsräume von Ministerpräsident Kurt Eisner und erzwingt die Freilassung seiner Genossen. Über eine weitere Aktion Egelhofers gibt ein Bericht des Bezirksamtes Kötzing an die Polizeidirektion München Auskunft: „Betreff: Bolschewistische Propaganda. Am 20. d. Mts. hielten drei aus München zugereiste Spartakisten namens Egelhofer, Rudolf; Sondermeier, Gottfried und Angerer, Josef hier eine Versammlung ab, in welcher die Reichsregierung Ebert/Scheidemann ... als Verräter an der Arbeiterschaft scharf angegriffen wurde ... Zum Schluß wurde eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakus) gegründet ...“ Der politische Mord an Ministerpräsident Eisner durch einen reaktionären Offizier führt zu einem neuen revolutionären Aufschwung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden einen Zentralrat, der

die staatliche Exekutive in Bayern repräsentiert. An Stelle des Landtags wird der Rätekongreß einberufen. Schon zur ersten Sitzung am 25. Februar erscheint Rudolf Egelhofer und bittet ums Wort. Im Auftrag von 5000 Arbeitern und Soldaten fordert er die sofortige Ausrufung einer Räterepublik, die Senkung der Lebensmittelpreise um bis zu 25 Prozent, die Absetzung des sozialdemokratischen Stadtkommandanten Dürr sowie die Besetzung des Bahnhofs und wichtiger Punkte der Stadt durch wirklich revolutionäre Truppen. Außerdem soll die Bourgeoisie entwaffnet, die Arbeiterklasse bewaffnet werden.

Doch der Kongreß kommt zu keinem Ergebnis. SPD und USPD bilden eine neue Regierung. Sie leistet der sich organisie-

Die Münchner Arbeiter und revolutionären Soldaten errichten ihre Räterepublik, an deren Spitze sie den Kommunisten Eugen Leviné stellen. Sie bilden auch eine Militärkommission, zu deren Vorsitzendem der Matrose Egelhofer ernannt wird, zugleich zum Oberkommandierenden einer zu bildenden Roten Armee. Er macht sich sofort ans Werk, denn der Angriff der sozialdemokratisch geführten Konterrevolution steht unmittelbar bevor. Bald schon sind 12 000 bis 15 000 Mann aufgestellt.

Am 15. April geht die Konterrevolution zur Attacke über. Die SPD-Regierung in Bamberg verhängt die Blockade über München. Der SPD-Wehrminister Noske beordert Divisionen und Freikorps nach Bayern, insgesamt 60 000 fronterfahrene Soldaten.

Vorkämpfer der bayrischen Räterepublik: Rudolf Egelhofer



renden und formierenden bürgerlichen und monarchistischen Konterrevolution Vorschub. Das läßt sich das Volk nicht gefallen. In Demonstrationen und Streiks ertönt der Ruf nach einer wahren Räterepublik immer lauter. Die Regierung greift zu einem Trick, sie inszeniert am 7. April eine „Räterepublik“. Deren Führung setzt sich aus Anarchisten, Mitgliedern des Bauernbundes und einigen USPD-Leuten zusammen. Die KPD lehnt eine Beteiligung an dieser Scheinräterepublik ab. Die SPD-Minister setzen sich nach Bamberg ab, um von dort aus die militärische Niederschlagung der bayrischen Revolution zu organisieren. In der Nacht zum Palmsonntag putscht die Reaktion. Die bürgerliche republikanische Schutztruppe und Teile des ehemaligen bayrisch-königlichen Infanterieregiments besetzen öffentliche Gebäude, verhaften Mitglieder der Räteregierung. Die Arbeiter greifen zu den Waffen, in heftigen Gefechten drängen sie die Putschisten zurück, deren Hauptmacht sich schließlich im Hauptbahnhof verschanzt. Die Arbeiter schicken drei Parlamentäre vor, aber der Bahnhofskommandant läßt sie erschießen. Nun stürmen die Proletarier zuerst den Bahnhof, dann auch die Stadtkommandantur. Die Angriffe werden von Rudolf Egelhofer befehligt.

Sie verfügen über Maschinengewehre, Artillerie, Panzerautos, dazu Giftgasgranaten. Noske erteilt uneingeschränkten Schießbefehl: „Jedes Verhandeln mit dem Feind oder mit der Bevölkerung ist verboten. Milde wird als Schlappheit, Gutmütigkeit als Unzuverlässigkeit der Truppe gedeutet.“ Den Weißgardisten stehen 20 000 Mann der bayrischen Roten Armee gegenüber, mangelhaft bewaffnet und ausgerüstet. Am 30. April öffnet der Kommandeur eines entscheidenden Abschnitts, der SPD-Mann Klingelhöfer, die Front und macht den Weg nach München frei. Überall, am Karlsplatz, am Rathaus, am Bahnhof, im Sendlinger Viertel verteidigen sich die Arbeiter bis zum 3. Mai. Die Weißen entfachen einen ungezügelten Terror. Sie erschießen und erschlagen wahllos Rotgardisten, aber auch Frauen und Kinder, selbst katholische Laienbrüder.

Auch Rudolf Egelhofer gehört zu den etwa 1500 Gemordeten. Am 3. Mai morgens um vier Uhr holt man den zuvor schwer Mißhandelten aus der Zelle. Ein bayrischer Militärangehöriger schießt ihm aus nächster Nähe in den Kopf. Er ist erst 23 Jahre alt. Für den Mord zahlt die bayrische Staatsregierung 3500 Mark Prämie.

Die Bundeswehr – Geist und Wurzeln

Mehrere Verteidigungsminister der BRD überschlugen sich in der Feststellung, daß die „Einheit“ zwischen der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee als vollzogen und als vorbildlich bezeichnet werden könne. Das war eine Lüge. Denn die Nationale Volksarmee wurde am 2. Oktober 1990, um 24 Uhr, aufgelöst. Alle Generale und höheren Offiziere wurden sofort entlassen. Nur wenige Spezialisten mit Kenntnissen der Militärtechnik des Warschauer Vertrages behielt man für kurze Zeit. Jüngere Offiziere und Unteroffiziere wurden empörenden „Überprüfungsverfahren“ unterzogen und bei Übernahme im Dienstgrad und in der Dienststellung zurückgestuft!

Konnte es überhaupt eine „Vereinigung“ zwischen Armeen, wie sie unterschiedlicher nicht sein mochten, geben? Bundeswehr und NVA waren beide im kalten Krieg entstanden und in die größten Militärblöcke der Welt, die NATO und den Warschauer Vertrag, eingebunden.

Schon bei der Formierung des leitenden Personals bestanden gravierende Unterschiede. In der Bundeswehr konnten, nach der Abgabe der „Ehrenerklärung“ des Bundeskanzlers Adenauer für die Wehrmacht und die Waffen-SS, „Militärs mit Ost-Erfahrung“ (was auch im Sinne der Regierung der USA war) zu deren Aufbau und Führung rekrutiert werden. Wer Kommandeure und

Planungsstrategen des faschistischen Deutschen Reiches mit solchen Aufgaben betraute, wußte auch, in welchem Geist sie ihre Untergebenen erziehen und ausbilden würden. Was für „Traditionen“ in der Bundeswehr gepflegt wurden und teilweise noch werden, machen die Namen von Kasernen und Geschwadern deutlich. Hier nur eine kleine Auswahl: In Munster gibt es die Freiherr von Boeselager-Kaserne. Oberst von B. war seit 1934 Soldat, am Überfall auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt. Er nahm an Partisanenbekämpfungsaktionen teil, in deren Rahmen er verbrecherische Befehle und Weisungen erteilte.

Oder denken wir an die Generaloberst-Fritsch-Kaserne in Pfullendorf, als Freiherr-von-Fritsch-Kaserne auch in Celle und Breitenburg existent. Generaloberst Fritsch war Berufssoldat, von 1935 bis 1938 dann Oberbefehlshaber des Heeres. Nach eigenen Aussagen ging es ihm um siegreiche Schlachten an drei Fronten: „1. gegen die Arbeiterschaft; 2. gegen die Katholische Kirche, 3. gegen die Juden“. Fügen wir die General-Heusinger-Kaserne in Hammelburg hinzu. H. war von 1940 bis 1944 Chef der Operationsabteilung im Oberkommando der Wehrmacht. Er konzipierte und exekutierte an führender Stelle den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. 1950 wurde er Adenauers „Ratgeber“ für Fragen der militärischen Sicherheit, 1957 erster Generalinspekteur der Bundeswehr. Und schließlich wäre die General-Kammhuber-Kaserne in Karlsruhe zu erwähnen. K. war 1914 Kriegsfreiwilliger, dann Berufssoldat. Er weigerte sich 1923, gegen Hitlers Putsch in München vorzugehen. Als Chef des Luftwaffen-Organisationsstabes und Kommandeur von Kampfgeschwadern flog er bis zur Kapitulation Einsätze. 1956 wurde K. in die Bundeswehr aufgenommen und dort Inspekteur der Luftwaffe. In Neuburg a. d. Donau ist das Jagdgeschwader 74 „Mölders“ stationiert. In Visselhövede gibt es die Werner-Mölders-

Kaserne. M. trat 1932 in die Reichswehr ein. Er meldete sich 1936 freiwillig zur „Legion Condor“ und beteiligte sich als Jagdflieger an der Zerschlagung der Spanischen Republik. Nach seinem Absturz 1941 erhielt M. ein Staatsbegräbnis unter Teilnahme von Hitler und Göring. (Anmerkung: Am 28. 1. 2005 kündigte der damalige Verteidigungsminister Struck an, das Jagdgeschwader und die Kaserne würden umbenannt, was in der Bundeswehr für lebhaftes „Empörung“ sorgte.)

Noch ein paar Worte zur Nationalen Volksarmee der DDR. Ihre Führungskräfte bestanden zunächst aus ehemaligen Spanienkämpfern, Männern des antifaschistischen Widerstandes, Mitgliedern des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ sowie aus Soldaten und Offizieren, welche sich an der Seite der Roten Armee gegen Hitler geschlagen hatten. In den Anfangsjahren halfen Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht zeitweilig beim Aufbau der NVA. Aber keiner war so belastet wie die Kommandeure der Bundeswehr, gab es doch in der DDR keine „Ehrenerklärung“ für Faschisten. Die Namen der Truppenteile und Kasernen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR lauteten, um nur einige zu nennen: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Florian Geyer. Sie alle wurden 1990 nach der angeblichen „Vereinigung“ sofort getilgt. Wenn heute Bundeswehrangehörige in Krisengebiete „verabschiedet“ werden, ist fraglich, ob sie ihren Sold in Höhe von 89 Euro pro Tag nach dem Einsatz noch genießen können. Ihre Motivation ist mehr als fragwürdig! Übrigens: Wie viele Familienangehörige von Bundestagsabgeordneten nehmen an solchen riskanten Interventionen persönlich teil? Fazit: An den Geist und die Wurzeln der Bundeswehr können Militärs der NVA in keiner Weise anknüpfen. Die „Armee der Einheit“ ist eine reine Erfindung der imperialistischen Propaganda.

Oberst a. D. Peter Oldenburg

Gedenken an die gefallenen Rotarmisten am sowjetischen Ehrenmal und Soldatenfriedhof in Lebus

(Lindenstraße/Postberg)

am **7. Mai 2006** um **10.00 Uhr**.
Es spricht Admiral a. D. **Theodor Hoffmann**.

Bringt Blumen mit.



Dresden: Blick in den Saal, wo Heinz Keßler am 25. Februar auf einer „RotFuchs“-Veranstaltung zum 50. Jahrestag der NVA-Gründung sprach

Foto: Daniel Weigelt

„Kopplung der sozialen Proteste mit Alternativen zur herrschenden Politik“ – zu diesem Thema sprach Prof. Dr. Peter Grottian, Politikwissenschaftler an der Freien Universität, unlängst auf einer Veranstaltung in Berlin, zu der die KPD eingeladen hatte. Er autorisierte den RF zur Wiedergabe einiger seiner Gedanken.

Ein FU-Professor, der sich mit dem System anlegt: Peter Grottian

Prof. Grottian engagiert sich vor allem in Menschenrechts- und Bürgerrechtsbewegungen, z. B. in der Aufdeckung des Berliner Bankenskandals, für den die Bevölkerung der Hauptstadt auf lange Zeit jährlich acht bis zehn Milliarden Euro zusätzlich aufbringen müßte. Die nächste große Bewährungsprobe für die sozialen Bewegungen seien die bereits absehbaren Zwangsräumungen bei Hartz-IV-Empfängern, die nach den Maßstäben der „Job-Center“ zu große Wohnungen besitzen. In Berlin betreffe das 35 000 bis 40 000 Menschen, in ganz Deutschland können es bis zu einer halben Million werden. Hier gehe es darum, durch die Solidarität der Mieter des ganzen Hauses, möglichst der ganzen Straße, solche Zwangsumzüge zu verhindern. Ähnliche Kraftproben kämen im Ergebnis mit der sogenannten Bolkestein-Richtlinie auf uns zu. Diese schaffe de facto die Möglichkeit, eine portugiesische Verkäuferin bei Aldi in Deutschland zu portugiesischem Lohn zu beschäftigen. Das hätte natürlich für unseren Arbeitsmarkt unglaubliche Folgen. Trotz gewisser „Modifizierungen“ besteht der Grundtatbestand fort.

Eine unserer Hoffnungen laufe darauf hinaus, daß durch die Kooperation von linken Parteien, einigen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen ein „Kräftedreieck“ entstehen könnte, das soziale Widerstände organisiert. Der Redner warnte jedoch vor übertriebenem Optimismus. So seien z. B. die Protestaktionen der Europäischen Gewerkschaft und der CGT gegen die Bolkestein-Richtlinie zu einem anderen Zeitpunkt als die der sozialen Bewegungen geplant gewesen. Von „gleicher Augenhöhe“ der Partner könne keine Rede sein. „Auf der Konferenz der neuen sozialen Bewegungen im vergangenen November in Köln haben wir versucht, die Gewerkschaften mit ins Boot zu bekommen, aber deren Spitzen sitzen auf dem Schoß der SPD und versuchen, ihr geneigtes Ohr zu erreichen.“

Hohe Würdigung zollte der Redner den Montagsdemonstrationen, ohne die der „Zerlegungsprozeß“ der SPD nie begonnen und die landesweite Diskussion über soziale Gerechtigkeit nicht solche Dimensionen angenommen hätten. Ohne sie wäre auch die öffentliche Kritik an den Hartz-Gesetzen, z. B. im „Spiegel“, nicht so vernichtend ausgefallen.

Inzwischen seien in den sozialen Bewegungen auch Fortschritte auf der inhaltlichen Ebene erreicht worden; vorbei sei die Zeit, wo mit der Forderung „Weg mit Hartz IV!“ der gesamte gemeinsame Nenner erschöpft war. Jetzt schälten sich vorzeigbare Zielsetzungen heraus, die nicht dabei stehenbleiben, was man nicht will,



sondern auch sagen, was man erreichen sollte.

Die erste dieser Forderungen bestünde darin, eine positive Botschaft an die Menschen zu senden, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen können. Sie müßten ein Grundeinkommen beziehen, das diesen Namen auch verdient. Schluß müßte sein mit der faktischen Enteignung der Ärmsten der Armen, indem sie ihr Sparbuch der letzten zehn Jahre vorlegen und kontrollieren lassen müssen, ob sich in ihrer Wohnung vielleicht noch ein antiquarisch verwertbares Möbelstück befindet.

Ein weiterer Gedanke ginge davon aus, daß weder alle Arbeit bereits vermittelt sei, noch, daß bei einem Wirtschaftswachstum von bestenfalls 2,5 % neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Ein Zuwachs dieser Größenordnung werde immer durch Rationalisierung aufgefangen. Radikal müsse mit dem bereits von Rot-Grün verfolgten Grundsatz der „Arbeitsmarktreform“ gebrochen werden, daß der Mensch „sich rechnen“ müsse. Statt dessen bedürfe es für zumindest zwei Millionen Betroffene eines Programms, das von den Fragen ausgeht: Was kannst du? Was möchtest du gerne tun? Es gehe darum,

entsprechende Angebote in kommunalen Bereichen, bei der Lösung ökologischer Aufgaben oder im Non-Profit-Sektor bereitzuhalten. Dann unterbreitete Prof. Grottian ein Finanzierungsmodell für diese Idee: „Wenn man auf das, was die Leute über Hartz IV bekommen, 15 000 Euro pro Nase draufrechnet – dann haben sie zwar kein komfortables Jahreseinkommen, aber es ist immer noch mehr als der lumpige 8-Euro-Job, den die Gewerkschaften anbieten. Die sich daraus ergebenden 30 Milliarden sind für eine wohlhabende Gesellschaft nicht viel.“ Man solle nur einmal dagegenrechnen, welche Summen die Bundesagentur für Arbeit gegenwärtig verschlinge: etwa 80 Mrd. Euro an Leistungen, 20 weitere Milliarden verursache die „überbordende“ Bürokratie dieses Amtes, hinzu kämen die Beratungsaufwendungen in anderen Bereichen wie Caritas und Wohlfahrtsverbänden. Wenn er Mitarbeiter dieser Behörde mit seinen Gedanken vertraut mache, sei die Reaktion stets, daß dann ja ihr eigener Arbeitsplatz in Frage gestellt würde. Er antworte darauf, sie sollten sich doch zu Steuerfahndern umschulen lassen. Ein weiterer Gedanke sei die Forderung nach gesetzlich festgeschriebenen Mindestlöhnen. In Sachsen würden bereits in Gartenbaubetrieben 2,48 Euro bezahlt – da sei Bolkestein klammheimlich schon umgesetzt, gegen alle Tarifverträge.

Scharf wandte sich der Redner gegen die Verlängerung von Arbeitszeiten; das würde der Vernichtung von Jobs neue Schubkraft verleihen. Prof. Grottian hob die Forderung nach kommunalen Investitionsprogrammen hervor, weil die Infrastruktur „wirklich überall im Eimer ist“. Schröder und seine Mannschaft – wie übrigens auch die jetzige Regierung – seien „unter der Flagge gesegelt, daß es zur Agenda 2010 keine Alternative gibt“. Das müsse energisch bestritten werden. „Unsere Alternative steht zur Diskussion.“

Offensichtlich bereite die Große Koalition ein umfassendes Verarmungsprogramm vor. Denn die Nichterhöhung der Renten und des Arbeitslosengeldes II bedeute, daß die Leute in vier Jahren um zehn Prozent ärmer seien. Zusammen mit der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung laufe das auf eine Einkommensreduzierung von 12 bis 15 Prozent hinaus.

Zum Schluß ging Prof. Grottian auf Fragen ein, wie der soziale Protest wirksam gestaltet werden könne, welche Partner sich dafür böten, welches Bild sich in der Vielzahl der sozialen Bewegungen selbst zeige und wie der „zivile Ungehorsam“ zu organisieren sei. Sozialer Protest habe sehr unterschiedliche Ausprägungen. Seine Möglichkeiten seien noch lange nicht erschöpft. **Bericht: Frank Mühlefeldt**

Sie können es nicht lassen: Wann und worüber sie auch immer berichten – falls ihr Thema auf einstigem DDR-Gebiet angesiedelt ist, kommen bürgerliche Journalisten nicht ohne arrogante Häme und abwertendes Naserümpfen aus. Selbst in einem sozialer Problematik gewidmeten kirchennahen Blatt wie der Zeitschrift „Kinder“ wird das Anti-DDR-Klischee pflichtgemäß bedient. So durch eine gewisse Frau Solbrig in Heft 1/2006. Die leitet ihre Reportage aus Berlin-Hellersdorf mit der wenig einfallsreichen, aber gern benutzten Floskel ein, daß „Plattenbau nun mal Plattenbau“ bleibe. Damit soll unterschwellig wohl suggeriert werden, daß in der „Platte“ arme,

Wärme. Tanzgruppen, Kinderchor, Theatergruppe.“

Finden sie hier von mildtätiger Hand gereichten Ersatz für etwas, was ihnen vorenthalten wird von den eigenen „Rabeneltern“? Wenn auch recht sparsam nur, nennt die Autorin wirkliche Ursachen für das Dilemma: „Fast jeder dritte Hellersdorfer ist unter 18 Jahre alt, der Bezirk hat die zweithöchste Kinderzahl in Berlin. Auch mit der Anzahl der Alleinerziehenden liegt Hellersdorf an zweiter Stelle. 19,5 Prozent waren 2004 als arbeitslos gemeldet ... Tendenz allerdings steigend. Es ist die absolute Perspektivlosigkeit ...“, die – und hier greift die Autorin zu zynischer Schuldzuweisung – „den Erwach-

daß die „Arche“ zeige, „was es eigentlich nicht geben dürfe ...“ – also Kinderarmut –, um dann denunziatorisch zu ergänzen: „... und unter der PDS schon gar nicht.“ (!) Im Hellersdorfer Rathaus aber regiere die PDS, und die weise (unterstellt: statt gegen Kinderarmut aktiv zu werden) „ansonsten gern darauf hin, daß solche Probleme schließlich in ganz Deutschland zu finden sind“. Was übrigens durch folgenden, in den Text eingblendeten Kasten bestätigt wird:

Bundesweit lebt etwa jedes siebte Kind in Armut. In Westdeutschland sind es 12,4 %, im Osten 23,7 %. Laut einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) hat die Einführung des Arbeitslosengeldes II die Zahl der von Armut betroffenen Kinder unter 15 Jahren von weniger als einer Million im Jahre 2004 auf mittlerweile 1,7 Millionen ansteigen lassen. ■■■■■■

Hellersdorf: Zuspruch, Bibeln und „Arche“-Suppe

wenn nicht gar zu Asozialität neigende Bevölkerungsgruppen ihr Domizil haben. Und Hellersdorf, „das jüngste Neubaugebiet Ostberlins“, wurde bekanntlich in Plattenbauweise errichtet. (So wie seinerzeit übrigens Wohnblöcke im Westen.)

Nach dem obligatorischen Fußtritt weiß Frau Solbrig dann jedoch über Veränderungen Auskunft zu geben, die sich in Hellersdorf vollzogen, seitdem sich die dort Wohnenden, nun von den Altlasten der DDR „befreit“, der Segnungen freiheitlich-demokratischer Grundordnung erfreuen dürfen. Entdeckt hat sie dabei, daß „...viele Häuser einen hübschen, meist orange-farbenen Anstrich (haben), es gibt Grün, es gibt Menschen auf der Straße“ (Wer hätte das gedacht!?). Die Fassade also sei in Ordnung. Nur sage die eigentlich nichts aus. Deshalb folgt die Kernaussage dieses Artikels. Bei der geht es um das Wirken einer Einrichtung namens „Die Arche“. Sie wurde von einem aus Westdeutschland zugewanderten Pastor ins Leben gerufen und versucht einem Übel abzuhelpen, das es – so im Vorspann der Reportage – „in Deutschland eigentlich nicht geben dürfte: Kinderarmut“.

In Hellersdorf ist sie im 16. Jahr der neuen „deutschen Einheit“ inzwischen zu Hause. Von den Minderjährigen und Halbwüchsigen, die unter ihr leiden, „kommen täglich mindestens hundert, manchmal sind es bis zu dreihundert“ in die „ungemütliche Plattenbauschule“ (!), über der das Bibelwort „Lasset die Kinder zu mir kommen“ steht. Sie gehen dorthin, so die Reporterin, „weil zu Hause keiner ist, der sich um sie kümmert: der ihnen bei den Hausaufgaben hilft, der zuhört ... Nicht einmal jemand, der ihnen ein warmes Essen kocht.“ In der „Arche“ jedoch gibt es für sie „warmes Essen. Menschliche

senen das Interesse (!) an ihren Kindern nimmt“.

Mit solcher Stigmatisierung werden die Opfer eines auf Profitmaximierung ausgerichteten Gesellschaftssystems, das Menschen massenhaft existenzsichernde Arbeit entzieht, sie zu Perspektivlosigkeit verurteilt und damit auch familiäre Tragödien verursacht, als Schuldige abgestempelt. Daß unter den nunmehrigen gesellschaftlichen Verhältnissen Familien zerbrechen, weil sie einer Belastung nicht gewachsen sind, bei der „Menschen mit Anfang 30 schon eine Karriere als Sozialfall hinter sich haben; die wissen, daß für ihre Arbeitskraft keiner bezahlen will, oder die erkennen müssen, daß der Lohn, den sie nach Hause bringen, nicht für alle reicht“, wird auf diese Weise kaschiert. Aber es ist eben nicht individuelles Versagen, es sind die Zustände, aus denen sich all die schlimmen Folgen vor allem für im Kindes- und Jugendalter stehende Menschen ergeben.

Gewiß – das soziale Engagement des „Arche“-Pfarrers und seiner Mitarbeiter, mit dem sie sich vor Ort um Abhilfe oder wenigstens Milderung bemühen, verdient durchaus Anerkennung und Respekt. Und anzukreiden ist dem Pastor wohl auch kaum, daß er – seinem Beruf gemäß – damit zugleich ein missionarisches Anliegen verfolgt; immerhin hat er sein seelsorge-richtiges Handwerk in der Heilsarmee erlernt. Und da zählt für ihn nicht allein die Zahl der jungen Nutzer seiner Suppenküche als Erfolg, sondern nicht minder, daß er nun „pro Monat etwa 20 Bibeln bestellen muß“. Denn „die meisten Hellersdorfer sind Atheisten“.

Zu welch erstaunlichen geistigen Verrenkungen allerdings verinnerlichte DDR-Phobie befähigt, führt die Autorin der Reportage dann mit ihrer Feststellung vor,

Solche Fakten hindern die Autorin keineswegs, mit dem Finger auf die „Roten“ und deren „Versäumnisse“ zu weisen. Sie verzichtet dabei jedoch wohlweislich auf die sonst so gern strapazierte Ergänzung, daß es sich bei der PDS um die „Nachfolgepartei der SED“ handle. Möglicherweise verkneift sich Frau Solbrig solchen Zusatz, weil ihr nicht unbekannt geblieben ist, wie es um Hellersdorf und dessen Einwohner, die jungen wie die alten, bestellt war, als dort die führende Regierungspartei noch SED hieß. Denn die ließ nicht bloß diesen jüngsten Berliner Stadtteil errichten. Ihre Politik garantierte auch jedem Hellersdorfer, so wie das in der ganzen DDR die Regel war, einen sicheren Arbeitsplatz. Und es bedurfte für die Jüngsten, um eine warme Mahlzeit zu bekommen, keiner mildtätigen Suppenküche: Schulspeisung gehörte ebenso zu den Selbstverständlichkeiten wie gediegene Bildungsvermittlung vom Kindergarten bis zur Polytechnischen Oberschule. Mit Jugendklubs und Interessengemeinschaften gab es ein reichhaltiges Freizeitangebot. Und die soziale Stabilität bot zugleich eine Basis für feste Familienbindungen; die Scheidungsquote blieb im normalen Durchschnitt.

Kinderarmut jedenfalls war in der DDR ebenso unbekannt – und unvorstellbar! – wie Arbeitslosigkeit. Das aber wird den Mädchen und Jungen, die sich einer warmen Mahlzeit oder menschlichen Kontaktes wegen in der „Arche“ einfanden, dort vermutlich niemand sagen. Denn dann könnte das große Fragen anheben: Warum war das früher so – und warum ist das heute gänzlich anders? Das aber hieße, zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme miteinander zu vergleichen. Diesen Vergleich brauchte die DDR, was immer ihr an angeblichen oder tatsächlichen Defiziten nachgesagt wird, nicht zu scheuen. Sie bot der in ihr heranwachsenden Generation jedenfalls mehr als bloß den Teller Suppe und „ein bißchen Hoffnung“.

Wolfgang Clausner

Für das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit sind Vorgänge im Bildungswesen ungleich wichtiger als zum Beispiel jene im temporären Arbeitskampf. Seit einigen Jahren klagen deutsche Unternehmer über Defizite im Bildungsstand des potentiellen Arbeitskräftenachwuchses. Schließlich hängt der Gewinn, den eine Arbeitskraft für das Unternehmen abwirft, von deren Leistung ab, für die je nach ihrer Struktur bestimmte intellektuelle Fähigkeiten Voraussetzung sind. Ihre Forderungen sind jedoch keineswegs auf eine höhere Volksbildung gerichtet. Das belegen die jüngsten Entwicklungen. Den Vorschlag, überall Ganztagschulen einzurichten, wie es im Volkssystem der DDR praktiziert wurde, muß man als abgewiesen betrachten. Dem relativen Lehrermangel steht ein nicht genutztes Angebot junger Lehrkräfte gegenüber. Dafür gibt es genügend Hinweise auf die Förderung und Neuzulassung von Privatschulen. Nahezu peinlich wirken die kläglichen Versuche der Regierung, allen heranwachsenden Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dabei mußten jetzt sogar handzahme Medien eingestehen, daß nur solche Schüler eine sichere Chance erhalten, deren Eltern einen Ausbildungsplatz finanzieren und die außer annehmbaren schulischen Noten auch ein „gutes Benehmen“ nachweisen. An den staatlichen Universitäten und Hochschulen wird das Bestreben deutlich, die Anzahl der Studierenden u. a. durch Studiengebühren und einen unbegrenzten Numerus clausus drastisch zu reduzieren, obwohl andererseits staatliche Zulassungen an private Hochschulen vergeben werden. So kann derzeit jeder für 10000 Euro pro Semester an einer privaten Uni Medizin studieren. Während auf der einen Seite Bildung nur in den gewünschten Dosen verabreicht wird, engagiert sich das Kapital exzellent für das Wissen und Können seiner Verwalter. Das war erst kürzlich wieder bei der Eröffnung der „European School of Management and Technology“ (ESMT) in Berlin zu beobachten. Diese bereits 2002

Ein Brutkasten für Topmanager im Berliner Staatsratsgebäude

gegründete, staatlich anerkannte Privatschule mit je einem Campus in München und Köln wird durch den neuen Standort in Berlin ein ganz besonderes Gewicht erhalten. Nach dem Stiftungsstatut soll es sich um eine Schule mit europäischem Fokus handeln. Es werden hier nur bereits erfahrene Manager zu Führungskräften herangebildet. Im Ergebnis des einjährigen Studiums erwerben sie den Titel „Master of Business Administration“ (MBA) und können danach wie „staatsmännische Führungskräfte“ arbeiten. Um sicherzugehen, daß der Aufwand auch für die „richtigen Leute“ betrieben wird, sind jedem Studenten jeweils zwei Mentoren beigegeben, und zwar ein akademischer Begleiter und ein praktizierender Manager aus dem Kreis der Gründerunternehmen. Das ist vorstellbar, weil die Anzahl der Studenten im Eröffnungsjahr 30 beträgt und sich in der Folgezeit auch nicht grundlegend erhöhen soll. Der eigentliche Existenzgrund für die ESMT dürfte noch ein anderer sein, gibt es doch im europäischen Raum bereits seit etlichen Jahren Schulen mit gleicher Zielstellung, nämlich die „European School of Management“ in London, Paris, Madrid, Turin und sogar Berlin. Diese Schule verfügt über 125 Lehrkräfte und hat eine Kapazität von jährlich ca. 3000 graduierten Studenten (gegenwärtig kommen sie aus 80 Ländern!). Sie besteht neben einer ganzen Anzahl Hochschulen und Universitäten, welche in Lehre und Forschung den gleichen Gegenstand bieten. Was wird also von der neuen Eliteschule darüber hinaus erwartet? Die Antwort ergibt sich aus der Aura der Stifter und dem Zeitpunkt des Geschehens. Grün-

dungsmitglieder sind die 25 bedeutendsten weltweit operierenden deutschen Konzerne neben den mächtigen hiesigen Unternehmensverbänden. Unabhängig von ihrem spezifischen Interesse verbindet alle Gründer ein gemeinsames Anliegen, nämlich der Systemerhalt sowie eine einheitliche Strategie zur Gewinnung und Beherrschung der Märkte in Europa und weltweit – mit den europäischen Verbündeten oder auch ohne sie. Diese Strategie zu indoktrinieren und ihre Durchsetzung im Detail dauerhaft zu sichern ist ganz offensichtlich der eigentliche Auftrag dieser Eliteschule. Dazu gehört natürlich auch, die möglichen Gefahren für die strategische Linie aufzuspüren, die Methoden, Mittel und Wege zur deren Abwehr zu erkennen, das Waffenhandwerk für gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu erlernen.

Dieses tatsächliche Anliegen der neuen Schule läßt sich schwerlich über allgemein zugängliche Bildungseinrichtungen und in aller Offenheit vertreten. Wegen der Bedeutung der Einrichtung hielt die deutsche Regierungschefin in der Eröffnungsveranstaltung die Laudatio. Darin lobte sie die Initiative und Großzügigkeit der Konzerne und Verbände und verriet, daß für dieses Vorhaben Geld offensichtlich keine Rolle spielt, verschwieg aber, daß der Staat sehr behilflich war und eine Immobilie kostenlos für die Dauer von 65 Jahren zur Verfügung stellt. Daß für diesen Zweck das ehemalige Staatsratsgebäude der DDR ausgewählt wurde – sogar gegen Widerstände aus dem eigenen Lager – unterstreicht den Machtanspruch des deutschen Kapitals. Von den zweckgerichteten Umbauten innerhalb des Hauses wurden Wandflächen mit DDR-Symbolik ausgenommen. Man könnte meinen, sie verbleiben als allgegenwärtige „Mahnung“ an die Studierenden.

Die Gründung der ESMT vollzieht sich vor dem Hintergrund der vom Kapital geforderten Herausbildung von Eliteuniversitäten. Tatsache ist, daß es in Deutschland solche Einrichtungen wie Cambridge, Oxford, Harvard oder die École Libre des Sciences Politiques nicht gibt, weil dort früher die Hochburgen der wissenschaftlichen Lehre und Forschung ohnehin fest in den Händen der Oberschicht waren. Aber das Bedingungsgefüge ist heute ein anderes. Deshalb braucht man nunmehr auch Tempel der Wissenschaft, die gleichzeitig eine zuverlässige Adresse sind für die Auswahl besonders Geeigneter zur Übernahme von Führungsaufgaben in Wirtschaft, Politik und Staat. Für solche, die soziale Herkunft, Einstellungen, Verhaltensweisen, Erfahrungen und Erlebnisse miteinander teilen.



Marktangepaßte Freundschaft
Aus: „Proletären“, Göteborg

Zum 120. Geburtstag Ernst Thälmanns am 16. April

**Heimatland, reck deine Glieder,
kühn und beflaggt ist das Jahr.
Breit in den Schultern steht wieder
Thälmann vor uns, wie er war.**

**Maßlos gequält und gepeinigt
Blieb er uns treu und hielt stand.
In seinem Namen geeinigt,
kämpf um dein Leben, mein Land!**

**Daß ihre Waffen zerbrechen,
schirmen wir Brücke und Wehr,
geben der Welt das Versprechen,
standhaft zu bleiben wie er.**

**Thälmann und Thälmann vor allen,
Deutschlands unsterblicher Sohn,
Thälmann ist niemals gefallen,
Stimme und Faust der Nation.**

Nicht aus Thälmannschem Holz

Ein kluger Politiker fragt stets nach den Folgen seines Handelns. André Brie, Europaabgeordneter der Linkspartei.PDS, hat es anscheinend nicht getan, als er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen Helmuth Markov und Gabriele Zimmer im Unterschied zu Sahra Wagenknecht für die antikubanische Resolution des EU-Parlaments in Brüssel stimmte. Oder doch? Jedenfalls hat er auf die scharfe Kritik aus den Reihen seiner Partei und aus nahezu dem gesamten linken politischen Spektrum mit einer ausführlichen Presseerklärung reagiert.

Darin weist er die an ihn gerichteten Vorwürfe zurück und betont: „Solidarität mit Kuba, insbesondere gegen die völkerrechtswidrige Politik der USA, ist für uns und mich auch im Europaparlament vielfach praktizierte Selbstverständlichkeit.“ Und er fährt fort: „Ich weiß, verstehe und achte sehr wohl, daß Kuba für viele Linke im besten Sinne eine Herzensangelegenheit und die Solidarität mit Kuba ein Teil ihrer politischen Biographie ist. Solidarität mit Kuba, auch die Tatsache, daß Kuba soziale Menschenrechte oft vorbildlich realisiert, und Auseinandersetzung mit der US-Politik bedeuten aber nicht, die Verletzung politischer Menschenrechte in Kuba mit Stillschweigen zu übergehen.“

Welche politischen Menschenrechte er in Kuba verletzt sieht, sagt er nicht. Aber dafür spricht er sich unter Hinweis auf den Grundkonsens der PDS, das Prinzip ihrer Parteiprogramme und auf Rosa Luxemburg für die „universelle Geltung der Menschenrechte“ aus. In diesem Kontext führt er wunderschöne Zitate an, mit denen er die Zustimmung zur Resolution rechtfertigt und seine theoretische Beschlagenheit unter Beweis stellt. Doch bei aller Gelahrtheit hat er das Wichtigste aus dem Auge verloren, nämlich die Grundfrage jeder Politik, die schon der römische Staatsmann und Philosoph Cicero in seinen berühmten Reden stellte: Cui bono? Tucholsky hat sie nur anders formuliert, als er bemerkte: „Es kommt in der Politik nicht darauf an, wie eine Sache ist; es kommt darauf an, wie sie wirkt.“

Also, wem nützt die Resolution, wie wirkt sie? Hilft sie dem revolutionären Kuba,

dem tapferen Kampf seines Volkes, oder dient sie der Strangulierungspolitik Washingtons und seiner exilkubanischen Handlanger in Miami?

Wie sie in Havanna eingeschätzt wird, läßt sich allein schon an der Verschiebung des Besuchs der Linkspartei.PDS-Delegation ablesen. In Washington dagegen wurde die Resolution verständlicherweise lebhaft begrüßt und weiter südlich, in Little Havanna, dem Stadtteil von Miami, in dem ein großer Teil der rund 700000 Exilkubaner lebt, war der Jubel besonders groß. Hier erinnern sich die Castro-Gegner bei jeder sich bietenden Gelegenheit an die programmatische und mit vielen Millionen Dollar unterstrichene Aussage des US-Präsidenten George W. Bush: „Wir werden nicht auf den Tag der kubanischen Freiheit warten, sondern für den Tag der Freiheit in Kuba arbeiten“, und an sein im letzten Wahlkampf gegebenes Versprechen: „Cuba sera pronto libre!“ – „Kuba wird bald frei sein“. In Vorfreude darauf startete die Nahrungsmittelkette „Foodmarket in Miami“ einen Sonderverkauf, für den so geworben wird: „Das ultimative Toilettenpapier. Endlich kannst Du aus Deinem Traum eine Realität machen. Die ganze Rolle Toilettenpapier mit Fidel Castros Antlitz auf jedem Blatt für every sheet. Ideal für Parties, Versammlungen oder einfach für das persönliche Vergnügen. Das ideale Geschenk für Deinen kubanischen Freund. Nimm mehr als eins!“

Natürlich wird die Resolution des Europaparlaments den Umsatz des geschmackvollen Produkts der haßerfüllten Castro-Gegner nicht wesentlich steigern, ebensowenig wird sie Bushs Befreiungspläne entscheidend voranbringen, aber gedient hat sie ihnen allemal. Das zumindest hätte André Brie wissen müssen. Vor der Abstimmung und vor seiner von der Hauptfrage ablenkenden Presseerklärung hätte der „Vordenker“ wenigstens nachdenken müssen. Schließlich hat er doch in der DDR eine insgesamt solide Ausbildung in Marxismus genossen und ganz gewiß auch gründlich Lenins im Jahre 1913 erschienene Arbeit „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ studiert. Die



Quellen und die Bestandteile wird er noch im Gedächtnis haben, vergessen aber hat er offenkundig einen Satz, der in dieser kleinen Schrift zu lesen ist und der da lautet: „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“

Auch hinter der Resolution des Europaparlaments stehen Klasseninteressen. André Brie ist nicht so ein „einfältiges Opfer“, um das nicht zu wissen. Man sollte nicht jede Weisheit vergessen, nur weil der Weise momentan nicht gerade in Mode ist.

Ralph Hartmann

Unser Autor war DDR-Botschafter in Jugoslawien.

Wem nützt es? Eine selbstgefundene Antwort auf diese Frage ist allemal besser als eine Nachrichtensendung oder ein ereignisbezogenes „Spezial“ im ZDF. Wem nützen die überflüssigen und Muslime beleidigenden Karikaturen ihres Propheten? Wem nützt es, nun den schon ausgebrochenen „Kampf der Kulturen“ zu verkünden und „unsere Pressefreiheit“ als „hohes Gut des Westens“ verteidigen zu wollen? Mir fallen da nur die „einzige Weltmacht“ USA und die zionistisch-rassistischen Machthaber in Israel ein. Die Wut der islamischen Welt wird auf Westeuropa gerichtet. Handelsembargos gegen Dänemark und weitere Staaten der EU könnten dem lahmen Export der USA nutzen. Die Besatzerpolitik Israels gerät aus dem Schußfeld. Und schließlich wären Unmut und wütende Reaktionen Vorwand und Anlaß für ein militärisches Eingreifen durch die selbsternannten „Guten“. Daß der „Hauptbösewicht“ Iran regiert, steht seit Monaten fest. Und vielleicht bieten die unglückseligen Karikaturen einen Weg, die lange fertigen Kriegspläne endlich zu realisieren. Denn der „Kampf der Kulturen“ ist Programm, und dieses hat eine bekannte Geschichte:

Samuel P. Huntington ist Professor für Politikwissenschaft an der Harvard-Universität, Berater des US-Außenministeriums und vieles mehr. Im Jahre 1992 referierte er vor einem handverlesenen Zuhörerkreis über „Die veränderte Sicherheitsumwelt und die nationalen Sicherheitsinteressen Amerikas“. Hintergrund: Mit dem Ende des „kalten Krieges“ war den USA der Feind abhanden gekommen, und es fehlten gute Gründe, weiterhin die Rüstungsindustrie auf Hochtouren laufen zu lassen. Huntingtons Gedanken jedenfalls waren den Mächtigen so verlockend, daß er diese als Artikel formulieren und im Sommer 1993 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ unter dem Titel „The Clash of Civilizations?“ (Der Zusammenprall der Kulturen?) veröffentlichen konnte. Viel beachtet und heiß diskutiert führte der Weg zu einem 1994 und 1995 in Harvard abgehaltenen Seminar über die Eigenart der Zeit nach dem kalten Krieg.

All diese Aktivitäten fanden das Interesse rechter Kreise in den USA. Auf deren Anraten erschien 1996 das Buch „The Clash of Civilizations“, nun ohne Fragezeichen. Und das nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern einer Kampagne gleich in 20 Sprachen weltweit. In der BRD kam es unter dem Titel „Kampf der Kulturen“ heraus, auch als preiswerte Broschüre.

„Das Buch“, so der Autor im Vorwort, „... will ein Gerüst, ein Paradigma für die Betrachtung globaler Politik liefern, das ... für die Macher der Politik nützlich ist.“ Im Licht der vorgestellten Konflikttheorien bildete sich etwa zeitgleich eine besonders rührige Gruppe von USA-Politikern, die seit 1998 das „Neue amerikanische Jahrhundert“ plant. Und so nennt sie sich dann auch: „Project for the New American Century (PNAC)“. Zum PNAC gehören viele Herren, die heute in der US-Regierung die Politik bestimmen. So beispielsweise Richard Perle, Richard B. Cheney, Donald

„Kampf der Kulturen“?

Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Peter Rodman oder auch Jeb Bush, Präsidentenbruder und Gouverneur des Staates Florida. Sie alle forderten am 26. Januar 1998 in einem Brief an US-Präsident Bill Clinton unter anderem die Entmachtung Saddam Husseins und eine radikale Umkehr im Verhältnis der USA zur UNO. Aber – der in ihren Augen zu lasche – Clinton konnte die USA nicht in das „Neue amerikanische Jahrhundert“ führen. Und so folgten Studien, Gedankenspiele („Think tanks“) und Planungen. Im Jahre 2000 kam das PNAC zu der Schlußfolgerung, daß sich der gewünschte Wandel in der Welt beschleunigen ließe, wenn ein „katastrophales Ereignis“ eintritt, „das als Katalysator dient – ein neues Pearl Harbor.“ Darauf könnte dann eine „Krisen-Diktatur“ an die Stelle des Präsidenten treten. Aber die Parteigänger des „zu laschen“ Clinton wurde man bei der Präsidentenwahl los, bezeichnenderweise durch Merkwürdigkeiten im Bush-Staat Florida. Und 2001 konnte planmäßig das neue Jahrhundert beginnen, das nun das amerikanische werden sollte. Aber auch der neue Präsident Bush dümpelte mit seiner Regierung scheinbar kraftlos dahin.

Dann kam der 11. September 2001. Er war der Katalysator. „Wir werden die Täter finden und sie in ihren Löchern ausräuchern“, tonte Präsident Bush aus Camp David. Und der heutige Weltbankpräsident Paul Wolfowitz ergänzte, es ginge darum, „die Zufluchtstätten der Terroristen zu entfernen, die Systeme, die sie unterstützten, zu entfernen und Staaten, die sie fördern, auszulöschen“.

George W. Bush bekannte sich mit seiner Rede vom 20. September 2001 exakt zu dem von Huntington formulierten Programm des „Kampfes der Kulturen“. Und seine Worte fielen auf gut vorbereiteten Boden. Die Traumfabrik Hollywood hatte, wenn man mit dem Wissen von heute zurückschaut, perfekte Vorarbeit geleistet. Filme wie „Armageddon“, „Soldiers of

Fortune“, „Top Gun“, „Airforce One“, „Deep Impact“, „Pearl Harbor“ (!) und besonders „Independence Day“ transportierten Nationalismus und Patriotismus und stellten die Gemeinschaft stets als Differenz zu einer wie auch immer gearteten fremden Bedrohung dar. Und die Lösung der Probleme war ausschließlich und in jedem Falle eine militärische! Zufälle? Nach dem 11. September, der fast wie ein Remake von „Independence Day“ erscheint, ist das sehr unwahrscheinlich. Ebenso wenig, wie die offizielle US-Version der Ereignisse, die den Beginn des „Neuen amerikanischen Jahrhunderts“ markieren.

Endlich ist wieder ein Feind gefunden! Die Pläne des PNAC wurden konkrete Politik. Neue Kriege lassen die Kassen der Rüstungsindustrie klingeln. Dem Staatsterror nach außen folgt der Exitus der Demokratie im ehemals „freiesten Land der freien Welt“.

Wen wundert es da, daß der Vereinte Generalstab der Streitkräfte der USA seit 1962 Pläne in der sprichwörtlichen Schublade hatte (Operation Northwoods), nach denen mittels ausgetauschter Flugzeuge ein Konflikt provoziert werden sollte? Zählt man also einfach einmal zusammen, dann wird offensichtlich, daß ein „Kampf der Kulturen“ von den USA gewollt ist, provoziert wird und als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Welt herrschaftspläne dienen soll.

Für die USA hat der Dritte Weltkrieg bereits begonnen, Präsident Bush wird nicht müde, dies zu betonen. Und die Regierung der BRD übt im Namen und im Interesse deutscher Banken und Konzerne Vasallentreue. Was bleibt? Wenn wir wissen, wem es nützt, müssen wir aktiv werden, unsere Stimme erheben, das Unrecht benennen! Lassen wir nichts unversucht! Schließlich geht es um nicht weniger als den Weltfrieden und das Überleben der Menschen als Art auf unserem kostbaren Planeten Erde.

Richard Georg Richter



„Ich erfasse Ihren Zustand als „kampfgestählt.“ Aus: „Washington Post“

Anlaß dieses Beitrags ist eine Rückblende auf die Zeit der Kriegsgefangenschaft in Lagern der Sowjetunion. Mit dem Potsdamer Abkommen von 1945 vereinbarten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion eine antinationalsozialistische (antifaschistische) Aufklärungsarbeit unter den damaligen Kriegsgefangenen aller Nationen in den Lagern der Gewahrsamsmächte. Mancher wird sich vielleicht noch erinnern können, daß diese Vereinbarung in den Medien unter dem Begriff einer „Umerziehung“ an die Öffentlichkeit gelangte. In bezug auf die UdSSR wurde unterstellt, daß sie diese internationale Vereinbarung nutzen werde, um die Kriegsgefangenen kommunistisch zu „indoktrinieren“. Diese Art der Interpretation leitete Wasser auf die Mühlen einer Verteufelung der UdSSR. Man beschwor die „Gefahr des Bolschewismus“. Doch von seiten der Alliierten war man sich einig, daß es sich generell um eine Bildungs- und Erziehungstätigkeit im Geiste des Humanismus handeln müsse. Zurückblickend auf die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine politische und wissenschaftliche Aufklärung gefordert, die den Verfälschungen und Verleumdungen der Nazi-Propaganda historische Wahrheiten entgegenstellte. Darin bestanden auch Aufgabe und Ziel der antifaschistischen Schulungen für die Kriegsgefangenen in den Lagern der Sowjetunion.

Der Lehrstoff der verschiedenen Antifa-Schulen (Lager-, Gebiets- und Zentralschulen) auf Gebieten wie Politik, Wirtschaft, Philosophie und Kultur läßt ahnen, daß für die Teilnehmer vieles neu gewesen sein mußte. Schließlich hatte der größere Teil von ihnen weder einen Hochschul- noch ein Mittelschulabschluß. So erhielt mancher Kriegsgefangene erstmals Kenntnisse über die Geschichte seines Heimatlandes. In noch weitaus umfangreicherem Maße traf das für das Unterrichtsfach Landeskunde der Sowjetunion zu. Die meisten Kursanten hatten von Geschichte, Geographie, Literatur, Kunst und Wissenschaft des Vielvölkerstaates Sowjetunion keine Ahnung. Auch mit den Werken der deutschen Literaturklassiker kamen sie oft zum ersten Mal in Berührung.

Unter diesem Aspekt war es für die Lehrkräfte an den Antifa-Schulen nicht einfach, unter Berücksichtigung eines von Plus bis Minus schwankenden Wissensniveaus der Teilnehmer den Stoff zu vermitteln.

Die Leistung des Lehrkörpers, der sowohl aus sowjetischen Bildungsoffizieren als auch aus Absolventen der Antifa-Zentralschulen bzw. deutschen Emigranten bestand, wird in der wissenschaftlichen Literatur auch des Westens anerkennend beurteilt. Bei Dr. Gerd Robel (Band VI-II „Antifa“ der 22bändigen Ausgabe von Prof. Erich Maschke „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges“) finden sich Absolventen von Zentralschulen, die ihre Meinung über die Dozenten zum Ausdruck bringen, wobei es vor allem um eine Person geht: Pro-

fessor Dr. Nikolai Janzen (damals Oberst der Roten Armee). Durch seine Art der Wissensvermittlung fand er bei den Lehrgangsteilnehmern hohe Anerkennung. Da heißt es zum Beispiel: „Die einzige Gestalt, von der ich wirklich einen nachhaltigen Eindruck gewonnen habe, war Professor Janzen, und zwar deshalb, weil er erstens eine ganz packende Vortragsweise besaß, die riß einen sofort mit, und zweitens, weil er es wunderbar verstand, diese philosophischen Dinge, die nicht gerade einfach sind, auch den schlichtesten Gemütern nahezubringen.“ Über Janzen berichtete ein Arbeiter (gelernter Weber) und ehemaliger Unteroffizier der Wehrmacht: „Philosophie, die hat der Professor durchgenommen, und die war sehr lehrreich für mich. Es waren auch zwei Pfarrer (Theologiestudenten), die an dem Lehrgang teilnahmen. Die Diskussionen

stimmten Konsequenzen im persönlichen und gesellschaftlichen Leben führte, ist in diesem Zusammenhang nicht erfaßbar, denn es betraf Kursanten im Alter von ca. 25 bis 40 Jahren, die 1949/1950 aus der Gefangenschaft entlassen wurden. Viele von ihnen sind bereits verstorben, und von den noch Lebenden hat der größte Teil die 80 überschritten.

Gerd Robel setzt hier gewissermaßen den Punkt und meint: „Die Aufklärung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion über das Wesen des NS-Regimes und die von ihm im Namen des deutschen Volkes begangenen Verbrechen als konstitutives (zum Wesen gehörendes) Element dieses Regimes ist ein unbeschreibliches Verdienst der Antifa-Arbeit ...“

Die damalige Aktion der Sowjetunion zum Aufbau eines Bildungssystems für die Kriegsgefangenen hatte eine nachhaltige

Der Auftrag der Antifa-Schulen in der Sowjetunion

zwischen Janzen und denen gingen dann so weit: Wenn die Pfarrer ihn (Janzen) überzeugen könnten, dann wollte er selbst Pfarrer werden, und wenn er sie (die Pfarrer) zu überzeugen imstande sei, müßten diese hundertprozentige Kommunisten werden. Das hab ich mitgeschrieben, weil mich das interessiert hat und weil hier wirklich etwas gelernt werden konnte durch die Diskussion ...“

Allgemein wurde von den Kursanten berichtet, daß der Lehrbetrieb äußerst intensiv und die Anforderungen jeder Art sehr hoch waren.

Wollte man die Tätigkeit der Antifa-Schulen bilanzieren, müßte man das grundsätzliche Anliegen der Wissensvermittlung für Kriegsgefangene zum Ausgangspunkt machen. Mit der Verbreitung historischer, naturwissenschaftlicher und weltanschaulicher Kenntnisse ist ein neuer Denkprozeß ausgelöst worden, durch den das nationale wie das internationale Geschehen klarer beurteilt werden konnte. Er verringerte die Gefahr, alles Unbotmäßige auf dieser Erde nur mit dem unerforschlichen Ratschluß Gottes zu begründen. Er befähigte die Teilnehmer dazu, daß sie vieles, was auf der Welt vor sich geht, in erster Linie als von Menschen selbst gemacht erklären konnten. Inwieweit dieses Lernergebnis zu be-

historische Bedeutung für die Entwicklung der Nachkriegszeit, insbesondere für den materiellen, sozialen und kulturellen Aufbau der Ostzone und dann der DDR. Ohne die gesellschaftspolitische Schulung Tausender deutscher Kriegsgefangener hätte es weitaus weniger Menschen gegeben, die für Positionen in der Verwaltung, im Schulwesen, in der Kultur und Politik zur Verfügung standen. Die meisten Absolventen von Antifa-Schulen genossen nach ihrer Heimkehr aus der Gefangenschaft das Vertrauen, in wichtigen Bereichen an verantwortlicher Stelle eingesetzt werden zu können. Damit waren nicht nur günstigere Voraussetzungen für den Aufbau einer ausbeutungsfreien Gesellschaft entstanden. Die DDR konnte sich in der Folge als international geachteter Friedensstaat profilieren, dem auch die entsprechende Anerkennung zuteil wurde. Nicht zuletzt als gleichberechtigtes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen.

Christian Zapf

Unser Autor schrieb die Buchdokumentation „Kriegsgefangenschaft“ – Ein unvollendetes Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Urteil ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in sowjetischem Gewahrsam (GNN Verlag 2004).

Was deutsche Nahostpolitik in Angela Merkels Regie bedeuten sollte, demonstrierte die CDU-Vorsitzende bereits, als sie nach Washington reiste, um ihre Zustimmung zur Aggression gegen Irak zu bekunden. Dafür warb sie auch wiederholt im Bundestag. Ja, wenn heute Deutsche in Irak als Geiseln genommen werden, ist das eine direkte Folge der willfährigen Unterstützung der US-Besatzungspolitik. Ganz im amerikanischen Sinne hat die Kanzlerin auf der Münchener „Sicherheitskonferenz“ und bei anderer Gelegenheit den Streit um das zivile Atomprogramm Irans mit aggressiven Tönen weiter angeheizt. Als Wortführerin der westlichen Aggressionsgemeinschaft gegen Teheran verstieg sie sich in der Polemik und attackierte den iranischen Präsidenten mit ordinären geschichtsfälschenden Vergleichen. Und sie duldet keinen Zweifel: „Deutschland wird alles dafür tun, den internationalen Widerstand gegen das iranische Atomprogramm zu stärken.“ Der amerikanische Dank durch Rumsfeld und Co. folgte prompt.

Wie sehr die Regierungschefin der großen Koalition sich Washington anbietet und die deutsche Nahostpolitik voll in den Dienst der USA und Israels stellt, wurde auf ihrer ersten Nahost-Reise als Kanzlerin überdeutlich. Merkel vertrat die von den USA vorgegebenen und durch Israel eingeforderten Positionen. Sie ging weiter als jeder andere EU-Politiker, um zu unterstreichen, daß Deutschland als „strategischer Partner“ an der Seite Israels steht – an der Seite seiner militärischen Eliten, nicht an der Seite der Befürworter einer gerechten und dauerhaften Lösung des Nahost-Konflikts und der israelischen Friedenskräfte. Sie äußerte kein Wort der Kritik an der widerrechtlichen israelischen Besatzung im Westjordanland und an den Menschenrechtsverletzungen in den okkupierten Gebieten. Sie forderte von der israelischen Führung keineswegs wie mehrfach von den Palästinensern einen Gewaltverzicht. Sie bekräftigte aber den deutschen U-Boot-Deal mit Israel. Ausgehandelt unter Rot-Grün, bestätigt von der großen Koalition, erhält der Aggressorstaat im Nahen Osten auf der Grundlage eines Regierungsabkommens weitere zwei Schiffe der „Dolphin“-Klasse für eine Milliarde Euro. Davon spendiert die BRD ein Drittel – über 350 Mio. Euro aus Steuergeldern, ein Vielfaches des jährlichen deutschen Anteils an den jetzt als „Strafe“ für den Wahlsieg der Hamas zur Disposition gestellten EU-Geldern für die Palästinenser. Dabei hatte die Kohl-Regierung auf Druck der USA nach dem ersten Golfkrieg bereits drei dieser „Dolphins“ an Israel geliefert und fast komplett finanziert. Die U-Boote können als Startrampe für Marschflugkörper dienen, ausrüstbar mit atomaren Sprengköpfen. Mit ihnen könnte Israel z. B. Iran erreichen. Damit heizt Deutschland direkt die Spannungen im Krisengebiet Naher und Mittlerer Osten an.

Ihr israelischer Gastgeber Olmert dankte Merkel für ihr „herzliches Verständnis“ und „für das deutsche Engagement beim

Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die standhafte Haltung Deutschlands im Streit über das iranische Atomprogramm“. In anmaßender Kolonialistenmanier machte die Kanzlerin die Fortsetzung der deutschen Finanzhilfe, die im Rahmen der EU-Hilfe für die von Israel 1967 besetzten palästinensischen Gebiete geleistet wird (zumeist an Projekte gebunden: ca. 500 Mio. Euro, 280 Mio. aus dem Haushalt der Gemeinschaft, das andere aus den Mitgliedstaaten), von einer palästinensischen Gewaltverzichtserklärung abhängig. Die Kanzlerin forderte von der künftigen Regierung in Ramallah die Anerkennung des Existenzrechts Is-

brutale Wirtschaftssanktionen und die Entwaffnung der Hamas zu fordern. Der palästinensische Außenminister Nasser al-Kidwa sah sich gezwungen, seinen deutschen Amtskollegen bei dessen kurz gehaltenem Antrittsbesuch im Februar zu belehren: „In der politischen Arbeit gibt es nicht nur Schwarz und Weiß, es gibt politische Optionen, und man kann sich in die richtige Richtung bewegen.“ Die Regierung solle „nach ihrem Programm bewertet werden, nicht nach ihrer Zusammensetzung“. Ähnliches mußte sich Steinmeier in Jordanien anhören. Al-Kidwa forderte zugleich von Israel ein Ende aller Maßnahmen, die eine Zwei-Staaten-

Merkels Nahost-Politik: Washington und Tel Aviv zu Füßen

raels, was längst außer Frage steht, auch bei Hamas. Eine Forderung an Israel, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen, frei von militärischer Besatzung und Kolonisierung, war von ihr nicht zu vernehmen.

Der aus den Wahlen siegreich hervorgegangenen Hamas zeigte sie die kalte Schulter und drückte damit der demokratischen Willensäußerung der palästinensischen Bevölkerung ihr Mißfallen aus. Im Schlepptau von Bush und Rice würde die Bundesregierung am liebsten die ganze Entwicklung in den Palästinensergebieten rückgängig machen. Hamas hatte noch vor Reiseantritt Merkels in aller Form um ein Treffen gebeten. Das wurde aber prompt abgelehnt und jeder Kontakt vermieden. Weder die BRD-Botschaft in Tel Aviv noch die Ständige Vertretung in Ramallah dürfen mit Hamas und Jihad reden, obwohl diese die palästinensische Wirklichkeit wesentlich prägen. Auch der Wunsch der Palästinenser, sie möge das Grab Arafats besuchen, wurde von der Kanzlerin schroff abgelehnt.

Ihr Außenminister steht Angela Merkel nicht nach. Steinmeier ging so weit,

Lösung unmöglich machen. Zu dieser für den Nahost-Konflikt zentralen Problematik war vom deutschen Außenminister wie zuvor von seiner Kanzlerin nichts zu vernehmen. Selbst in Ankara stieß Steinmeiers Hamas-Boycott auf Skepsis.

Die wirkliche Konfliktlage im Nahen Osten, die durch die israelische Aggression und deren Folgen bestimmt wird, ist den Repräsentanten der großen Koalition völlig aus dem Gesichtsfeld geraten. Merkel wie Steinmeier reisten in das „heilige Land“ unter der Devise, aus der deutschen Geschichte heraus eine „besondere Verantwortung für das Schicksal des jüdischen Nahost-Staates“ zu tragen. Diese Verantwortung, die zweifellos gegenüber allen Juden besteht, wird völlig einseitig auf Israel bezogen und dazu pervertiert, die israelische Politik gegen jegliche Kritik zu immunisieren und die Rechte und Interessen des palästinensischen Volkes dem unterzuordnen. Die PLO, die von der UNO anerkannte einzig legitimierte Vertreterin des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb Palästinas, wird als Verhandlungspartner nur akzeptiert, wenn sie sich westlichen Forderungen unterwirft. So wird von den Palästinensern die Realisierung der sogenannten Roadmap verlangt, die längst an Israels Obstruktion gescheitert ist.

Auch die Bundesregierung sollte zur Kenntnis nehmen, daß der Nahost-Konflikt nicht mit einseitiger Parteinahme für Israel und keinesfalls gegen den Willen des palästinensischen Volkes gelöst werden kann. Sie wird mit Hamas umzugehen lernen müssen, spätestens dann, wenn ihr amerikanischer Mentor das für opportuner halten wird, als weiter die Realitäten zu ignorieren.

Bernd Fischer

Dem großartigen Menschen und
Kommunisten

Peter Gingold

von Herzen alles Liebe zu seinem

90. Geburtstag, den er
am 8. März beging.

Im März 1939 hatte Hitlerdeutschland das Gebiet um Memel (Klaipėda) an sich gebracht. Nun glaubten viele Litauer, bald das Schicksal der Tschechoslowakei zu teilen, da die Westmächte zu keinerlei Hilfe bereit waren. Litauen schien isoliert und den Nazis ausgeliefert. In dieser Situation riefen die Kommunisten zur Bildung einer patriotischen Verteidigungsfront auf, was starken Widerhall fand. Besorgt schrieb das Staatssicherheitsdepartement am 3. April an die Regierung, daß „wir uns am Vorabend einer Volksfront befinden“. Das faschistische Smetona-Regime lavierte und spielte auf Zeit.

Nach den deutsch-sowjetischen Verhandlungen im August versuchten die Nazis, Litauen für eine Militäraktion zur Eroberung des 1920 von Polen annektierten Wilna-Gebietes zu gewinnen. Diesen verführerischen Vorschlag lehnte die

ihre Mitgliederzahl. Ausdruck eines weitgehenden Linksrucks war die an den Präsidenten gerichtete Forderung nach einer prosowjetischen antifaschistischen Volksregierung.

Im Gegensatz zu heute verbreiteten Auffassungen verfolgte die UdSSR 1939 in Litauen keine weitergehenden Absichten. Das sowjetische Hauptinteresse galt allein der Erfüllung der abgeschlossenen Verträge. Die litauische Bourgeoisie sah in der Anwesenheit von Verbänden der Roten Armee die Hauptgefahr für ihren Machterhalt. Deren anfängliche Mißerfolge im Winterkrieg gegen Finnland ermunterten die baltischen Rechten. Der antikommunistische Terror wurde verstärkt. Man arrestierte viele Kommunisten und deren Führer. Baltische Militärs planten, nach einem finnischen Sieg gegen die sowjetischen Truppenkontingente vorzugehen.

Was 1939/40 in Litauen geschah

Regierung nach Warnungen des Westens wie der Sowjetunion ab. Die Rote Armee marschierte am 17. September in die polnischen Ostgebiete – darunter auch ins Wilna-Gebiet – ein. So hatte die UdSSR fortan mit Litauen eine gemeinsame Grenze. Hitler versuchte, die Litauer zur Anerkennung Deutschlands als Schutzmacht zu überreden. Als diese ablehnten, befahl er am 25. September, Truppen für einen Überfall auf Litauen bereitzustellen. Inzwischen hatten die Litauer in Moskau angefragt, ob man ihnen das Wilna-Gebiet überlassen könnte. Damit war Stalin einverstanden. Auf sowjetische Initiative wurde im Oktober zusammen mit der Übergabe dieses Gebiets ein litauisch-sowjetischer Beistandspakt abgeschlossen. In vier Orten stationierte die Sowjetunion insgesamt 20 000 Rotarmisten.

Nachdem die unmittelbare Gefahr einer deutschen Aggression abgewehrt worden war, änderte sich die innenpolitische Situation grundlegend. Der Anschluß der historischen Hauptstadt Vilnius wurde zwar als Sieg litauischer Außenpolitik deklariert, doch jeder wußte, daß er nur Moskau zu verdanken war. Das gab der prosowjetischen Stimmung in allen Teilen der Gesellschaft Auftrieb. Im Oktober gingen die Linken unter Führung der Kommunisten in die Offensive. Wie das litauische Staatssicherheitsdepartement urteilte, konnten Kommunisten nun in ihnen bisher „widerstehende Schichten“ vordringen und ihren Einfluß vervielfachen. Die illegale KP verdoppelte rasch

Darüber wurde Berlin informiert. Das blieb der Sowjetunion nicht verborgen. Mit dem sowjetischen Sieg über Finnland veränderte sich jedoch die Lage. Die baltische Reaktion hatte auf das falsche Pferd gesetzt. Eiligst gab man eine Neutralitätserklärung ab. Das verstärkte sowjetisches Mißtrauen.

Inzwischen hatte sich die wirtschaftliche Situation so verschlechtert, daß das Staatssicherheitsdepartement am 11. März 1940 „Unzufriedenheit der Arbeiter hinsichtlich der bestehenden sozialen Ordnung“ konstatierte. Nun trat die Regierung die Flucht nach vorn an und wandte sich an die Deutschen. Hitler versprach, Mitte März Truppen nach Litauen zu entsenden. Daraus wurde jedoch nichts, da er vorläufig die UdSSR nicht herausfordern wollte und seinen Feldzug gegen den Westen vorbereitete. Dafür kam es aber im April zu einem Handelsvertrag mit Berlin, der 70 % des litauischen Exports band. Das veranlaßte Regierungsmitglieder zu der Annahme, die Deutschen würden notfalls doch einspringen. Es kam zu Provokationen gegenüber den sowjetischen Einheiten. Zugleich beteuerte man ständig die Einhaltung aller Vertragspunkte. Damit trug die Regierung nicht nur der gewachsenen Kraft der Linken, sondern auch der Mehrheitsstimmung Rechnung. Viele Litauer wollten sich angesichts des Krieges in Europa an den starken sowjetischen Nachbarn anlehnen.

Im Mai forderte die UdSSR die Bestrafung der Schuldigen an den antisowjetischen

Exzessen und die strikte Einhaltung der Vertragsverpflichtungen. Ein Aufruf der litauischen Kommunisten vom 31. Mai verlangte den Rücktritt der Regierung und sensibilisierte die Massen. Das Kabinett lavierte erneut und suchte sich – allerdings erfolglos – der Unterstützung Deutschlands zu versichern. Um die Sowjetregierung zu beruhigen, wurden am 13. Juni der Innenminister und der Direktor des Staatssicherheitsdepartements – zwei wütende Sowjetfeinde – entlassen. Das Regierungslager wurde völlig in die Defensive gedrängt. Am 14. Juni forderte die UdSSR, die beiden Staatsfunktionäre zu verhaften und vor Gericht zu stellen, sowie die Zustimmung für eine sowjetische Truppenerhöhung und die Bildung einer zur Vertragserfüllung bereiten Regierung. Bewaffneter Widerstand, den Präsident Smetona am 15. Juni vorschlug, wurde abgelehnt und dem sowjetischen Ersuchen zugestimmt. Die Regierung trat zurück. Provisorischer Verteidigungsminister wurde der antifaschistisch orientierte General Vincas Vitkauskas. Mit ihm standen die Streitkräfte nicht mehr für eine Niederschlagung der revolutionären Bewegung zur Verfügung. Der General forderte seine Truppen auf, die zusätzlichen sowjetischen Verbände freundschaftlich zu empfangen.

Ministerpräsident Merkys ließ die zwei genannten Politiker verhaften und rief den Verteidigungszustand aus, ohne die regimetreuen Kräfte zu mobilisieren. Dadurch waren die Rechten gelähmt. Am Abend des 15. Juni übergab Smetona die Amtsgeschäfte an Merkys und setzte sich nach Deutschland ab. Die Massen feierten unter roten Fannen den Sturz des Faschismus und ließen die UdSSR hochleben. Da selbst die Vertreter bürgerlicher Parteien in dieser Situation für einen Kandidaten der Linken als Regierungschef plädierten, stellte Merkys den Kontakt zu diesen her und ernannte den fortschrittlichen Intellektuellen Justas Paleckis am 17. Juni zum Vorsitzenden einer verfassungsmäßigen Volksregierung mit zunächst einem, später dann drei kommunistischen Ministern. Paleckis übernahm von Merkys auch die Funktion eines Übergangspräsidenten. Am 18. Juni wurde der inhaftierte Führer der KP Litauens aus der Haft entlassen und einen Tag später durch den Innenminister zum Direktor des Staatssicherheitsdepartements berufen. Die neue Regierung setzte alle politischen Gefangenen auf freien Fuß. Faschistische Organisationen wurden verboten. Die Säuberung des alten Machtapparates begann. Kommunisten und andere Linke übernahmen innerhalb weniger Tage Schlüsselpositionen in allen Bereichen. Die antifaschistisch-demokratische Juni-revolution bildete den Beginn der sozialistischen Umgestaltung Litauens. Der Machtwechsel in Vilnius war staatsrechtlich durch die geltende bürgerliche Verfassung legitimiert und nicht Ergebnis einer „sowjetischen Okkupation“, wie heute jene behaupten, die das baltische Land in NATO und EU geführt haben.

Dr. Bernhard Majorow

Wahlprognose für Tschechien: Kommunisten auf Platz 3

Am 2. und 3. Juni werden in der Tschechischen Republik Parlamentswahlen, Kommunalwahlen und Nachwahlen für den Senat des Parlaments stattfinden. Außerdem werden die Vertreter für die Hauptstadt Prag gewählt. Die Wahlarithmetik läßt schon jetzt keinen Zweifel: Ohne die tschechischen Kommunisten oder gar gegen sie geht trotz zunehmender antikommunistischer Hysterie auch in diesem Wahljahr nichts. Die KPBM hat in der ganzen Legislaturperiode eine kluge Oppositionspolitik betrieben, die sich an den Interessen ihrer Wählerklientel und an ihrem Programm orientierte und Verlässlichkeit bewies. Die Kommunisten verfolgen in ihrem Wahlprogramm die Strategie, im wesentlichen keine neuen Forderungen aufzustellen, die sie dem Verdacht populistischer Versprechen aussetzen könnten, sondern legen in grundlegenden Bereichen des gesellschaftlichen Lebens den Finger auf jene Grundprämissen, die in der tschechischen Verfassung und dem geltenden Gesetzeswerk festgeschrieben und damit eigentlich Regierungsauftrag, aber von einer Verwirklichung weit entfernt sind.

Trotz der anhaltenden, sich im Wahlkampf noch verschärfenden antikommunistischen Kampagne, die besonders seitens der bürgerlich-rechtskonservativen ODS betrieben wird, behält die KPBM in den Umfragen einen stabilen dritten Platz, wenngleich sie gegenüber den letzten Wahlen 4 % eingebüßt hat. Das sollte aber nicht überschätzt werden, denn Umfragewerte und Mobilisierung der Wählerpotentiale sind zwei verschiedene Schuhe. Seit Mitte Januar ist klar: Die sozialdemokratische CSSD hat ihre Wahlkampagne in diesem Jahr der bereits 2005 von Stanislav Gross angeheuerten amerikanischen Agentur Penn, Schoen und Baryland (PSB) anvertraut, die auch den Wahlkampf für Clinton, Blair und Kostunica gemanagt hat. Am 28. 1. hat die CSSD im doppelten Wortsinn Farbe bekannt. Ihr Spitzenkandidat Paroubek lehnte „mit Entschiedenheit“(!) eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf Regierungsebene ab. Er hat sich zugleich von dem bisherigen Koalitionspartner KDU-CSL „scharf abgegrenzt“, der er unproduktiven Antikommunismus (!) vorwarf. Paroubek hält es derzeit für das wahrscheinlichste, daß seine Partei – sofern sie die Wahl gewinnt – eine Minderheitsregierung mit zwei Dritteln sozialdemokratischer Minister und einem Drittel parteiloser Fachleute bildet.

Die Wahlfarbe der Sozialdemokraten ist Orange – wie originell! Die Regierungspartei CSSD war sich wohl bewußt: Mit ihrem „Offenen langfristigen Programm“, das die sogenannten sozialdemokratischen Grundwerte, allgemeine Ziele, strategische Hauptrichtungen und Positionen auf politischen Hauptfeldern sehr

allgemein dekliniert, würde sie bei der Wählerschaft kaum landen können. Ende Januar legte sie auf einer Konferenz ein lesbares Wahlprogramm vor. Von seinen 30 Punkten kosten mindestens 25 richtig Geld. Aber kein Wort von Gegenfinanzierung. Purer Wahlspeck. Man darf auf das Regierungsprogramm oder den Koalitionsvertrag nach der diesjährigen Sommerpause gespannt sein, falls die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung gelangen.

Die CSSD ist intensiv damit beschäftigt, intern die Strategie der Bürgerlichen Demokraten (ODS) zu analysieren. In diesem Zusammenhang stellt sich für sie die Frage des Bündnispartners. Mit der ODS tut sie noch so, als wolle sie nicht, mit der christlich-demokratischen KDU-CSL kann sie rein rechnerisch nicht, mit der KPBM möchte sie nicht, wird aber wohl oder übel eine Option mit ihr offenlassen müssen, als Tolerierungs- oder Bündnispartner. Und so wird versucht, den Kommunisten weitgehend nach den Vorgaben der amerikanischen Agentur und den Intentionen der berüchtigten Europaratsresolution Bedingungen zu stellen. Gefordert werden eine Entschuldigung für die „Verbrechen des Kommunismus“ und die Distanzierung von der KPTsch. Verlangt wird weiter, daß sich die Partei zur Entwicklung nach dem November 1989 bekennt, die sie als ihre eigene Befreiung betrachten soll. Hier gibt es eine eindeutige Ablehnung, da sich die KPBM nicht zum Kapitalismus bekennen könne, der Sozialismus habe zeitweilig verloren. Und schließlich: Die KPBM möge sich als Verteidiger des Rechts auf Privateigen-

tum – gemeint ist das an Produktionsmitteln – erklären. Auch das ist von der KPBM nicht zu haben, da sie für die Existenz aller Eigentumsformen eintritt und gesellschaftliche Formen bevorzugt.

Die KPBM verwahrt sich dagegen, daß ihr für eine eventuelle Zusammenarbeit Bedingungen gestellt werden, die an die Substanz ihres Programms gehen.

Die stärkste Oppositionspartei ODS scheint noch unentschlossen zu sein, ob sie ihre Blaue Chance genannten Konzepte beibehält, aktualisiert oder beiseite läßt, obwohl darin ausführlich alle wesentlichen Politikfelder für eine nur wenig gebremste „neoliberale“ Politik enthalten sind. Die graue Eminenz der ODS, der „unparteiische“ Staatspräsident Václav Klaus als ODS-Ehrenvorsitzender mit Glacéhandschuhen wird hier rechtzeitig die strategischen Weichenstellungen vornehmen. Immerhin hat sich der fürsorgliche Landesvater im Januar weit aus dem Fenster gelehnt, indem er vollmundig erklärte, eine von der KPBM tolerierte Minderheitsregierung der CSSD werde bei ihm nicht durchgehen.

Zur Zeit deuten Umfragen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ODS und CSSD hin. Der Unterschied betrug im Februar nur 1,4 %. Die dem Handelsblatt gehörende Prager Wirtschaftszeitung HN hob schon warnend den Zeigefinger und titelte prophetisch aus dem Kaffeesatz, die Linke werde die Wahlen gewinnen ... Bis zum Abstimmungstag am 2. Juni kann noch manches passieren.

Klaus Kukuk

Unser Autor war DDR-Diplomat in der CSSR.

Herzliche Grüße an unsere Jubilare!

Am **13. April** begeht Genosse
Kurt Schamel aus Waren/
Müritz seinen **89.** Geburtstag.

Die Genossen

Gerhard Kuschnia
aus Schwerin (**10. April**) und
Prof. Dr. Heinz Sonntag
aus Jena (**20. April**) vollenden
ihr **80.** Lebensjahr.

Der Genosse
Eberhard Urbainczyk
aus Recklinghausen feiert am
10. April seinen **75.** Geburtstag.

Unser Vorstandsmitglied, den Leiter
der Regionalgruppe Dresden,

Günter Strobel
beglückwünschen wir zu seinem
70. am **7. April**

Am **21. April** wird Genosse
Lutz Weiprecht
aus Berlin **65** Jahre alt.

Redaktion
und Förderverein
gratulieren den
Geburtstagskindern
in fester
Verbundenheit.

Der Morgenthau-Plan: Was aus Deutschland werden sollte

Es gehört zum antikommunistischen Grundkonsens, daß „die Russen“ Ostdeutschland nach 1945 wirtschaftlich ruiniert und an den Bettelstab gebracht haben, die dortige Bevölkerung durch perfide Käfighaltung vergeblich politisch zu domestizieren suchten und ihr Wohlstand und Demokratie verweigerten – bei des Gaben, die den Brüdern und Schwestern im Westen dank amerikanischer Großherzigkeit als Geste der Gnade und des Vergebens ganz selbstverständlich in den Schoß fielen. Nachdem man die Beschwichtigungspolitik der Westmächte gegenüber dem deutschen Faschismus vertuscht und die in den härtesten Kriegsjahren verweigerte Eröffnung einer zweiten Front in einen alleinigen Sieg der Amerikaner und Briten über Hitlerdeutschland umgelogen hatte, war es nicht verwunderlich, daß die Sowjetunion im 60. Jahr ihres Sieges als Pariastaat in das Hemd des reuigen Büßers gezwängt werden sollte. Die gleichen Medien, die in bester Tradition des Abendlandes erst unlängst zum Krieg gegen Serbien hetzten, zum Massenmord im jüngsten Irak-Krieg das Hohelied von Freiheit und Demokratie sangen und die Überlegenheit der westlichen Kultur an der Präzision amerikanischer Terrorwaffen maßen, zeichneten das Bild einer marodierenden, ständig betrunkenen russischen Soldateska, die von verschlagenen Politkommissaren ideologisch aufgepeitscht, offenkundig nichts anderes antrieb als der Gedanke nach Rache an einer unschuldigen Zivilbevölkerung. Angesichts des bis zum Erbreechen zelebrierten Versöhnungstheaters zwischen Tätern und Opfern vor staatstragender Kulisse muß daran erinnert werden, daß bei der sogenannten Versöhnung nichts anderes als Wölfe und Schafe herauskommen. Wenn Tätern Gelegenheit gegeben wird, sich als Opfer zu verkleiden, ist es nur folgerichtig, daß aus Opfern, vor allem aber Kämpfern gegen

den Faschismus, Täter werden. Was ist das zum Beispiel für ein „antitotalitärer Konsens“ zwischen Opfern und Tätern, der ausgerechnet von jenen ausgerufen wird, die sich in frevelhafter Selbstüberhebung und beispielloser Anmaßung die Ermordeten von Auschwitz als ideologische Kitt- und Legitimationsmasse unterwerfen, um Angriffskriegen nicht nur das Wort zu reden, sondern sie auch aktiv vorzubereiten und durchzuführen?

Von allen Arten politischen Verbrechertums der Neuzeit ist die Beschwörung von Auschwitz bei gleichzeitigem Verschweigen der Rechtsprechung des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg (Ächtung des Angriffskrieges) eine der gefährlichsten und schändlichsten. Die Stigmatisierung des Begriffs „Rache“ ist Bestandteil der historischen Umdeutung des Krieges. Das Streben nach Abrechnung war nicht nur ein verständliches und legitimes Handlungsmotiv für das Überleben des Angegriffenen, sondern auch für die Umwandlung eines Teilsieges bei der Verteidigung in einen totalen Sieg im Gegenangriff. Bevor der sowjetische Sieg im Zweiten Weltkrieg später von Quislingen in der Art eines Gorbatschow verraten wurde und das Land dadurch erneut in eine strategische Lage geriet, die zu vermeiden seit dem 21. Juni 1941 der Kern der sowjetischen Militärdoktrin war, wirkte bei den deutschen Imperialisten und ihren amerikanischen Ziehv Vätern die Furcht vor der Stärke der sowjetischen Stoßarmeen noch nach. Es war eine gute Zeit für den Frieden, als die Wölfe sich noch vor dem Feuer in acht nehmen mußten.

Zur Frage, was denn aus westlicher Sicht vor allem, d. h. aus dem Blickwinkel der Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals, nach Kriegsende mit dem besiegten Deutschen Reich geschehen sollte, gab vor geraumer Zeit ein aufschlußreicher Artikel in der „Welt“ Auskunft. USA-Fi-

nanzminister Henry Morgenthau jr. forderte damals, daß Deutschlands „Fall und Buße“ möglichst tief sein sollten. Neben dessen Entmilitarisierung plante er seine totale Entindustrialisierung. Er war der Überzeugung: „Deutschlands Weg zum Frieden liegt auf dem Bauernhof.“ DIE WELT zitiert Morgenthau wie folgt: „Die Ostgebiete sollten Deutschland genommen, das Land in einen Nord- und einen Südstaat geteilt und das Ruhrgebiet ‚auf ewig‘ unter internationale Kontrolle gestellt werden.“ Für die zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit in einem zum Agrarland geschrumpften Deutschland hielt Morgenthau eine Lösung bereit: Millionen Deutsche würden in Arbeitsbataillonen zusammengefaßt werden, um in ganz Europa die Schäden zu reparieren, die Hitlers Heere angerichtet hatten. Der Morgenthau-Plan bildete die wichtigste Diskussionsgrundlage bei der Konferenz der Alliierten im September 1944 in Quebec. Weiter heißt es: „Anfangs unterstützte Roosevelt den Plan seines Freundes und Ministers, distanzierte sich aber von ihm, als deutlich wurde, daß die wachsenden Differenzen mit Stalin es notwendig machten, über Deutschland als einen künftigen Verbündeten im Kampf gegen den Kommunismus nachzudenken.“

In einem 1945 veröffentlichten Buch radikalisierte Morgenthau seinen Deutschland-Plan noch: „Der Nationalsozialismus war für ihn ein notwendiges Ergebnis der deutschen Geschichte. Der Wille zum Krieg, behauptete Morgenthau, hatte in Deutschland eine ebenso lange Vorgeschichte wie in den Vereinigten Staaten der Wunsch nach Freiheit. Als die Amerikaner die Grundzüge der Demokratie diskutierten, nahmen in Deutschland autoritäre Philosophen wie Fichte die Kernideen des Nazi-Regimes voraus. Nicht nur die Nazis, alle Deutschen waren schuldig“, heißt es in der „Welt“.

Man kann es so sehen: Der rasche Vorstoß der Roten Armee ersparte nicht nur Dresden die Atombombe, sondern dem deutschen Volk auch die Verwirklichung des Morgenthau-Planes. Die Entindustrialisierung Westdeutschlands lag seinerzeit nicht im Interesse des amerikanischen Monopolkapitals. Es herrschte bereits der kalte Krieg. Nach Wiedereingliederung der DDR in den imperialistischen Herrschaftsbereich verwirklichte die deutsche Großbourgeoisie ab 1990 zumindest teilweise dieses Konzept. Mit der Entindustrialisierung Ostdeutschlands konnte man sich einer Arbeiterklasse entledigen, die vier Jahrzehnte an der Macht gewesen war. Ihre Reste vagabundieren erfolglos Beschäftigung suchend auf globalisierten Arbeitsmärkten herum. Wen wundert es, daß sie wieder gegen ihre Klassenbrüder in Stellung gebracht werden sollen.



Im „RotFuchs“ 1/06 schloß Stefan Warynski, der Autor des Beitrags „Zur Vorgeschichte der orangenen Revolution“, dankenswerterweise manche Wissenslücke. Rechtskonservative Vertreter Warschaus betonen ständig die 300jährige Unterdrückung Polens durch das zaristische Rußland und das monarchistische Deutschland, schweigen aber diskret über die 600jährige Annexion von Teilen der Ukraine bis östlich des Dnepr durch den polnischen Hochadel. Seit 1989 behaupten diese Kreise sogar, daß polnische Bürger 1939 von der Roten Armee aus östlichen Landesteilen Polens vertrieben worden seien. Warynski formuliert in seinem Artikel ausdrücklich, daß das Gebiet der Westukraine 1939 von der Roten Armee zurückgewonnen wurde. Das wirft die historische Frage auf: Wer hat wem und wann Landesgebiete geraubt oder sich angeeignet, sich deren Bewohner einverleibt und eigene Leute dort angesiedelt?

Um die Frage zu beantworten, muß man bei der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beginnen. Zu den günstigen geschichtlichen Bedingungen für deren Sieg gehört, daß sie zu einem Zeitpunkt stattfand, als der imperialistische Krieg noch in vollem Gange war und die wichtigsten imperialistischen Staaten in zwei feindlichen Lagern gegeneinander kämpften, weshalb sie sich nicht sofort in die russische Revolution einmischen konnten.

Der II. Sowjetkongreß (Oktober 1917) nahm vor einer ganzen Reihe von Dekreten zugunsten des arbeitenden Volkes das bis dahin weltweit einmalige Dekret über den Frieden an. In ihm wurde die wichtigste Bedingung der jungen Sowjetmacht für die Meisterung aller sonstigen Aufgaben formuliert: ihr Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg und der Abschluß eines Friedensvertrages ohne Annexionen und Kontributionen, um zur friedlichen Aufbauarbeit übergehen zu können. Das Dekret über den Frieden war an alle gerichtet, an die imperialistischen kriegführenden Regierungen und ihre Völker, die die Hauptlast dieses Gemetzels zu tragen hatten.

Die Mächte der Entente lehnten einen Friedensvertrag mit Sowjetrußland ab. Sie hegten die Hoffnung, daß die in den Krieg gegen das kaiserliche Deutschland und Österreich eingetretenen USA bald ihre Truppen in Westeuropa anlanden würden, woraus sich eine neue strategische Situation ergeben hätte. Deutschland befand sich in einer anderen Lage. Die kaiserliche Armee war geschwächt, und die desaströse Lebensmittelversorgung daheim, die sich entsprechend auf die Streitkräfte auswirkte, ließ Verhandlungen mit Sowjetrußland sinnvoll erscheinen. Sie begannen am 20. 11. 1917 in Brest-Litowsk (heute Brest/ Belarus). Die russische Delegation stand unter der Leitung von Trotzki, die deutsche Seite vertrat der kaiserliche General Hoffmann. Auf die Frage, welche besetzten Landesteile die Deutschen bereit wären zu räumen, antwortete dieser: „Nicht einen Millimeter.“ Man gedenke alle okkupierten russischen Gebiete zu behalten, vom Baltikum über

Was war der Raubfrieden von Brest-Litowsk?

Belorußland und die Ukraine bis in den Süden. Unter Protest brach die Sowjetdelegation die Verhandlungen ab, sicherte aber einen Waffenstillstand. Die Sowjetregierung stand vor der Wahl, entweder die räuberischen Friedensbedingungen der deutschen Monarchisten zu akzeptieren oder die Kriegshandlungen wieder aufzunehmen. Lenin analysierte die Lage der Sowjetmacht: Das werktätige Volk war ebenso kriegsmüde wie die Armee, die sich in heller Auflösung befand. So konnte kein revolutionärer Krieg um das eigene Land geführt werden, zumal eine Rote Armee noch nicht zur Verfügung stand.

Am 8. Januar 1918 legte Lenin seine 26 Thesen über einen unglückseligen Frieden, der unvermeidbar sei, vor dem ZK der

zung des Waffenstillstands zu einer Großoffensive für weitere Geländegewinne über. Jetzt gab Lenin die Losung heraus: „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ Der Rat der Volkskommissare rief die werktätige Bevölkerung, besonders die Arbeiter in den Großbetrieben, zum bewaffneten Widerstand auf. Spontan entstandene Verbände von Verteidigern der Revolution brachten die deutsche Offensive zum Stehen und konnten sie an verschiedenen Abschnitten sogar bis zum 23. Februar zurückdrängen. Dieser Tag gilt als der Gründungstag der Roten Armee. Geländegewinne des Feindes waren ein Ergebnis der Haltung Trotzki zum Brester Raubfrieden. Dieser „linke“ Kommunist ließ auch Vertreter der vom Volk



SDAPR (B) sowie der bolschewistischen Fraktion des III. Sowjetkongresses dar. (LW 26/442 f.) Er verwies auch darauf, daß vom Ausland (z. B. aus Deutschland) revolutionäre Hilfe nicht in Sicht sei. Neben der Gruppe „linker Kommunisten“ um Trotzki traten auch „linke Sozialisten“ – vor allem aus den Reihen der Sozialrevolutionäre – als Gegner dieses Friedens auf. Die Mehrheit der Delegierten aber stimmte für den vom Feind diktierten Raubfrieden, weil die Sowjetmacht diese Atempause zur Stärkung ihrer Macht und Verteidigungskraft und damit zum Weiterbestehen dringend benötigte. Trotzki indes verletzte die Direktive der Partei, unterzeichnete den Vertrag nicht und teilte den kaiserlichen deutschen Offizieren mit, Sowjetrußland werde „nicht kämpfen“. Das war eine direkte Einladung, die Revolution anzugreifen. Lenin veranlaßte mit Mehrheitsbeschluß der Regierung die telegrafische Zustimmung zum Friedensvertrag, aber die deutsche Seite zog die Verhandlungen nun in die Länge. Am 18. Februar gingen ihre Truppen auf der gesamten Länge der Front unter Verlet-

gestürzten Ukrainischen Rada, die überwiegend aus nationalistischen Kräften bestand, als „Unabhängige“ in Brest-Litowsk „mitverhandeln“. Im Komplott mit dem Gegner sicherten sie die Abtrennung der West-Ukraine von Sowjetrußland als deutsche Einflußsphäre, die schließlich dem Deutschland willfährigen Polen einverleibt, also durch Warschau annektiert wurde. Es handelte sich haargenau um jenes Gebiet, welches die Rote Armee 21 Jahre später (1939) zurückgewann. Mit dem Raubfrieden von Brest-Litowsk büßte Sowjetrußland auch große Gebiete vom Baltikum bis in den Südwesten ein. Lenins Rat der Volkskommissare annullierte ihn bereits im November 1918 einseitig, als in Deutschland die Revolution ausbrach. Mit ihm hatte Rußland nicht nur 400 000 Quadratkilometer Land und 60 Millionen Menschen, sondern auch das reichste Getreideanbaugebiet, fast alle damaligen Ölquellen und etwa achtzig Prozent seiner Eisen- und Kohleförderung verloren.

Warum Georg Weerth in Castros Kuba eine würdige Ruhestätte hat

Vor einigen Monaten bat mich der Verleger Herbert Stascheit darum, den Korrekturabzug eines Buches zu lesen, das bei ihm im GNN-Verlag erscheinen würde; geschrieben von der Journalistin und Gewerkschaftsfunktionärin Silvia Martinez Puentes. Es war mit Unterstützung des Netzwerks Cuba ins Deutsche übersetzt worden. Im Untertitel hieß es, das Buch handle von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften im materiellen, moralischen und humanitären Werk der kubanischen Revolution. Stascheit bat mich darum, weil er sichergehen wollte, daß die Übertragung, an der verschiedene deutsche Genossinnen und Genossen mitgewirkt hatten, auch lesbar sei; ich sollte sie mir daraufhin ansehen.

Das Buch „Kuba – mehr als nur Träume“ wurde mir in zwei Raten geliefert, und da es sich schließlich als eins entpuppte, das an die 420 Seiten umfaßte, hatte ich eine Menge zu tun. Um mich bei Laune zu halten, entschädigte mich der Verleger mit einigen Flaschen französischen Rotweins, die er wieder von seinen Freunden erhalten hatte, die am letzten sommerlichen Volksfest in Schkeuditz teilnahmen. Ich meinte, das sei doch nicht nötig, aber als ich den Korrekturabzug fertig gelesen hatte, waren die Flaschen auch alle leerge-trunken.

Nun könnte man denken, ich hätte mich bei der Arbeit, da es sich doch um ein Sachbuch handelte, schwergetan. In der Tat bin ich kein Liebhaber solcher Berichte, aber dieses Buch versetzte mich in eine Spannung, die nicht von den poetischen Einfällen der Autorin, sondern von den revolutionären Fakten und Tat-

sachen des Alltags herrührte, als deren Verursacherin die kubanische Revolution in Erscheinung trat. Ich war überrascht von der Fülle der sozialistischen Errungenschaften, die hier zur Sprache kamen, und von der Tatsache, daß sie selbst in den Jahren des Zusammenbruchs des europäischen Sozialismus, der Blockade und der Naturkatastrophen so gut wie möglich am Leben gehalten und teilweise weiter ausgebaut werden konnten. Und von der internationalen Solidarität, welche die Kubaner auch in dieser für sie außerordentlich schweren Zeit, die nicht zu Ende ist, vielen Menschen auf verschiedenen Erdteilen erwiesen haben. Von den Fähigkeiten Fidel Castros, der es immer verstanden hat, weder der Welt noch dem eigenen Volk die ganze und oftmals bittere Wahrheit vorzuenthalten, und der, bis heute, von den Menschen, die ein sozialistisches Kuba wollen, dessen Fehler und Schwächen korrigieren, es aber weiterbauen und verteidigen, geliebt wird. Es war eine spannende Lektüre, und ich kann mir denken, daß es anderen Lesern ähnlich ergehen wird; deshalb mache ich für das Buch der Genossin Silvia Martinez Puentes auch Reklame und ermuntere meine Landsleute, es zu kaufen und zu lesen und für seine Weiterverbreitung zu sorgen.

Während ich das hier schreibe, findet in Kuba die 15. Internationale Buchmesse statt, die von Fidel Castro und Hugo Chávez, dem Präsidenten Venezuelas, eröffnet wurde. Vor 200 000 Menschen sprachen die beiden. Die deutsche Delegation nimmt mit 41 Verlagen an dieser Messe teil; leider habe ich nicht erfahren können, um welche Verlage es sich dabei handelt. Aber eins weiß ich: Das Buch „Kuba – mehr als nur Träume“ wird dort in der deutschen Übersetzung mit vertreten sein.

Und noch etwas habe ich den Berichten aus der „jungen Welt“ entnommen: daß es zwei Höhepunkte im deutschen Programm zur Buchmesse geben würde: eine Retrospektive der Filme von Konrad Wolf sowie eine Veranstaltung über Leben und Schaffen des 1856 in Havanna verstorbenen Georg Weerth. Das hat mich sehr erfreut, weil ich nämlich, als ich noch nicht wissen konnte, daß Weerth auf Kuba erinnert werden würde, ein Gedicht über diesen schon stark in Vergessenheit geratenen deutschen Dichter geschrieben habe; ich werde es Euch am Ende meiner Epistel mitteilen.

Vorherst noch eine Bemerkung: Farruco Sesto, der Kulturminister Venezuelas, hatte bei seiner ersten Kuba-Reise an einer Bibliothek einen Satz Castros entdeckt: „Glaubt nicht, sondern lest!“ Das habe ihn mehr als beeindruckt und gerade

um dieser Forderung auch in seinem Lande nachzukommen, würden jetzt die Voraussetzungen geschaffen, zu denen ein Vertrag mit Kuba über gegenseitige Förderung von Kultur und Kunst gehöre. Natürlich ist das Ketzerei, was Fidel da betreibt: „Glaubt nicht, sondern lest!“ In Polen, wo sie vor kurzem eine Regierung installiert haben, die dem Volk auch die letzten Reste von Aufklärung und Vernunft auszutreiben gewillt ist, würde der Kubaner dafür absolut schlechte Noten erhalten. Auch dafür, daß er unlängst den Abzug der amerikanischen Besatzer aus Irak gefordert hatte, denn die polnische Regierung, unterstützt ja das Terrorregime, das die USA dort aufrechterhalten, durch eigene Truppenkontingente. Ich stelle mir einmal vor: Der Präsident der Vereinigten Staaten würde zu seinen Leuten sagen: „Glaubt nicht, sondern lest!“ Ja, manchmal werde ich von einem solchen Ingrimms oder sarkastischen Humor heimgesucht.

Und bevor ich euch jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, mein Gedicht über Georg Weerth aufsage, versichere ich Euch: Die Übersetzung des Buches war in Ordnung, ich hatte nicht allzuviel zu tun, aber ein klein wenig hat es mich gefreut, daß meine Mitarbeit gefragt war. Und bedankt wurde.

Ich les den guten Georg Weerth
Zum erstenmal wohl richtig;
Gedanken mir der Mann beschert,
Gedanken, schön und wichtig.

Der hat gelobt das Proletariat
Und gegeißelt die Industriellen,
Mit Spott beworfen den bourgeoisen Staat
Und seine ihm treuen Gesellen.

Den haben die Deutschen, blöd und blind,
Totgeschwiegen und gründlich vergessen,
Für mich aber seine Verse sind
Proletarische Seelenmessen.

Die singe ich mir früh und spät,
Derweil die anderen reisen;
Ich will den Mann, wo irgend es geht,
Mit Gründen versehn lobpreisen.

Den, der die irische Mary besang,
Der's Arbeiter-Blumenfest hat beschrieben,
Den will ich das verbleibende Leben lang
Als einen der Unseren lieben.

Ein kurzes Leben, reich an Tun,
Von Marx und Engels bewundert,
Ein Dichter, Zeitungsmann und Tribun
Im vorvergangnen Jahrhundert.

Von Heine geschätzt, den mochte er sehr,
Die Reaktion jedoch, die konnt's nicht lassen,
Die mußte den proletarischen Ahasver
Aus tiefster Seele hassen.

In Havanna liegt begraben der Weerth,
Seit hundertfünfzig Jahren;
Aber ehrlich, ich finde das gar nicht verkehrt,
Daß die Kubaner sein Erbe verwahren.

Armin Stolper



Guayasamin 1996 – Homenaje à Fidel en sus 70 Años

Schaum vorm Maul: Biermann „ehrt“ Heine

Wolf Biermann hat sich wieder einmal zu Wort gemeldet: „Mich erschüttert eine sensationelle Neuigkeit, mit der ich nicht gerechnet hätte. Im ‚Spiegel‘ wurde 2005 das Ergebnis einer Meinungsumfrage unter den Deutschen veröffentlicht. Getestet wurde 15 Jahre nach der Wiedervereinigung ein piffig formulierter Aussagesatz: ‚Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bislang nur schlecht ausgeführt worden ist.‘ Das bedeutet – weniger raffiniert gefragt: Sollte man den total gescheiterten, den totalitären Tierversuch an lebendigen Menschen nicht doch noch einmal wiederholen und, wenn nötig, abermals – bis ‚es‘ funktioniert. Das Ergebnis der Umfrage: 56 % der Deutschen im Westen und sogar 66 % in der ehemaligen DDR stimmten diesem Hammer- und Sichelsatz zu.“ (Spiegel 7/2006)

Nun waren Hammer und Sichel zwar nicht die Symbole der DDR und „totalitäre Tierversuche“ wird es vielleicht bei der Vogelgrippe geben, aber Biermanns Erschütterung wird mancher verstehen, der seine Biographie kennt. Jemand, der denken gelernt hat, könnte jetzt fragen: Wie erklärt sich dieses (für wen?) „sensationelle“ Umfrageergebnis? Warum haben die Ostdeutschen – trotz der Eppel- und Biermänner –, die der kommunistischen „Hölle“ knapp entkommen sind, mehr Sympathien für den Sozialismus unter „Hammer und Sichel“ als ihre Landsleute im Westen? Was wäre für denjenigen zu tun, der diese Bürger für die Demokratie des Kapitals retten will?

Aber das Denken ist anstrengend. Was tut Biermann? Er sieht sich an, was Heinrich Heine geschrieben hat. Den zitierten Sätzen über die „sensationelle“ Umfrage folgt Biermanns rhetorische Frage: „Was hat das alles mit Heine zu tun? Ich denke: alles! Heine stand an der Weltwiege des Kommunismus, wir stehen am Grab.“ Zum Glück für Biermann und sein Anliegen hat Heine einige Gedanken über den Kommunismus geäußert, die Biermann politisch und finanziell vermarkten kann, „Heine und Le Communisme“ heißt der Titel des Produkts, das mit Heine wenig, mit Biermanns krankhaftem Antikommunismus viel zu tun hat. Der „Liedermacher“ beginnt mit dem populärsten Text: „Heinrich Heine formulierte ja für uns die Substanz der Hoffnungen auf den Kommunismus. Schon vier Jahre vor dem ‚Manifest‘ erschien 1844 beim Hamburger Verleger Julius Campe Heines Poem ‚Deutschland. Ein Wintermärchen‘. In diesem politpoetischen Reisebericht findet sich – gleich im ersten Caput – der berühmte Vierzeiler:

*Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.*

Die letzten beiden Zeilen formulieren die Substanz des ganzen Kommunistischen Manifests in lapidarer Kurzfassung: das Himmelreich auf Erden.“

Zwar wird kein Leser im „Manifest“ finden, daß Marx und Engels das „Himmelreich auf Erden“ versprochen, und

zwischen Heines „Himmelreich“ und der wissenschaftlichen Begründung der Notwendigkeit der sozialen Revolution durch Marx und Engels gibt es manchen Unterschied, aber der primitive Vergleich genügt Biermann, um den Kommunismus als „falsches Hoffen“ und „zauberkräftiges Schlagwort“ zu denunzieren und zu folgern:

„Marx und Engels – im Grunde lieferten auch sie nur eine mit Hegelscher Geschichtsphilosophie verbrämte Utopie vom Narrenparadies einer sozialen Idylle: Also die konterrevolutionäre Illusion vom Ende der Geschichte.“

Ist Biermann noch zu übertreffen? Der Kommunismus als „Narrenparadies einer sozialen Idylle“, Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ mit Marx und Engels begründet!

Aber die Geschichte ging ja auch nach dem Tod von Marx und Engels weiter, und nach 1917 hatte der Imperialismus, nicht zuletzt der deutsche, seinen Widersacher in Gestalt der Sowjetunion und der DDR, in der zeitweilig das „geborne Kommunistenkind“ Biermann lebte. Der fand in Heines „Lutetia“ ein weiteres für seine Zwecke verwendbares Zitat: „Nur mit Grauen und Schrecken denke ich an die Zeit, wo jene dunklen Ikonoklasten zur Herrschaft gelangen werden – Ach! Das sehe ich alles voraus und eine unsägliche Betrübniß ergreift mich, wenn ich an den Untergang denke, womit meine Gedichte und die ganze alte Weltordnung von dem Kommunismus bedroht sind.“

Nun fügt Biermann in das Heine-Zitat ein: „Aber dann kommt die flagellantische Volte, für die ihn die stalinistischen Bonzen des Kommunismus in der Sowjetunion und in der DDR mißtrauisch liebten“, um dann mit Heine fortzufahren: „Und dennoch, ich bekenne es mit Freimut, übt eben dieser Kommunismus, so feindlich

er all meinen Interessen und meinen Neigungen ist, auf meine Seele einen Reiz aus, dem ich mich nicht entziehen kann ...

Gesegnet sei der Krautkrämer, der einst aus meinen Gedichten Tüten verfertigt, worin er Kaffee und Schnupftabak schüttet für die armen alten Mütterchen, die in unserer heutigen Welt der Ungerechtigkeit vielleicht eine solche Labung entbehren müssen – fiat justitia, pereat mundus!“ Wer kann das mißverstehen? Heine stellte die Bedürfnisse des „Mütterchens“ über seine dichterischen Ansprüche. Aber wurden seine Gedichte im Sozialismus zu Tüten?

Hat die DDR Kultur mißachtet oder gefährdet? Biermann löst den Widerspruch auf seine Weise. Er führt – nicht die beiden Weltkriege oder Auschwitz –, sondern die Gulags in seine „Ehrung“ ein, um zu folgern: „Die arme alte Frau mit ihren Kindern wurden einfach totgeschlagen.“ Könnten das deutsche Soldaten in der Sowjetunion gewesen sein? Oder KZ-Aufseher in Theresienstadt?

Beim Thema Gulag rechnet Biermann gleich noch mit Brecht, Bloch, Gerhart und Hanns Eisler, Feuchtwanger und Heinrich Mann ab, die „ideologisch verblendet und schändlich phantasiern“ gewesen seien. Um das Maß voll zu machen, erzählt er überdies „einen verwirrenden Alptraum von Heinrich Heine“. Der Inhalt? Biermann trifft Heine – wo schon, wenn nicht in Kuba? – „in einem grausam verdreckten Knast des Castro-Regimes“. Dort läßt sich Biermann – im Traum – von Heine das vieldeutige Wort Goyas erklären: „Der Schlaf der Vernunft bringt Ungeheuer hervor.“ Bei der Übersetzung/Deutung dieses Satzes hat Biermann seine Schwierigkeiten, nicht aber bei einer Dichtung Heines aus der Sammlung „Romanzero“. Dort kommt das Wort „Freiheitskrieg“ vor, und Biermann weiß genau, wie Heine ihn sah: „Ja, dieser Freiheitskrieg ist alt wie die Menschheit. Wir leben hier in Westeuropa in Freiheit und Wohlstand.“ Und um beides zu genießen, müssen „wir“ gegen die „totalitären Todfeinde“ kämpfen. Der Freiheitskrieg dauert, solange „wir“ dauern. „Und wer in diesem Kampf desertiert – etwa in der Pose eines bequemen Äquidistanz-Slogans: ‚Saddam Hussein und George W. Bush, sie stinken alle beide‘ –, der gehört ... nicht zur Partei des Heinrich Heine.“

Biermann bestimmt also, wer „zur Partei des Heinrich Heine“ gehört. Und Heinrich Heine streitet mit Bush für die „Freiheit“. Und das Bild Heines vom Rabbi und vom Mönch, die alle beide stinken, erfährt eine merkwürdige Auferstehung. Aber: Wie die Umfrage, die Biermann erschütterte, beweist, haben Antikommunisten seines Schlages einen schweren Stand. Die Tatsachen sind stärker als Tiraden, die gut bekannte Vorbilder haben.

Prof. Dr. Horst Schneider

Am **29. April** um **10.00** Uhr spricht
„RotFuchs“-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger

in Zwickau, Volkssolidarität,
Hölderlinstraße 1, auf einer
Veranstaltung der **Regionalgruppe
Chemnitz-Zwickau-Plauen**
zu dem Thema:

**Wie steht es um
die kommunistische
Weltbewegung?**

Wenn eine Kultur fühlt, daß es mit ihr zu Ende geht, läßt sie den Priester kommen" schrieb der hellsichtige österreichische Gesellschaftskritiker Karl Kraus schon 1911. Es kam sogar ein echter Bischof und verkündete: „Mobil! Die unerträgliche Schwüle der letzten Juliwochen des Jahres 1914 war dem befreienden Gewitter gewichen. Der Ausbruch des Krieges stand im Zeichen einer großen Gottesoffenbarung. Gott erschien dem deutschen Volke! Das deutsche Volk sah durch die Gewitterwolken des Krieges das Auge des lebendigen Gottes herniederflammen auf die Erde. Es sah Gott sich offenbaren.“ Mit dieser anfeuernden Brandrede empfahl sich Bischof Otto Dibelius nicht nur dem Hohen Klerus. Nach dem Zweiten Weltkrieg schloß er den Militärseelsorgevertrag für die unter Hitlergeneral Speidel „neu“ erstandene Bundeswehrmacht ab – mit Kanzler Adenauer, dem laut repräsentativer Umfrage des ZDF „größten Deutschen aller Zeiten“. Weltmarschall Bush aus „Gods own Country“ hat übrigens heute einen ebenso militanten „Seelsorger“ wie seinerzeit Adenauers „Herniederflammer“ Otto Dibelius. Der heißt Billy Graham und ist mächtig stolz auf seinen Spitznamen „Maschinengewehr Gottes“... Nicht nur diesen unsäglichen Dibelius, nein, sogar rechtsradikale „Historiker“ wie Nolte und Stürmer sowie den Kriegsverherrlicher Ernst Jünger bemüht nun ein gewisser Peter Hahne – selbst Pfarrer und ZDF-Spitzenmann – zur Verbildung des deutschen Michels. Der hievte ihn darob in die Spiegel-Bestsellerliste. Sein Brevier „Schluß mit lustig“ steht dort in trauter Eintracht mit Harry Potter – fürwahr ein ernstes Zeichen des kulturellen Verfalls, den er so wortgewandt beklagt! Doch laut Hahne ist das Abendland noch zu retten. „Holt Gott zurück in die Politik!“ rät er uns. Voll Toleranz, kann er zwar „fremde Meinungen achten“, aber: „Wenn ich's gut mit meinem Gegenüber meine, dann werde ich versuchen, sie ihm auszureden. Das nennt man Mission.“ Die hatten wir schon. „Der Neger ist ein blutdürstiges, grausames Raubtier, das nur durch das Auge und die Peitsche des Bändigers in Respekt erhalten werden kann. Er ist von der Vorsehung geschaffen, dem Weißen zu dienen ... Wenn sich die Schwarzen weigern, ihre namenlose Faulheit abzulegen, haben sie keine Existenzberechtigung mehr auf Erden“, schreibt der deutsche Kolonialoffizier August Boshart in sein Brevier „Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien“. Und der Missionswissenschaftler Joseph Schmidlin assistiert: „Durch Strafen und Gesetze kann der Staat den physischen Gehorsam erzwingen; die seelische Unterwürfigkeit und Anhänglichkeit der Eingeborenen bringt die Mission zustande.“

Der schwarze Bischof Desmond Tutu brachte es auf den Punkt: „Als die Weißen kamen, hatten sie die Bibel und wir das Land. Sie forderten uns auf, zu beten. Wir schlossen die Augen. Als wir sie wieder öffneten, war die Lage genau umgekehrt:

Hahnebüchenes

Wir hatten die Bibel und sie das Land.“ Könnte man nun nicht einfach statt Land und Schwarze Öl und Muslime sagen, Herr Hahne? Ich sag's mal so: „Bevor die gottesfürchtigen und friedliebenden Bush-Krieger nach Arabien kamen, gab es dort viel Öl und wenig Demokratie. Nun gibt es dort nur noch Mord und Totschlag. Keine Spur von seelischer Unterwürfigkeit und Anhänglichkeit.“ Und dabei meint es doch der größte Missionar aller Zeiten so gut mit ihnen! Jeden Morgen betet er im

fernen Washington für ihre Bekehrung. In den Vereinigten Staaten ist also tatsächlich schon „Gott in die Politik zurückgekehrt“.

Ein Trost, Herr Hahne: Ihre Schwester im Glauben, die fromme Angela, versprach am 5. Februar der Münchner Sicherheitskonferenz, „daß Deutschland diesmal wohl bis zur letzten Konsequenz an der Seite der USA stehen wird“. Dann ist wirklich Schluß mit lustig, Herr Hahne.

Jürgen Kuhlmann

Archies irdischer Alptraum

Archie spähte durch das Guckloch in der Tür. Heftiges Geläute. Er sah nur eine Melone, schwarze Kopfbedeckung. Zögerlich öffnete er, eine zweite Melone schob sich in den Türrahmen, schwarze Anzüge, schwarze Aktenkoffer: zwei Herren mit Schirm, Charme und Melone. „Dürfen wir“, fragten sie und waren schon drin im Korridor. „Oh, die vielen Bücher! Wollen Sie die alle noch lesen?“ „Die meisten fragen, ob ich die alle schon gelesen habe“, gähnte Archie, „ich kaufe nichts, ich brauche nichts und abonniere nichts.“ „Weil Ihre Rente so klein ist und Ihr Leben so kurz.“ „Ganz richtig“, murmelte Rentner Einfalt wie im Halbschlaf. „Und alles geht den Bach runter, die Börse, das Baugewerbe, die Banken, vor allem die Renten“, sagten die Herren unisono, lächelnd, süffisant, elegant. „Warum behaupten Sie das? Sie sehen nicht aus wie Linke“, sagte Archie und sank in einen Sessel seiner Fernsehdielen. „Was wollen Sie, ich habe nichts außer Büchern, kein Konto, kein Haus, kein gutbürgerliches Eigentum, als Auto nur einen ‚Wartburg‘, was soll mir eine Lebensversicherung, wenn Sie das wollen.“ Archie wurde immer schlaffiger. „Nein, nichts dergleichen“, riefen die beiden Herren aus. „Unser Motto ist: Menschen, wollt ihr ewig leben? Sehen Sie, Herr Einfalt, ca. 2 Millionen Bürger der BRD sind Pflegefälle, davon 80 % über 65 Jahre, die meisten werden irgendwie und irgendwo zu Tode gepflegt, ist das eine Aussicht?“ „Grauenhaft“, ächzte Archie, „ich wollte mir schon immer eine Armeepistole von den Russen kaufen.“ „Das ist die richtige Einstellung“, freuten sich die Herren in Schwarz und klatschten anerkennend in die gepflegten Hände. Da haben wir Besseres zu bieten: Also bei Ihrem Einkommen leider nur zwei Monate, aber die in Saus und Braus!“ „Und dann?“, fragte Archie ängstlich. „Dann nichts, aus! Alles andere übernehmen wir! Es ist eine Pilot-Studie, wir arbeiten regierungsnah, sind aber offiziell eine Privatgesellschaft mit beschränkter Haftung.“ „Wie be-

schränkt?“ „Also, schauen wir mal, bei Ihrem Alter können Sie zwanzigtausend im Monat verpulvern, außerdem haben Sie alle Verkehrsmittel frei, einschließlich Flugzeuge und Luxussschiffe, ein Auto Ihrer Wahl, auch Handy weltweit gratis!“ Archie kam ins Stottern. „Und was haben Sie davon?“ „Abbau des demographischen Faktors, Verkleinerung der Alterspyramide, Verjüngung der Gesellschaft! Was denken Sie, wie alt die Leute werden, das hält kein Sozialstaat durch! Ausgenommen von dieser Pilotstudie sind nur Industrielle, Banker, Manager, Profisportler und Politiker durch ihren hohen Wertschöpfungsgrad für die Gesellschaft! Außerdem wichtig für Sie, Herr Einfalt: Bürgern der neuen Bundesländer wird postum die Verdienstmedaille für den Aufbau Ost verliehen. Sie tun überdies etwas für Ihre Enkel und Urenkel! Haben Sie welche?“ „Mehr als genug“, mußte Archie zugeben, unterschrieb, führte fortan ein Leben in Saus und Braus, jagte Bären in Alaska, kreuzte auf Schiffen im Mittelmeer und wurde immer jünger! Er machte zahllose Bekanntschaften, auch weibliche, bewegte sich mehr, grübelte weniger und schlief besser. Es hatte sich sogar ein verschollener Bruder wieder eingefunden. Er glich ihm aufs Haar, war zwei Jahre jünger, hütete sein „Haus“ und wohnte bei ihm ein.

Eines Morgens in aller Herrgottsfrühe wurde Archie durch Gepolter im Korridor wach. Schlaftrunken torkelte er hinaus und sah, wie zwei schwarzgekleidete Herren, diesmal mit Zylinder, seinen Bruder in eine schwarze Kiste packten. „Wer sind Sie?“, würgte Archie heraus. „Wir sind die Liquidatoren, und Sie?“ „Ich bin nur der Bruder“, erwiderte der Gefragte. „Schwein gehabt“, sagten die Herren, lüfteten die Zylinder und trugen den Bruder fort. Da humpelte Archie auf schmerzenden Knien in die Küche, trank ein Glas Wasser und hoffte, daß dies nur ein Alptraum war. Oder nicht?

Manfred Hocke

Die bulgarische Zeitung „Wremena“ (Warna) hat den „Rot-Fuchs“-Leitartikel „Unser politischer Stil“ (RF, Dez. 2005) in der Übersetzung von Dr. Ratscho Ratschew veröffentlicht.

Leserbriefe an RotFuchs



„Lug und Betrug sind erlaubt, wenn es um eine gute Sache geht“, erklärte Kanzleramtsminister Thomas de Maiziére in seiner Rede anlässlich der Wiedereröffnung des Bautzener Theaters am 17. Februar.

Ist das der neue Leitspruch für „unsere Demokratie“?! Oder die „neue Gerechtigkeit“ der Bundeskanzlerin?!

Dr. Jürgen Wengler, Malschwitz

Bei unserem monatlichen Roten Montag in Peine, wo ich Mitglied des Kreisvorstandes der Linkspartei.PDS bin, habe ich den „RotFuchs“ erhalten. Er ist mir gleich ans Herz gewachsen! Die Zeitschrift bringt die Dinge auf den Punkt und kommt gerade bei jungen Menschen und Studenten gut an. Ich bitte um mehr Informationen über Abo-Beziehungen und Mitgliedschaft im Förderverein.

Kai Trappe, Peine

Die Erfahrungen meines langen Lebens – ich werde jetzt 85 – haben mir bestätigt, daß dieses menschenverachtende System der Ausbeutung, des Rassismus, der Völkerverhetzung und des Krieges ohne Kampf nicht überwunden werden kann. Deshalb begrüße ich von ganzem Herzen den „RotFuchs“ als Wahrer sozialistischer Traditionen und Vermittler neuer Erkenntnisse im weltweiten Ringen mit dem Imperialismus. Leider habe ich erst durch das ND-Inserat von Eurer Existenz erfahren. Der „RotFuchs“ sollte stärker bekanntgemacht werden. Die Nachfrage würde sicherlich steigen, zumal sich das ND zunehmend „gleichschalten“ läßt.

Ingeborg Hämmerling, Berlin

Jugoslawiens früherer Präsident Slobodan Milošević ist unter mysteriösen Umständen gestorben. Vor der Präsidentschaftswahl im Oktober 2000 hatte die NATO den Jugoslawen gedroht, man werde ihr Land erneut bombardieren, sollte er wiedergewählt werden. USA-Außenministerin Madeleine Albright frohlockte nach dem Sieg Kostunicas: Das letzte sozialistische Land in Europa existiert nicht mehr. Nach der Entführung Miloševićs und der Anklageerhebung durch den NATO-gesponserten Gerichtshof in Den Haag hielt der Gefangene seinen Häschern und potentiellen Henkern den Spiegel vors Gesicht. Er verteidigte sich tapfer gegen die NATO-Justiz. Doch seine Gesundheit war durch die lange Haft untergraben. Eine von Rußland angebotene Behandlung durch dortige Ärzte wurde vom Tribunal abgelehnt. Bei seinem letzten Auftritt vor Gericht klagte Milošević über starke Beschwerden.

Er wurde rund um die Uhr beobachtet. Ist es da nicht sehr seltsam, daß man ihn plötzlich leblos in seiner Zelle aufgefunden haben will?! Fazit: Unterlassene medizinische Versorgung ist auch Mord, wenn nicht Gift im Spiel war.

Brigitte Queck, Potsdam

In seiner Stellungnahme („junge Welt“ vom 17. 2.) versuchte André Brie seine Zustimmung zur Anti-Kuba-Resolution im Europäischen Parlament zu begründen. Über seine arrogante, rechthaberische, sich selbst widersprechende Aussage bin ich entsetzt. Kann oder will André Brie nicht die große Gefahr sehen, in der sich Kuba gegenwärtig befindet? Wurde es nicht von Bush als „Schurkenstaat“ bezeichnet? Die entsetzlichen Bilder aus Abu Ghraib und Guantánamo veranschaulichen, was man dort unter „Freiheit“ und „Menschenrechten“ versteht. Soll ganz Kuba eines Tages zu einem einzigen Guantánamo

werden? Auch wenn André Brie dies sicher nicht will, trägt sein Verhalten gewollt oder ungewollt mit dazu bei. Ist er sich darüber im klaren? Die Kubaner haben ihre Schlußfolgerungen aus dem Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Staaten gezogen. Sie setzen sich rechtzeitig zur Wehr und trotzen mutig den Anfängen.

Kurt Ducke, Berlin

Als ständigen PDS-Wähler erfassen mich Zorn, Empörung und Verachtung, wenn ich vom niederträchtigen Abstimmungsverhalten der Europaparlaments-Abgeordneten Zimmer, Brie, Markov, Kaufmann und Uca lese. Kann man noch tiefer fallen, als Kuba die Solidarität zu verweigern?

Wir haben uns beim Wahlkampf für die PDS in Gesprächen mit vielen Bürgern eingesetzt und müssen jetzt erleben, daß die Genannten all jenen in den Rücken fallen, denen Kuba teuer ist. Meinen sie etwa, daß es etwas bringt, mit den Wölfen zu heulen?

Peter Fischer, Jena

Vor gut 25 Jahren bereiste ich Mittelamerika das erste Mal und kam 1980 auch nach Nicaragua. Der Sturz Somozas lag erst wenige Monate zurück, und es waren viele junge Freiwillige aus allen Teilen der Welt eingetroffen, um das sandinistisch-revolutionäre Nicaragua aufzubauen. Auch Kuba, die UdSSR und Staaten Osteuropas waren natürlich vor Ort und halfen bei der Errichtung eines „sozialistischen Brückenkopfes“ in Mittelamerika, was nach der Monroe-Doktrin jedoch als ein Angriff auf vitale Interessen der USA gewertet wurde. Die darauffolgende Unterstützung der Contras wird vielen noch in Erinnerung sein.

Es gibt hier extreme Armut. Wer Arbeit hat, kann sich glücklich schätzen, da über 40 % der erwerbsfähigen Bevölkerung keine haben. Mehr als 40 % der Bevölkerung sind unter 30. Die Arbeit wird schlecht bezahlt. Für eine Sechstagswoche gibt es häufig einen Monatslohn von umgerechnet 60 US-Dollar. Oben schwimmt die übliche Fettschicht der Reichen mit ihren großen japanischen Jeeps. Die Oligarchie beherrscht die hiesige Politik, die Sandinistas (FSLN) mischen als linke Gegenkraft kräftig mit. Sie könnten den christliberalen Präsidenten Bolanos im Amt vielleicht bald ablösen. In diesem Jahr stehen Präsidentschaftswahlen an, und der linke Expräsident Daniel Ortega, der nach der 79er Revolution gut zehn Jahre an der Macht war, will es noch einmal versuchen. Innerhalb der FSLN-Lagers hat er jedoch mit Levites einen einflußreichen Gegenspieler, was unter Umständen zur Spaltung der sandinistischen Partei führen könnte. Auch bei der FSLN gibt es viele sogenannte „Arivistas“, reiche und korrupte Leute, wie sie überall auf der Welt in Staats- und Verwaltungsapparaten vorkommen. Ein Selbstreinigungsprozeß würde der FSLN gut anstehen, könnte neues Vertrauen bringen und kreative Kräfte freisetzen.

Hinter den hiesigen Kulissen laufen derweil dubiose Geschäfte mit dem korrupten Ex-Präsidenten Arnoldo Aleman, der jahrelang wegen zu seiner Amtszeit unterschlagener dreistelliger Millionenbeträge im Hausarrest saß und nun wieder in der Politik mitmischte. Es sollen Verhandlungen zwischen ihm und Ortega laufen, durch die Parlamentsmehrheit beider Parteien die Verfassung zu ändern und die Macht des amtierenden Präsidenten und Erzfeindes von Aleman zu beschneiden. Dadurch, so die „Washington Post“, erhoffen sich die ungleichen Partner, die Wahlen gemeinsam zu gewinnen.

Frank-Reginald Evertz, Granada (Nicaragua)

Eine kleine Ergänzung zum Artikel von Vera Butler: Der Absatz über die Umstellung des Schulwesens auf die lettische Sprache ist ein wenig mißverständlich formuliert und könnte bei manchen Lesern den falschen Eindruck erwecken, daß vor der gesetzlichen Regelung von

2004 (und erst recht zu Zeiten der Sowjetunion) in den Schulen Lettlands nicht auf Lettisch, sondern auf Russisch unterrichtet worden wäre. Tatsächlich wurden aber selbstverständlich schon zu Zeiten der Lettischen SSR in rund der Hälfte der Schulen der Republik (ungefähr gemäß der nationalen Bevölkerungsverteilung in Lettland) der Unterricht auf Lettisch abgehalten und in zahlreichen weiteren Schulen einzelne Fächer auf Lettisch unterrichtet. Außerdem wurde in der Lettischen SSR (wie auch in allen anderen SSR, ASSR und sonstigen Autonomen Gebieten) bereits Anfang der 80er Jahre – lange vor Gorbatschows Konterrevolution und der „Unabhängigkeit“ eines bürgerlichen Lettlands – damit begonnen, den Anteil und die Bedeutung des nichtrussischen, in diesem Fall lettischsprachigen, Schulwesens auf allen Ebenen zu stärken und schrittweise zu erhöhen. Was heute in Lettland passiert, ist also nicht die „Lettisierung“ des Schulwesens, sondern die systematische Verdrängung aller nichtlettischen, vor allem russischen, Elemente aus dem öffentlichen Leben.

Josef Bacher, Graz

Die Herren Hundt und Rogowski werden in ihren Forderungen immer dreister. Es ist kein Wunder, daß sich bei diesen „Rahmenbedingungen“ eine Unternehmergeneration entwickeln kann, die an Rücksichtslosigkeit ihresgleichen sucht. Unter den Bossen scheint ein regelrechter Wettbewerb ausgebrochen zu sein, wer die Zahl seiner Beschäftigten am drastischsten reduziert. Wie man inzwischen bemerken kann, bedeutet jede der sich häufenden Siegesmeldungen der Manager eine Zunahme der Unternehmerrgewinne und die Niederlage zahlloser beruflicher „Arbeitnehmer“-Existenzen. Wenn ein Konzern Verluste einführt, lautet die Antwort: Entlassungen. Wenn er aber satte Gewinne macht, heißt sie neuerdings erst recht: Entlassungen.

Horst Franzkowiak, Hoyerswerda

1903 wurde in Burkhardswalde/Müglitztal der Grundstein für „Gössels Gesundbrunnen“ gelegt. Bedingt durch die gute Qualität wurde aus dem einstigen Familienbetrieb ein weltbekanntes Unternehmen mit dem Werbeslogan „Margonwasser – prickelnd frisch“. Zu DDR-Zeiten erhielt das mittelständische Unternehmen staatliche Unterstützung, und 1972 verkaufte der damalige Besitzer, Herr Martin Kunz, seinen Betrieb an den Staat. Nach der Konterrevolution erfolgte die übliche Privatisierung mit mehreren Besitzwechseln, u. a. „Gerolsteiner“ und „Dr. Oetker AG“. Wegen der großen Nachfrage wurden mit Hilfe staatlicher Subventionen neue Quellen erschlossen und eine Extra-Erdgasleitung in den Betrieb verlegt. 2005 verkaufte Oetker an das hessische Unternehmen Hassia, dem auch die Lichtenauer Quelle gehört. Und nun erfolgte der Markenklau. Zum 1. 1. schloß Hassia den Margonbrunnen, kündigte den 96 Mitarbeitern, versiegelte die Burkhardswalder Quellen und verkauft nun sein weniger bekanntes Lichtenauer unter dem bekannten Markennamen Margon. Der deutsche Raubtierkapitalismus läßt grüßen.

Hellmut Michel, Müglitztal

Vor etwa einem halben Jahr bin ich durch Zufall auf den „RotFuchs“ gestoßen. Neugierig geworden, besuchte ich eine Veranstaltung der Zwickauer Regionalgruppe. Ich war überrascht, eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten zu finden. Seitdem nehme ich an den Zusammenkünften teil, lese mit großem Interesse die Zeitschrift, reiche sie weiter und bin immer wieder froh, mit jeder neuen Ausgabe Wissenswertes zu erfahren, gute Argumente zu erhalten. Ich glaube, im RF eine politische Heimat gefunden zu haben, die mir in den letzten 16 Jahren fehlte. Deshalb bin ich Mitglied des Fördervereins geworden.

Rainer Albert, Zwickau

In einem Gespräch, das ich mit Genossen Zumpke kürzlich in Chemnitz führen konnte, hatte ich ihm meine Unzufriedenheit über die nach meiner Meinung nicht vorhandene Programmatik linker Politik in Deutschland zum Ausdruck gebracht, obwohl doch die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen danach schreien.

Langer Rede kurzer Sinn: Er übergab mir drei Exemplare des „RotFuchs“, die ich regelrecht in mich hineingezogen habe. Ich fand dort die Antworten bzw. das Bemühen um Antworten zu den Tages- und Zukunftsfragen auf der Grundlage ernstzunehmender Analysen und Überlegungen, die bestimmte Kreise fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Ich bitte deshalb, mich in den Verteiler für den „RotFuchs“ mit aufzunehmen.

Rainer Uhlig, Chemnitz

Als junger Mensch war ich ein vielseitiger aktiver Sportler und in den letzten 15 Jahren meiner Tätigkeit für Kultur und staatliche Jugendpolitik im Großbetrieb VEB Textilwerke Palla Glauchau verantwortlich. Zugleich gehörten auch zwei große Sportgemeinschaften, Fortschritt Glauchau und Fortschritt Meerane, mit 100 Wettkampfmannschaften, dabei 7 Leistungszentren sowie Sportplätze mit Gaststätten zu meinem Bereich.

Jeder Spitzensportler hatte ein Patenschaftsverhältnis zu einem Arbeitskollektiv. Dort berichtete er über seine Entwicklung, seine Erfolge, auch Rückschläge. Einen Sportler bis zur Olympiareife zu qualifizieren, kostete die Gesellschaft etwa 1 Million Mark. Das wußten in der DDR nicht nur die Aktiven und ihre Trainer. Diese sahen es als ihre Aufgabe und Verpflichtung an, die mit viel Aufwand geförderten Leistungssportler ihrem Staat zu erhalten. Sportler, deren Auftreten anzeigte, daß sie sich bei bestimmten Angeboten verkaufen würden, blieben bei Auslandseinsätzen unberücksichtigt.

Trotz der unablässigen Versuche, DDR-Spitzensportler zum Verlassen ihrer Heimat zu bewegen, kehrte die übergroße Mehrheit stets in diese zurück und rechtfertigte so das in der DDR gesetzte Vertrauen.

Manfred Wulf, Glauchau

Ein später Sieg der neudeutschen Denkmalstürmer wird den Palast der Republik aus dem Berliner Stadtbild tilgen. Er war über 13 Jahre lang das modernste Kulturhaus Europas. Nun sollen im Lande von Hartz IV und maroder Bildungs-/Ausbildungspolitik 1,2 Milliarden für ein Schloß ausgegeben werden, das keiner braucht. Was für ein Betätigungsfeld für Boden- und Bau-spekulanten!

Was soll hier wirklich weggerissen werden? Natürlich ein weiteres Stück DDR-Identität!

Im Herzen der Menschen wird der Palast weiterleben als Haus des Volkes, zur Erinnerung an eine untergegangene Republik.

Mirko Trodler, Ludwigsburg/Berlin

Dank Platzack und Müntefering darf fortan jeder bis zum Ende seines 67 Lebensjahres arbeiten. Endlich kann die deutsche Wirtschaft die Millionen freier Arbeitsplätze besetzen!

Was heißt „Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ im Klartext? Doch nichts anderes als: Die Zahl der Rentner, für die man kein Geld hat, wird zugunsten der Arbeitslosen, für die man auch kein Geld hat, „verringert“.

Allenthalben sind die Kassen leer. Man kann die Arbeitslosen nicht mehr achtabar entgelten. Für die Rentner fehlen Mittel, um ihnen die nach geltendem Recht versprochenen Altersbezüge zahlen zu können. Wo sind denn die Talerchen geblieben?

Ich habe mir von klugen Leuten sagen lassen, daß das gesellschaftliche Vermögen in Deutschland etwa halbiert sei. Die eine Hälfte besäßen über 90 % der Bürger, die andere die übrigen 10 %. Will man die bestehenden Budgetlücken schließen, dann müßte der Teil der Gesellschaft, in welchem proportional die Mehrheit des Vermögens konzentriert ist, einen entsprechend

größeren Anteil zur Lösung beitragen. Und nicht nur das.

Doch zu solchen Reformen sind die derzeit Mitregierenden um Platzack und Müntefering weder fähig noch gewillt. **Kurt Eckardt, Chemnitz**

Aus den zahlreichen Leserzuschriften kann man ersehen, daß Ihre Veröffentlichungen ein breites Interesse finden. Ich habe allerdings den Eindruck gewonnen, daß einige Beiträge sehr vergangenheitsorientiert sind. Das dürfte bei manchen jungen Leuten, die weder die historischen Zusammenhänge noch den dazu in der DDR vertretenen Standpunkt kennen, Verständnislosigkeit und in der Folge Desinteresse hervorrufen. In der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung, in der mit Hilfe der Medien alles getan wird, um den modernen Kapitalismus als Segen und jeden Gedanken an gesellschaftliche Veränderungen als das Werk von Irren darzustellen, ist Nostalgie ein schlechter Ratgeber. Selbst die Gutwilligsten werden uns fragen, wie es möglich war, daß ein von der Geschichte zum Untergang verurteiltes Gesellschaftssystem einen solchen Sieg erringen konnte. Der Antwort müssen wir uns stellen. Und dabei sollten wir uns vor Schönfärberei und Selbstgerechtigkeit sehr in acht nehmen. Wir können es uns heute leisten, auch zu unseren Fehlern, gerade denen auf dem Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung, eine selbstkritische Haltung einzunehmen. Ohne uns schämen zu müssen, können wir den uns folgenden Generationen sagen, welchen Irrtümern wir unterlegen waren, wo wir eine opportunistische Haltung einer Verteidigung marxistisch-leninistischer Positionen vorgezogen haben und welche Folgen das hatte. Ich bin mir sicher, man wird es verstehen. Denn es waren menschliche Fehler, und sie hatten historische Ursachen.

Dieter Junghans, Neubrandenburg

Es ist schon erstaunlich, was uns die Politiker so alles auffischen. Bei den Koalitionsverhandlungen stellten sie sich wie Pfaffen täglich auf die Kanzel und predigten, wie schlimm es um Deutschland stehe. Harte Zeiten kämen auf das Volk zu, und es müsse große Opfer bringen. Solche Sätze werden die Älteren unter uns wohl noch aus jener Zeit im Ohr haben, als es um den „Endsieg“ ging.

Heute werden die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale gestrichen. Es gibt keine Rentenerhöhung, und zuletzt redet man dem gläubigen Volk ein, alles sei nur zu seinem Besten, da die vielen Kürzungen allein dem Ziel dienen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Unsere Politiker sind wahre Zauberkünstler. Wenn alles kaputt ist, zaubern sie sich einfach weg, ohne Verantwortung zu übernehmen. Für sie aber bleibt dieser Staat der reinste Selbstbedienungsladen.

Ob jene, die damals „Wir sind das Volk!“ riefen, geahnt haben, wie es um diesen Ruf nur wenige Jahre später stehen würde?

Dieter-Hans-Heinrich Kramp, Grevesmühlen

In den deutschen Schulen wird ein „Schüler-Lexikon“ in hoher Auflage vertrieben, in dem man den Kommunismus mit dem Faschismus auf eine Stufe stellt – dazu noch ein Bild von Mussolini.

Nicht nur unsere jetzige Regierung manipuliert die Menschen. Auch die Schulbuchverlage, von den Medien ganz zu schweigen, tragen dazu bei, den Kindern die Unwahrheit zu sagen. Den Jugendlichen sollte lieber der „RotFuchs“ angeboten werden. Aus ihm erfahren sie wenigstens die Wahrheit. **Winfried Freundt, Jena**

Diesen „Kulturstreit“ (Mohammed-Karikaturen) vom Zaun zu brechen, halte ich in international angespannter und kriegsgeschwängerter Zeit für unverantwortlich. Für mich steht fest: Entweder sind es politisch blinde, unwissende Schreiberlinge, Pressechefs und Politiker, die sich hinter „demokratische Pressefreiheit“ verschanzen,

oder es ist eine gezielte politisch-militärische Provokation der CIA-Präventionskrieger und ihrer Mitläufer zur Aufrechterhaltung des entsprechenden Feindbildes.

Was wäre, wenn solcher „Schabernack“ mit dem Papst betrieben würde? **Gert Thiede, Suhl**

Wir bedanken uns für die Rezension unseres Buches „Und weiche keinen Cico breit“. Leider wurden die „Koordinaten“ vergessen: Scheunen-Verlag Kückenshagen 2005, 150 Seiten, 8,40 Euro, ISBN 3-938398-13-2.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Den „RotFuchs“ ob seiner konsequenten marxistisch-leninistischen Haltung zu loben, hieße Eulen nach Athen zu tragen. Gestattet mir deshalb einmal einige kritische Bemerkungen.

Was wir durch den Zerfall der DDR und des sozialistischen Lagers in Europa verloren haben, wird uns durch die ständige Verschärfung der sozialen Widersprüche in der Welt Tag für Tag regelrecht eingebleut. Über den Anteil des Imperialismus an der Zerstörung des sozialistischen Lagers in Europa brauchen wir nicht zu diskutieren. Dies war sein offenes Ziel von Anbeginn. Notwendiger und für die Zukunft wichtiger ist die Analyse unseres eigenen Versagens.

Nach meiner Meinung haben wir Kommunisten der DDR und die der anderen sozialistischen Länder durch die Kampf- und widerstandslose Übergabe unserer Länder an den Imperialismus unermeßliche Schuld auf uns geladen, denn eine Revolution ist nur soviel wert, wie sie auch verteidigt wird!

Diese Fehler gilt es zu analysieren und auszuwerten. Damit muß schnell begonnen werden, da sich die Reihen der aktiven Mitgestalter des Sozialismus in unserem Land immer mehr lichten. Die Zeitzeugen werden knapp.

Klaus Neuber, Bad Dürrenberg

1936, in der 3. Grundschulklasse des Dorfes Südkamen, mußte ich, zusammen mit meinen Mitschülern, in unserem Liederbuch den Namen des Juden Heinrich Heine durchstreichen. Die Loreley stand darin. 1950, nach der Gesamtdeutschen Funktionärskonferenz der FDJ in Berlin, waren wir, eine Gruppe Rückkehrer, mit Aktentaschen voll „subversiver Literatur“ (u. a. Heine), durch die Sümpfe des Wendt-Landes gewatet, und im Zug von Hannover ins Ruhrgebiet schenkte mir eine Genossin Heines „Buch der Lieder“.

Leider hat sich meine Bibliothek, was seine Werke betrifft, nicht sehr vermehrt (Franz Josef Degenhardt über den Kommunisten Rudi Schulte, Essen: „Denn er hat viel gelesen, was seine Klasse anbetrifft/aber Zeit für Kultiviertes hat er selbstverständlich nicht“). Doch wenigstens ein Wort Heines möchte ich hier anmerken: „Ich hatte die Wahl zwischen gänzlichem Waffenniederlegen und lebenslänglichem Kampf, und ich wählte diesen, und wahrlich nicht mit Leichtsinn. Daß ich aber einst die Waffen ergriff, dazu war ich gezwungen durch fremden Hohn, durch frechen Geburtsdünkel. ... In meiner Wiege lag schon meine Marschroute für das ganze Leben.“

Manfred Lowey, Kamen

In seinem Leitartikel „Herz und Kopf“ (RF 97) spricht Klaus Steiniger eine ganz wichtige Frage an. Es geht um die zwei „Erscheinungen“ unter Kommunisten. Auf der einen Seite jene, die Marx, Lenin usw. „gefressen“ haben, sich erheben und intellektuell in Zitaten ergießen, und auf die „Bauchkommunisten“ herabsehen. Doch diese, die „aus dem Bauch heraus“, also vom Gefühl her, sehr lebendige und intuitive Kommunisten sind, oft das Richtige zur richtigen Zeit sagen, werden meistens von Dogmatikern nicht ernst genommen und zur Seite geschoben. (...) Ihr auswendig gelernter Marx oder Lenin nützt diesen nichts, weil sie Geist und Wesen von Re-

volutionären nicht nachempfinden können. Ich sage immer: Herz und Verstand in der richtigen Relation bringen uns weiter, nicht administratives und schwerfälliges – oft ohnmächtiges – Verhalten. (...) Ich bin überzeugt, hätten wir einen Fidel Castro an der DDR-Spitze gehabt, wären wir zum Gegenangriff übergegangen, wäre jeder Defätismus, jede Ohnmacht vermieden worden.

**Dieter Schütt, Herausgeber
der Zeitschrift DER FUNKE, Hamburg**

Wir haben in unserem Kreis (Basisgruppe) über Ihre Zeitschrift informiert und sind dort auf großes Verständnis gestoßen. Es wäre schön, wenn Sie auch dem nachfolgenden Personenkreis den „RotFuchs“ zusenden könnten. ... (Es folgen 13 Namen und Adressen.)

Friedrich Scheller, Reichenbach/Vogtland

Mitteilung des RF-Vertriebs:

Auf die „RotFuchs“-Annonce im ND vom 4./5. Februar 2006 waren bis Mitte März über 290 Neubestellungen eingegangen.

Im Bericht „Weiter auf einem bewährten Weg“ (RF 96) wurde auch Günter Strobel als Diskussionsredner erwähnt. Wir kennen uns von gemeinsamer Zeit bei den DDR-Grenztruppen. In Strobels Diskussionsbeitrag geht es darum, den Kindern ein unverfälschtes DDR-Bild zu vermitteln. Ich habe bereits vor drei Jahren meinen vier Enkeln meine Biographie und die Geschichte der DDR in einer Broschüre unter den Weihnachtsbaum gelegt.

Als beim Überfall auf Jugoslawien Oberst Gertz in einer Veranstaltung des Bundeswehrverbandes die „friedenserhaltende Mission“ der BRD-Armee den Anwesenden klarmachen wollte, habe ich ihm meinen Mitgliedsausweis auf den Tisch gelegt.

Heinz Scholz, Dresden

Recht herzlichen Dank für die erbetenen „Schnupperexemplare“. Ich habe beide gründlich gelesen und nirgends Anlaß zum Widerspruch entdeckt, also herzlichen Glückwunsch zu diesem Kompaß in gewiß turbulenter Zeit. Am wichtigsten ist es, den Blick nach vorn zu richten. Andere blicken zurück. So wurde z. B. vor einiger Zeit von einem Bischof am Vatikan (mit Einverständnis des Papstes) ein internationales Seminar zu „Teufelsaustreibungen“ gegründet. Geht es noch grotesker mit Volldampf zurück ins geistige Mittelalter?

Karlheinz Gleß, Eggersdorf

Ich bin leider der einzige Rote im Ortsteil Pohlen und der ganzen Gemeinde Linda bei Weida, was auch auf den Bezug des ND zutrifft. Keine einzige Zeitung kommt ins Altpapier, denn ich habe drei Mitleser. Gelegentlich diskutieren wir über den Kapitalismus, den sie heute erleben. Es gibt auch mehrere jüngere Ansprechpartner, die zu mir kommen. Inzwischen ist im Dorf allen bekannt, daß ich einige Jahre Geschichtslehrer an einer EOS war. Das Zweitstudium schloß ich als Diplomgesellschaftswissenschaftler ab. Von 1958 bis 1972 war ich Lehrer an der Pädagogischen Fachschule für Kindergärtnerinnen, später setzte ich diese Tätigkeit in Weida/Thüringen fort.

Die „RotFuchs“-Anzeige im ND habe ich mir 20mal kopieren lassen und mit Familienangehörigen und linksdenkenden Bekannten diskutiert.

Walter Schmidt, Pohlen

Ich bin 91 Jahre alt. Über meine Tageszeitung ND wurde ich von der Existenz des „RotFuchs“ informiert. Ich wurde 1930 Jungkommunist, war

ab 1945 in der KPD und seit der Vereinigung in der SED. Auch nach der „Wende“ blieb ich überzeugter Kommunist. Noch heute nehme ich am gesellschaftlichen Leben aktiv teil und bin stark daran interessiert, wie das gegenwärtige System verändert werden kann.

Kurt Mehner, Chemnitz

Die Überraschung ist Euch gelungen – endlich mal Worte, die ich schon lange nicht mehr gehört habe. Jedenfalls so nicht. Wegen klarer öffentlicher Positionierung als PDS-Stadtrat wurde ich aufgrund unbewiesener Stasi-Vorwürfe 2001 und 2003 mit Mord bedroht. Ich benötige Eure Texte. Was ich feststelle: Politische Freunde vergeben oft gemeinsame Erfolge, weil immer wieder Mißtrauen im Spiel ist. Bis 1964 war ich 10 Jahre im Grenzdienst/West – das war richtig. Die gegenwärtige Geschichte bestätigt unsere Politik der Friedenssicherung.

Manfred Georg Merlach, Mylau/Vogtland

Ja, es gab genügend Karrieristen in der Partei. Sie bestimmte, wohin und in welche Funktion du zu gehen hast. Als ich in Leipzig Leiter der Kriminalpolizei wurde, wagte ich es nicht, auch nur einmal nach dem Gehalt zu fragen, um ja nicht als Karrierist zu gelten.

Haben wir das Bewußtsein der Massen (der Werktätigen) und der Parteimitglieder nicht einfach überschätzt? Mußten nicht mindestens 50 % aus der Arbeiterklasse kommen (nicht, was der mögliche Kandidat zum Zeitpunkt der Antragstellung war, sondern seine soziale Herkunft gab den Ausschlag)? Gehörten seine Eltern beispielsweise zur sozialistischen Intelligenz und nicht zur Arbeiterklasse, dann mußte er warten, bis die Sperre aufgehoben wurde. Der Schlosser Müller hatte es leichter: Er zählte zur Arbeiterklasse und schwupps war er beim „Vortrupp“! Das war dann die Massenpartei mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern.

Klaus Pinkau, Leipzig

Manchmal traut man seinen Augen nicht und denkt, die politische Welt stehe auf dem Kopf. Zu den Bestrebungen des Berliner SPD/PDS-Senats, öffentlichen Wohnraum an private Spekulanten zu verhökern, äußerte der PDS-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Stefan Liebig: „Die Mieten orientieren sich am Markt. Da werden wir nichts machen.“ („Berliner Zeitung“, 1. 3.) Gibt es aber nicht gerade auch Mieterhöhungen in Wohnanlagen mit großem Leerstand?

Gerhard Rosenberg, Berlin

Bisher las ich das ND stets im Bewußtsein, daß dort die Wahrheit rein und unverfälscht gedruckt würde. Aber das Interview von Karlen Vesper mit Ralph Giordano (Was die Opfer nicht tröstet) enthält so viel Lügen und Unflat, daß ich empört bin. (Da wird auch noch im ND für einen Fernsehauftritt Giordanos geworben.) Dieser behauptet z. B.: „Aber auch die DDR hat die Vergangenheit keineswegs aufgearbeitet. Die SED hatte nicht die moralisch-ethische Kraft, das zu tun oder auch nur zu wollen.“ Auch die Gleichsetzung von „Nationalsozialismus“ (statt Faschismus) und Kommunismus zeugt von Giordanos abgrundtiefer Haß auf die DDR und alle sozialistischen Staaten, die es vor der Konterrevolution gab. Herr R. G. ordnet schlimme Ereignisse „der Partei“ und den „Systemen“ zu. In Wirklichkeit waren bestimmte Auswüchse keinesfalls dem Sozialismus wesenseigen. Nachträglich einem mühsam und unter schwersten Bedingungen sowie bei ständigen Behinderungen aufgebauten Staat lauter negative Seiten anzudichten, ist für ehemalige DDR-Bürger der Erbauergeneration unerträglich.

Wolfram Tornow, Lanke

Immer wieder einmal ist im RF zu lesen: „Die DDR war die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.“ Hier und jetzt sollen für mich als süddeutschen Kommunisten die verschiedenen äußeren und inneren Ursachen des Niedergangs des „Real“-Sozialismus, Konterrevolution und DDR-Anschluß, außer acht bleiben, auch sogar die Haltung der Mehrheit der DDR-Bevölkerung um 1989/90. Ich finde aber seit langem keine befriedigende und vernünftige Antwort, weshalb 16 Jahre nach der „Wende“ all die bürgerlich-reaktionären Parteien zusammen – die „Linkspartei.PDS“ nehme ich dabei (noch) aus – weit über 50 % der Wählerstimmen erhalten. (...) Warum plädiert trotz oft gar trüber Erfahrungen mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ kaum ein Viertel der „mündigen Bürger“ auf DDR-Gebiet für wenigstens eine „Art Sozialismus“ (Linkspartei), wenn schon nur weit unter 5 % dem Marxismus-Leninismus treu geblieben sind? (...) Die meisten von ihnen lernten, arbeiteten, lebten doch zumindest Jahre im Gesellschaftssystem des Sozialismus. (...) Sollte in der wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus/Kommunismus die Anthropologie (Egoismus, Ignoranz, Gleichgültigkeit, Überheblichkeit, Dominanzstreben ...) zu wenig beachtet worden sein, oder hatte Peter Hacks recht, wenn er sagte: „Jede kommunistische Bewegung ... ist zu einem etwa konstanten Anteil mit Kräften durchsetzt, denen die ganze Sache zu anstrengend ist ...“?

Hansjörg Schupp, Appetshofen

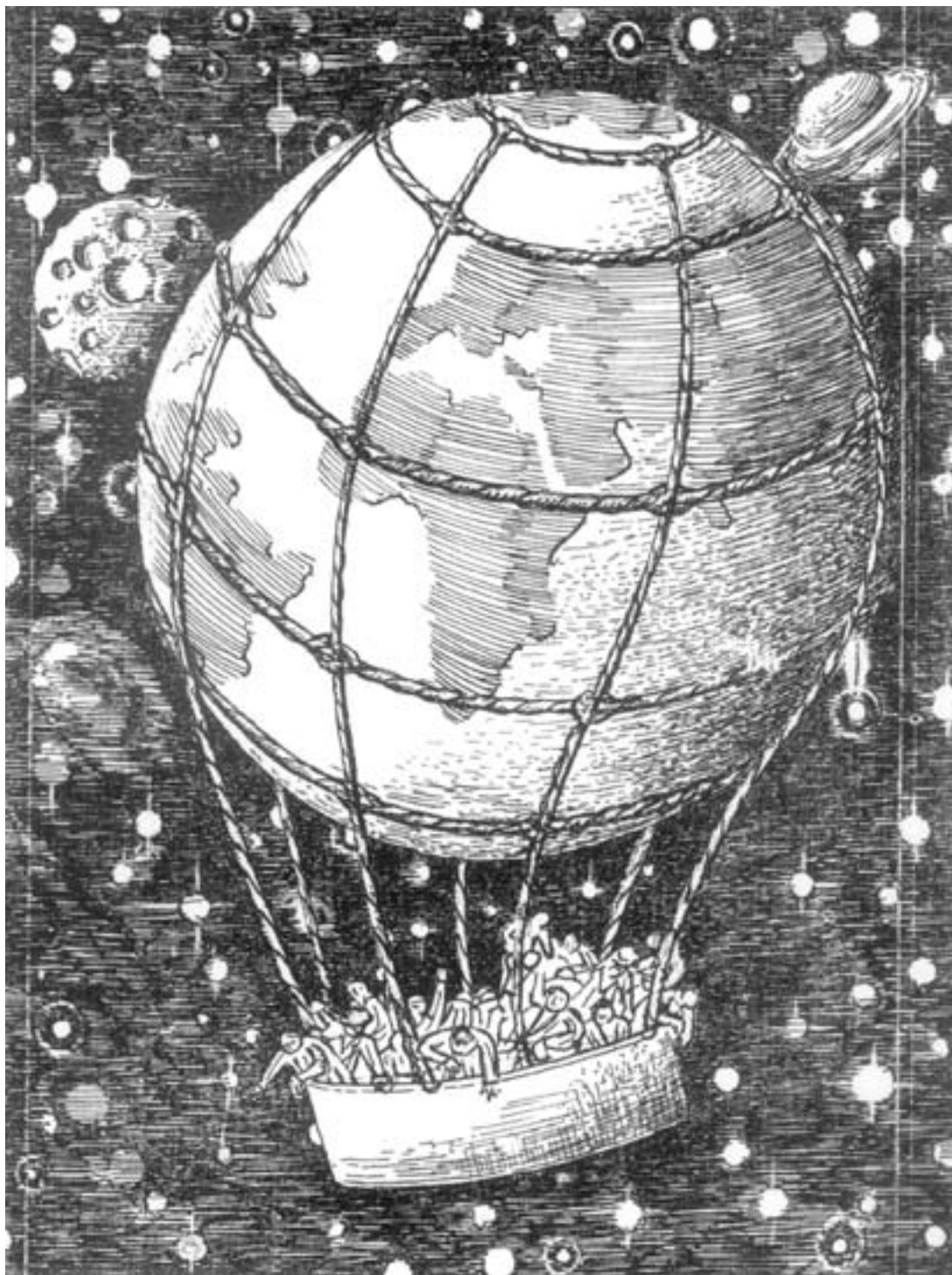
Vor einiger Zeit kam ein neues Duschgel auf den Markt. In blauer Verpackung und mit dem Staatswappen der DDR ging es als „Erichs Luxus-Duschbad“ weg wie warme Semmeln, bis ein harsches Veto dem Kaufrausch einen Riegel vorschob. Mir erschien das Produkt für einen Moment als originelle Idee, bis ich mich erinnerte, in der DDR das Lesen gelernt zu haben. Ich versenkte mich in das Studium des Textes auf der Schachtel. Eigentlich meine ich, mich inzwischen an einiges gewöhnt zu haben. Daß nun aber selbst ein Produkt, das explizit der Reinlichkeit dient, dazu mißbraucht wird, mit Unrat zu schmeißen, ging dann doch etwas über mein Fassungsvermögen. Zu meiner Verwundung habe ich mich belehren lassen müssen, daß dieser Unrat lediglich Satire sei.

Ich frage mich, um wenigstens zu einem Aspekt konkret zu werden, wer nach Denkungsart des Herstellers jenes Schaumstoffes die Schweine sein sollen, an die sich das Unbedenklichkeitszertifikat eines in der DDR nie existent gewesen „Ministeriums für Schweinezucht, Gärdenstangenimitate und Feuerzeugbenzin“ richtete.

Wieso benötigen die gemeinten Schweine für den Gebrauch dieses Produkts eine Bedienungsanleitung, die sinnigerweise bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) zur Ausleihe bereit liegt? Welche geistige Verfälschung wird Menschen unterstellt, in deren Fall erst eine Tagung des Politbüros darüber entscheiden muß, ob sie für den Gebrauch des Gels auch ausreichend ideologisch stabilisiert sind? In der DDR hieß es, daß Kunst – wozu ich unbedingt die Satire zähle – solides Wissen voraussetzt. Wo strahlt hier aber solches, um von Satire reden zu können? Es liegt im Wesen des Idioten, jedem seine eigene Schwachsinnigkeit zu unterstellen, sie aber nie als die eigene zu begreifen.

Das Veto, durch das der Vertrieb des Schaumstoffes schließlich unterbunden wurde, hat mit Sicherheit nicht seine Quelle in einer besonders freundlichen Beziehung zur DDR. Das Gegenteil dürfte eher der Fall sein. Ich danke dem Depen von Klassenfeind für seine Beschränktheit.

Rolf Bullerjahn, Berlin



Abhängigkeit

Grafik: Klaus Parche

Am **7. April** um **16.30 Uhr** findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203–205, eine öffentliche Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** statt. Es spricht **Bernd Fischer**, Oberst a. D. der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, über das Thema

Brennpunkt Nahost

Zum **29. April** um **10.00 Uhr** lädt die **Regionalgruppe Dresden** in die ehemalige Robotron-Gaststätte, Zinzendorfstraße, herzlich ein.

Genosse **Egon Krenz** spricht zum Thema

Der Herbst 1989 Ursachen und Lehren

Der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, **Dr. Hans Reichelt**, Stellvertreter des Minister-ratsvorsitzenden, spricht auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** am **22. April** um **10.00 Uhr** im HKB, 7. Etage.

Thema:

Umweltschutz gestern und heute – Umwelt und Profit

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber: „RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dieter Itzerott
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“:
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.